

*interventionistische linke* (Hrsg.)



# Dazwischen gehen!

*Texte zur Offenen Arbeitskonferenz der Interventionistischen Linken*

## **Dazwischen gehen!**

Texte zur Offenen Arbeitskonferenz  
der Interventionistischen Linken

– zusammengestellt von der ak-Redaktion –

## **Impressum**

Interventionistische Linke  
c/o ak-Redaktion  
Rombergstr. 10  
20255 Hamburg

Tel.: 040 40170174  
redaktion@akweb.de  
www.akweb.de

### **Förderung:**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung

**rls**

Rosa-Luxemburg-Stiftung

*Unkostenbeitrag: 2,50 Euro plus Porto*

---

# Inhaltsverzeichnis

## 2 Vorab

### ANFÄNGE

- 3 Eine Linke, die dazwischen geht.**  
Zur Diskussion – Sommer 2004
- 9 Für eine Linke, die dazwischen geht**  
Einladung zu einem ersten, nicht-öffentlichen Treffen im November 2004
- 12 Formen der Zusammenarbeit finden**  
Interview zur 1. Aktionskonferenz in Rostock
- 14 Für eine Linke, die dazwischen geht**  
Zwischenstand einer andauernden Diskussion
- 15 Ein Gespräch zur Interventionistischen Linken**
- ### HEILIGENDAMM
- 17 Selber machen, damit nicht andere das Bild bestimmen!**  
Überlegungen zum Stand der Mobilisierung gegen den G8-2007
- 19 Eine Frage der Transparenz**  
Interview mit Katja Kipping über die Mobilisierung nach Heiligendamm
- 21 Make Capitalism History**  
oder: die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel ausweiten
- 23 Neue Gemeinplätze**  
Bewegung, Organisation und linke Intervention
- 26 Der Gipfel naht, die Luft wird dünner ...**  
Ein Gespräch mit und von Libertad!
- 30 Gemeinsamer Erfolg trotz Differenzen**  
Eine Einschätzung der Proteste rund um den G8-Gipfel
- 32 Ein Ausdruck antagonistischer Politik**  
Ein Gespräch über den schwarzen Block und gewaltförmigen Widerstand
- 33 Connecting Words and Struggles**  
Wie und wozu man „Bündnispolitik“ betreibt
- 35 Bilderproduktion und Rekonstruktion der Linken**  
Der G8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination
- 39 Heiligendamm Retour: kein einfacher Weg**  
Die Verknüpfung zwischen Event und Alltag bleibt eine offene Frage
- 41 Block around the clock**  
Das richtige Konzept zur richtigen Zeit: Massenblockaden
- 43 Leben im Gemeinsamen in Rostock**

### DIE ZEIT DANACH

- 44 Mythos Heiligendamm**  
Schwärmereien verstellen den Blick auf die Herausforderungen
- 48 Den Absprung wagen**  
Zu den Perspektiven der Linken nach Heiligendamm
- 50 Wenn der Staub sich legt**  
oder: Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend
- 53 Neue Gemeinplätze (Teil II)**  
Globale Soziale Rechte und linke Intervention
- 56 Wie weiter nach G8? Perspektiventage!**  
Ein Gespräch mit Katja Kipping, Christoph Kleine und six hills
- 58** Papier der Sozial-AG, Januar 2008

### INFOS ZUR KONFERENZ

- 63** Ablauf
- 64** Anmeldung, Anreise

---

# Vorab

2

Vom 25. bis 27. April findet in Marburg die 2. Offene Arbeitskonferenz der Interventionistischen Linken (IL) statt. Dort sollen Menschen und Gruppen zusammenkommen, die neugierig auf die IL sind und sich vorstellen können, an dem Prozess der Organisierung dieser Strömung teilzunehmen. Vor allem durch ihr Agieren in der Anti-G8-Bewegung und die Rolle, die sie bei den Proteste und Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im vergangenen Jahr gespielt hat, ist die IL vielen ein Begriff. Die IL ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppen aus der undogmatischen und post-autonomen Linken, darunter auch die ak-Redaktion.

Ihre Rolle in Heiligendamm konnte die IL nur spielen, weil sie kein reines Anti-G8-Bündnis war, sondern als langfristiges Projekt angelegt ist. Die Gruppen und Einzelpersonen, die in der IL mitarbeiten, eint die Überzeugung, dass angesichts der sichtbaren Rissen, die sich in der neoliberalen Hegemonie zeigen, die Zeit für ein neues antagonistisches Projekt überfällig zu sein scheint. Sie wollen eingefahrene Weg verlassen und wissen, dass ein solches Projekt nicht das Werk einer einzelnen politischen Organisation oder Strömung sein kann. Insofern zeichnet die IL eine strategische Bündnisorientierung aus, die die Zusammenarbeit mit anderen Strömungen sowohl der radikalen wie der moderaten Linken nicht nur für konkrete, kurzfristige Projekte anstrebt, sondern als Voraussetzung für die Schaffung gesellschaftlicher Gegenmacht ansieht.

Um diesen Prozess zu vertiefen, will die IL auf der Konferenz in Marburg über konkrete Felder und Projekte interventionistischer Politik diskutieren. Wer „Wahrheiten“ erwartet, wird enttäuscht werden. In den Diskussionen soll es vielmehr darum gehen, auszuloten, wie eine interventionistische Politik im jeweiligen Politikfeld aussehen und welchen Beitrag die eigene Praxis im jeweiligen Politikfeld für das Projekt einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung leisten kann. Zur Vorbereitung auf die hoffentlich fruchtbaren Diskussionen in Marburg legen wir hier eine Auswahl von Texten vor, die entweder selbst aus den Reihen der IL stammen oder sich mit ihr beschäftigen. Sie umfassen den Zeitraum von 2004 bis heute, bieten Einblicke in die Anfänge dieses Projekts, resümieren das Agieren der IL vor, während und nach Heiligendamm und streifen die Frage, wie eine interventionistische Politik heute aussehen muss und vor welchen Herausforderungen sie steht.

# Eine Linke, die dazwischen geht.

Zur Diskussion – Sommer 2004

3

Diesen Text haben wir zur Selbstverständigung in praktischer Absicht geschrieben. Uns von einer Krise trennend, die längst noch nicht überwunden ist, wollen wir verschiedene Anfänge zu einem gemeinsamen Anfang zusammenführen. Darin schließen wir an Debatten an, die „postautonom“ genannt werden, weil sie ihren Anfang in der Zersetzung der autonomen wie der antiimperialistischen Linken in den 1990er Jahren nahmen. Ihr ging die Zersetzung der linken Strömungen der 1970er Jahre voraus, von der sich hier ebenfalls Spuren finden. Ihre eigene Markierung hinterlässt die Krise des Feminismus. Von wesentlicher Bedeutung für die folgenden Überlegungen ist darüber hinaus die Unzufriedenheit mit der arbeitsteiligen Ausdifferenzierung linker Praxis in die spezialisierten „Bereiche“ der Antira-, Antimil- und Antifa- bzw. der Pop-, Kultur-, Diskurs- und Gewerkschaftslinken. Abwesend anwesend sind schließlich die in der Ökologiebewegung zusammenfließenden anti-industrialistischen Revolten und Impulse der internationalistischen „Soli“-Bewegung des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts.

Was diese einigmaßen heterogenen Krisen und Anfänge zusammenführt, ist der Aufbruch der globalisierungskritischen Bewegung, an dem wir je nach unserer besonderen Herkunft und doch gemeinsam als undogmatische und interventionistische Linke teilnehmen. (1) Zumindest liegt darin der Konsens, auf den wir uns bei unterschiedlichen Gelegenheiten und insbesondere während verschiedener „Beratungstreffen“ vorerst verständigt haben. Vorerst einig sind wir uns auch in dem Wunsch, eine so verstandene Linke als eigene Strömung sichtbar zu machen. Solche Sichtbarkeit muss organisiert werden, und damit sind wir bei den beiden Fragen angelangt, auf die wir hier erste Antworten formulieren wollen:

Was eigentlich ist oder besser wäre eine undogmatische und interventionistische Linke? Und: was heißt es, eine solche Linke als eigene Strömung sichtbar zu machen?

Eine letzte einleitende Bemerkung noch: Wir haben unterschiedliche politische Biographien, gehören unterschiedlichen Gruppen und Projekten an und arbeiten in unterschiedlichen Praxisfeldern. Wir haben diesen Text als Einzelpersonen geschrieben, d.h. ohne Rücksprache mit unseren jeweiligen Projekten.

## Los geht's!

Vom Aufbruch der globalisierungskritischen Bewegungen zu sprechen heißt zuerst, einen letztlich provinziellen Irrtum korrigieren zu müssen, der unsere politische (Selbst-)Wahrnehmung dennoch zwingend bestimmt. Denn einerseits müssen wir die postfordistische Restrukturierung kapitalistischer und imperial(istisch)er Herrschaft, die damit verbundene globale Durchsetzung neoliberaler Politiken und den daraus resultierenden Zusammenbruch des realsozialis-

tischen „Lagers“, der westlichen Sozialdemokratien und der antikolonialen Befreiungsbewegungen als einen irreversiblen historischen Einschnitt anerkennen. In der Folge dieses Einschnitts wurden wir von einer umfassenden weltpolitischen Konstellation und einer ganzen Epoche sozialer Bewegung, damit aber auch von der überkommenen Formation einer jetzt historisch gewordenen Linken trennt. Diese Trennung schließt, für uns von unmittelbarer Relevanz, auch die „Neuen Sozialen Bewegungen“ und die „Neue(n) Linke(n)“ in der Folge des Mai 68 ein, d.h. den uns trotz aller Differenzen gemeinsam prägenden Modus linker Politik. Das macht den Kern der Krise, auch der Desorientierung aus, in der wir uns befinden, das umreißt allerdings auch den Möglichkeitshorizont, in den wir gestellt sind. Für dessen Aneignung ist nun aber von entscheidender Bedeutung, dass entgegen unserer nächsten (Selbst-)Wahrnehmung das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts nicht einfach nur ein Jahrzehnt des Abbruchs, des Durchmarschs der neoliberalen Konterrevolution und des Postfordismus war. Denn die 1990er Jahre waren gerade keinen „bewegungslosen“ Jahre: „In diesem Jahrzehnt gab es die ArbeiterInnenkämpfe, die die großen Automobilfabriken in Korea in Brand gesetzt haben, den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria, die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien, den Widerstand in Los Angeles oder den im zapatistischen Chiapas. Zum Verständnis der Alchimie, die die großen proletarischen Revolten kennzeichnet, lohnt es sich, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Jahr 1994 sowohl das Jahr des zapatistischen Austandes als auch das Jahr mit der weltweit höchsten Anzahl von Generalstreiks im 20. Jahrhundert gewesen war. Jenes eindimensionale Bild von Bewegung war kurzfristig und falsch, weil es nicht in der Lage war, die Symptome des weltweiten Widerstandes zu erkennen und weil es den Standpunkt des Gegners eingenommen hat, nämlich den vom Triumph des Kapitalismus und vom Ende der Geschichte. In dieser Erzählung gab es lediglich einen Platz für einen Diskurs über die Macht und die sterile Denunziation ihrer Fehler und ihrer größten Grausamkeiten.“ (2)

Diese notwendige Korrektur unserer (Selbst-)Wahrnehmung vorausgesetzt, bleibt natürlich trotzdem richtig, dass wir hier in Deutschland aus einer Position der Schwäche heraus agieren – wenn auch seit Seattle und Genua sogar in Deutschland die Intensität des Protests zunimmt. Für unsere beiden Fragen heißt das konkret:

1.) Was immer wir tun und wo immer wir intervenieren – wir treiben nicht etwa willentlich, sondern gezwungenermaßen „Kaderpolitik“, sind stets in der Nötigung, etwas „anschieben“ zu müssen, das „von selbst“ nicht liefe oder nicht so liefe, können kaum aus einem sozialen Prozess schöpfen, der im vollen Sinn des Wortes autonom wäre – autonom von der Hegemonie der herrschenden neoliberalen Ideologie und autonom von der Hyperaktivität strukturell in Minderzahl agierender linker AktivistInnen, d.h. von uns.

Das begrenzt schon kräftemäßig unsere Möglichkeiten, auch und gerade die Möglichkeit, den unterstellten Zusammenhang unserer verschiedenen Initiativen strömungs- oder gar organisationspolitisch sichtbar zu machen. „Vernetzungsarbeit“ ist nach Lage der Dinge zusätzliche Arbeit von Kadern für Kader – kein Selbstläufer, auch das nicht.

2.) Die Aufgabe bzw. der Wunsch, trotzdem oder gerade deshalb eine undogmatische und interventionistische linke Strömung sichtbar zu machen, ist aber nicht nur ein Problem der Vernetzung, sondern auch eins der Trennung. Eine Strömung sichtbar machen zu wollen heißt, sich von anders gepolten linken Strömung abgrenzen zu müssen und sich gegen sie überhaupt erst wahrnehmbar zu machen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich grob drei andere linke (?) Strömungen ausmachen. Zum einen die antideutsche Strömung, die die Marginalisierung der historischen Linken in den 1990er Jahren in einen tendenziell reaktionären Elitismus des (ultra-)linken „Rests“ verkehrt hat. Das Antideutschtum hat dabei eine ganze Generation junger AktivistInnen zuletzt vor allem der Antifa von der für uns gerade leitenden Basisbanalität linker Praxis getrennt, als Linke nicht einfach nur „für uns“ Recht behalten, sondern mit dem, was wir für richtig halten, gesellschaftlich relevant werden zu wollen. Auch wenn die zeitweilige Hegemonie des Antideutschtums gebrochen ist, darf ihr primär publizistisch organisierter Einfluss gerade auf jüngere Leute nicht unterschätzt werden, insbesondere in Fragen einer internationalistischen, antiimperial(istisch)en und antirassistischen Praxis.

Neben der antideutschen Strömung sind wir einer eben nicht mehr einfach nur „traditionlinken“, in einem weiten und in sich unterschiedlichen Sinn „marxistisch-leninistisch“ ausgerichteten Strömung konfrontiert. Deren diverse Gruppierungen (DKP, Linksruck, SAV, isl, RSB etc.) betreiben gegenwärtig ihren organisatorischen Zusammenschluss, vorläufig im Kreis der „FreundInnen der Europäischen Antikapitalistischen Linken“ (EAL), perspektivisch in einer gemeinsamen Parteigründung oder als koordinierter linker Flügel der aktuell sich herausbildenden „Wahlalternative“. Mit deren Spektrum ist die dritte Tendenz benannt, von der wir uns abzusetzen haben, die einer organisatorisch noch heimatlosen Post- oder Neo-Sozialdemokratie nach dem definitiven Wende der SPD zum Neoliberalismus. Diese dritte Strömung kann auf nicht unerhebliche Unterstützung aus den Gewerkschaften und den gemäßigten Teilen des attac-Milieus rechnen. (3)

Sofern „Abgrenzung“ für uns weder Selbstzweck noch Reflex eines sektiererischen Organisationsegoismus ist, führt das Bemühen um Distanz zunächst auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zurück, von denen unterschiedliche linke Strömungen unterschiedliche Einschätzungen und auf die sie dann auch unterschiedliche Antworten haben. Allora:

### **Crisis? What Crisis?**

Der durch die Ereignisse Seattle und Genua markierte aktuelle Bewegungsaufbruch und die Intensivierung der sozialen Auseinandersetzungen reflektieren die doppelte Krise einerseits der Hegemonie neoliberaler Ideologie und andererseits

der postfordistischen Restrukturierung kapitalistischer und imperial(istisch)er Herrschaft. Im Rahmen dieses Papiers geht es primär um die materiellen Bedingungen und Folgen der Hegemoniekrise des Neoliberalismus. Die Diagnose „nur“ einer Krise und nicht etwa eines Endes seiner Hegemonie anerkennt die im wesentlichen ungebrochene Wirkungsmacht neoliberaler Postulate, am signifikantesten in der den Alltagsverstand durchgängig beherrschenden Formel, nach der „wir“ eben „sparen“ müssten, tiefer liegend in der breiten Akzeptanz der wahrnehmungs- und verhaltensleitenden ideologischen Doublette von Standortnationalismus und Konkurrenzindividualismus. Fortdauer und Krise der neoliberalen Hegemonie hängen zu einem wesentlichen Teil an der tiefgreifenden Entwertung aller ideologischen Projekte, die auf den „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ ausgerichtet waren – real existierende Sozialismen, antikoloniale Befreiungsnationalismen, westliche Sozialdemokratie. In Deutschland kulminiert dieser Prozess – nach der Implosion des SED-Staats – gegenwärtig in der sich fortlaufend beschleunigenden Zersetzung des historischen Blocks von sozialdemokratischer Partei und sozialpartnerschaftlicher Einheitsgewerkschaft. Damit aber zerbricht die politisch-ideologische Konstellation, die hier seit den 1920er Jahren die radikale Linke strukturell marginalisiert hat, weil vom Partei- und Staatskommunismus bis zur Neuen Linken keine Strömung der radikalen Linken in der Lage war, ein alternatives „Angebot“ zu formulieren, das zur Kündigung der Loyalität der lohnabhängigen Klassen zu diesem Block geführt hätte.

Strategisch ist dabei allerdings von entscheidender Bedeutung, dass die Liquidation des sozialdemokratischen Projekts einerseits strukturell, andererseits „von oben“ vollzogen wird: sie ist zum einen Bedingung wie Folge der postfordistischen Restrukturierung von Herrschaft und Ausbeutung, zum anderen ideologisches und politisches Projekt der gesamten politischen Klasse der BRD. Dabei ist nicht deren liberalkonservative, sondern deren rotgrüne Fraktion treibende Kraft des neoliberalen Angriffs: sie gibt das Tempo des Abbruchs vor, nimmt dabei das Funktionariat der PDS mit sich und zwingt das „bürgerliche“ Lager zur nachholenden Radikalisierung des Projekts.

Weil nun aber die Liquidation des sozialdemokratischen Blocks von oben und gerade nicht durch eine rebellische Linksentwicklung von unten erfolgt, wird sie von der vielgerühmten „Basis“ bisher auch nur durch passive Resignation und Desorientierung „beantwortet“. Sichtbarstes Zeichen dafür sind die Massenaustritte aus der SPD, der PDS und den Gewerkschaften einerseits und das konfuse Wahlverhalten der lohnabhängigen Milieus andererseits, das „politikverdrossen“ entweder gar nicht mehr wählt oder seine Stimme der CDU gibt, im selben Zug aber, wie zuletzt in Hamburg geschehen, Privatisierungspolitiken eine deutliche Absage erteilt.

Während eine reformistische Erneuerung der SPD aufgrund der subjektiven Auszehrung des Ortsvereinswesens, des mittleren Funktionariats und der verbliebenen „parlamentarischen Linken“ zumindest mittelfristig ausgeschlossen werden kann und die Regression der PDS zur vermutlich nur noch übergangsweise relevanten Regionalpartei gerade vollzogen wird, ist die Situation der Gewerkschaften kom-

plexer und offener. Können SPD und PDS ihre Pfründe im zunehmenden Leerlauf der Rituale und Apparate des parlamentarischen Staates trotz allem sichern – es reicht, hier auf die Demokratische Partei der USA zu verweisen –, so bietet sich den Gewerkschaften diese Option nicht: in ihrer ureigensten Funktion gezwungen, sich gegen den neoliberalen Angriff zu wehren, sind sie um den Preis der Selbstaufgabe zu einer Neuorientierung gezwungen. Dazu aber sind (nicht nur) die amtierenden Spitzenfunktionäre nicht in der Lage: die authentischen Sozialdemokraten nicht, weil sie ihres staatlichen und parteipolitischen Arms beraubt und deshalb objektiv manövrierunfähig sind, die an die neoliberal gewendete SPD gebundenen Kreise nicht, weil es ein neoliberales Projekt auf gesamtgewerkschaftlicher Ebene strukturell nicht geben kann. Denkbar und im Fiasko des ostdeutschen Metallstreiks auch schon erprobt ist allerdings die vollständige Räumung der politischen Ebene und die Transformation der Gewerkschaftsarbeit ins Format gelber Betriebsgewerkschaften – dies ist offenbar das Projekt der westdeutschen Betriebsratsfürsten und mit ihnen der (noch) hochentlohten (Noch-)Kernbelegschaften. Denkbar und für uns dann von wesentlicher Bedeutung ist aber auch eine nachholende Linkswende aus der Gewerkschaftsbewegung heraus. Auch dafür gibt es – wenn auch widersprüchliche und mehrdeutige – Anzeichen. Übrigens auf allen Ebenen, der Basis ebenso wie im mittleren und sogar im oberen Funktionariat. Bevor diese Option näher betrachtet werden kann, gilt es allerdings, zunächst ein anderes Moment der Krise in Augenschein zu nehmen.

### **Krise der Repräsentation**

Im Zug der Durchsetzung neoliberaler Politik sind nicht nur die sozialen und materiellen Garantien des fordistischen Klassenkompromisses liquidiert und zugleich die Apparate wesentlich geschwächt worden, die diesen Kompromiss durchgesetzt und fortgeschrieben haben. Mit ihr ist zugleich die Struktur bürgerlich-parlamentarischer Demokratie und damit der ganze im nationalen Staat begründete und auf ihn ausgerichtete Modus von Politik ausgehöhlt worden. Dabei handelt es sich weniger um eine Schwächung von Staatlichkeit überhaupt als vielmehr um den von bestimmten Nationalstaaten absichtsvoll vorangetriebenen Prozess einer Transnationalisierung staatlicher Politik, d.h. ihrer Einordnung in mehrdimensionalen Aushandlungs-, Entscheidungs- und Verrechtlichungsstrukturen unter Einschluss nicht-staatlicher Akteure, und zugleich um die Überdeterminierung des Politischen durch die Repräsentationsweisen des Systems der Massenmedien. Schon seit dem Zweiten Golfkrieg 1991 und erst recht seit dem 11. September 2001 werden die Transnationalisierung von Staatlichkeit und ihre massenmediale Überdeterminierung darüber hinaus mit global entgrenzten und auf Dauer gestellten militärisch-polizeilichen Operationen kurzgeschlossen. Die Dynamik des Prozesses folgt dabei ganz offenbar weniger einem strategischen Masterplan souveräner Eliten als einer in sich konfliktiven Politik der „Flucht nach vorne“, deren Beweggrund die sich vertiefende Krise kapitalistischer Akkumulation ist. Die Unwägbarkeit der Entwicklung hängt dabei auch an der

unberechenbaren Rolle der „islamistischen“ Reaktion: ein nicht auszuschließender weiterer Anschlag in der Dimension des 11.9. kann den Möglichkeitshorizont des Politischen abrupt in einer Weise verändern, die heute von niemandem abgesehen werden kann.

Reflex dieser tatsächlich „neuen Unübersichtlichkeit“ ist zunächst einmal eine umfassende Krise der politischen Repräsentation: Neoliberalismus ist insofern nicht nur selbst ein Bündel konkreter Politiken, sondern zugleich eine neue Art und Weise der Inszenierungen des Politischen selbst. Die aber bringt nicht nur eine Entwertung der sozialistischen Ideologien, sondern sämtlicher traditionellen Ideologien mit sich, auch der bürgerlichen. Die Folge sind im echten Sinn des Wortes postmoderne Hybriddbildungen, für die exemplarisch einerseits auf das „System Berlusconi“, andererseits auf das Projekt des niederländischen Politikers Pim Fortyn verwiesen sei, der die hedonistische Alltagslibertinage metropolitaner Mittelklassen mit einem offenen Wohlstands Rassismus zu verbinden wusste. In Deutschland experimentiert die Allianz von neoliberal vereinigter politischer Klasse und massenmedialer Apparatur mit einer eigenen Konfiguration des selben personalistischen Populismus und verkauft Politik immer prägnanter als „Chef-sache“ zupackender „Macher“, die sich im Konfliktfall in außerparlamentarischen, expertokratisch begleiteten Aushandlungsprozessen (Rürup, Hartz) arrangieren. Die Wahl des IWF-Managers Köhler zum Bundespräsidenten zeigt insofern unverstellt den gegenwärtig erreichten Stand der Aushöhlung und des Leerlaufs parlamentarischer Demokratie an. Von unten begegnet all dem, wir sagten es schon, eine immer weiter um sich greifende, strategisch nach allen Seiten offene „Politikverdrossenheit“. Offen ist dieses ideologische Syndrom allerdings nicht nur nach links wie rechts, sondern, wichtiger noch, nach radikal entgegengesetzten Formen der politischen Vergesellschaftung selbst. So kann die darin wirkende resignative Tendenz eines Rückzugs nicht nur aus der Politik, sondern überhaupt aus einer im Wortsinn „öffentlichen Sphäre“ in einer verallgemeinerten Apathie oder Lethargie des Politischen, aber ebenso in seiner explosiven Transformation münden, vergleichbar etwa der tatsächlich ja in nur eins, zwei Jahren abgeschlossenen Implosion des Politischen im realen Sozialismus. Im ersten Fall käme es zu einer weiteren Angleichung der politischen Vergesellschaftung an US-amerikanische Verhältnisse, damit aber auch an eine Form der Gesellschaftlichkeit, in der es dem aggressiven Wohlstands Rassismus eines Drittels der Gesellschaft gelungen wäre, die fortschreitende Verarmung und Marginalisierung der Mehrheit der Gesellschaft zum quasi „natürlichen“ Phänomen zu entpolitisieren. Im anderen Fall kann eine autoritäre Lösung nicht ausgeschlossen werden, die strategisch und taktisch an die sich aktuell bereits entwickelnden Politiken eines antiterroristischen Sicherheitsstaats im „Clash of Civilizations“ anknüpfen könnte. Beide Optionen – Apathie des Politischen und antiterroristischer Sicherheitsstaat – könnten darüber hinaus hybrid verschmelzen. Zur Unübersichtlichkeit und Unentschiedenheit der aktuellen Situation gehört aber auch, dass die Krise der Repräsentation auf solche Lösungen eher passiv zutreibt und sich keine Kraft ausmachen lässt, die aktiv an ihrer Realisierung arbeitet.

Das lässt, um an dieser Stelle mit dem Spekulieren erst einmal Schluss zu machen, auch die Möglichkeit einer langsameren, auch die einer schnelleren Wende nach links offen und begründet insofern die Notwendigkeit eines undogmatischen linken Interventionismus.

### **Wir, nicht die andern ...**

Stimmt die Diagnose einer tiefgreifenden Krise der Repräsentation des Politischen und eines strukturellen Versiegens auch nur der Möglichkeit eines national-sozialstaatlichen Reformismus, dann begrenzt diese Krise eben deshalb die Möglichkeiten sowohl der post- oder neo-marxistisch-leninistischen wie der post- oder neo-sozialdemokratischen Tendenz. Das beide nicht die Lösung, sondern Teil des Problems sind zeigt sich am klarsten an ihrer Fixierung auf eine Politik in Parteiform. Das gilt übrigens nicht nur für deutsche Verhältnisse, sondern betrifft gleichförmige Projekte beider Tendenzen auch anderswo, auch und gerade das Projekt von Rifondazione Comunista, das hier wohl – neben der brasilianischen Partido dos Trabalhadores – als Modell gelten darf. Diese strukturelle Schwäche schließt natürlich nicht aus, das kurz-, vielleicht auch mittelfristig sowohl die Post-ML-Szene wie Versuche der Neuformierung des sozialdemokratischen Blocks (Partei und Einheitsgewerkschaft) Relevanz gewinnen können. Die Grenze beider Optionen liegt nun aber in ihrer – parteivermittelten – Orientierung auf nationalstaatliche Repräsentation und, wesentlicher noch, nationalstaatliches Regierungshandeln. Negativ lässt sich daraus der Grundriss unserer eigenen Option zeichnen: eine Politik zu entwickeln, die weder auf Repräsentation noch auf Regierungshandeln, sondern auf eine emanzipatorische Transformation der ideologischen Verhältnisse und auf die Entwicklung autonomer Handlungsmächtigkeit setzt – beides bedingt sich übrigens gegenseitig. Deshalb gilt es, zunächst einmal einen Kampf um das Politische selbst zu führen und „von unten“ die Anfänge eines alternativen gesellschaftlichen Projekts zu entwickeln. Weil so etwas durch Kaderpolitik allein gar nicht zu leisten ist, zwei Verweise auf das politische Feld, in das zu intervenieren sich lohnen kann:

1.) Es ist überhaupt nicht ausgemacht, dass das heterogene soziale Milieu der globalisierungskritischen Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung wie der aktuellen Bewegung gegen den „Sozialkahltschlag“ sich von sich aus auf die neo- oder postsozialdemokratische oder gar die Post-ML-Option ausrichten wird. Im Gegenteil, man verkennt die eigensinnige Qualität der ja nur scheinbar „un-ideologischen“ und „pragmatischen“ Artikulationen vor allem der globalisierungskritischen Bewegung, wenn man sie nicht als Reflexion, partiell sogar als Durcharbeitung der Krise von Repräsentation und Repräsentationspolitik versteht. Dem entspricht übrigens auch die subjektive Zusammensetzung dieses Milieus, in dem re-politisierten AktivistInnen der „Neuen Sozialen Bewegungen“ wie linker Organisationen der 1960er, 70er oder 80er Jahre eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Zieht dieses Milieu die Organisation in und Artikulation als attac-Netzwerk dem Anschluss an eine wie auch immer beschaffene „Wahlalternative“ vor, muss das als

Zeugnis seiner politischer Reife gewertet werden.

2.) Dasselbe gilt vom innergewerkschaftlichen Transformationsprozess, in dem verschiedene Kreise auf allen Ebenen, wenn auch in unterschiedlicher Radikalität mittelfristig auf die Herausbildung eines neuen historischen Blocks setzen, der sich aus den sozialen Bewegungen und einer re-mobilisierten Gewerkschafts-„Bewegung“ zusammensetzen soll. Selbst wo diese Tendenzen sich politisch explizit auf das Projekt eines europäisierten „Links-Keynesianismus“ beziehen, (4) können sie nicht umstandslos als „bloß“ post- oder neo-sozialdemokratische Kraft verstanden werden: wer einen solchen neuen historischen Block zusammenbringt, verfügt damit noch nicht über die Richtung, in der sich dieser Block entwickeln wird.

Undogmatischen linken Interventionen kommt in beiden Feldern eine Schnittmenge in den jeweiligen programmatischen Debatten entgegen: sowohl bei uns wie im globalisierungskritischen und linksgewerkschaftlichen Milieu wird seit einiger Zeit zunehmend über eine Politik erweiterter sozialer Rechte und des freien und gleichen Zugangs zu Öffentlichen Diensten bzw. Öffentlichen Gütern diskutiert – die Gelegenheit, endlich unmittelbar auf uns selbst und unsere Politiken zu sprechen zu kommen. (5)

### **Wozu überhaupt „eine“ undogmatisch-interventionistische Linke?**

Die Beantwortung dieser Frage setzt im Blick auf die aktuelle Verfassung „der“ Linken erst einmal eine Verständigung über das angerufene Subjekt selbst – die Linke, die Linken – voraus. Im über Jahrzehnte dominierenden marxistischen Selbstverständnis fand „die Linke“ – die Sozialisten, Kommunisten, Revolutionäre (nicht feminisiert) – ihren Seins- und Rechtsgrund bekanntlich in einer Differenz: der Differenz zwischen ihr selbst und „der (Arbeiter-)Bewegung“ oder „den Klassenkämpfen“. Letztere wurden als mehr oder weniger diskontinuierliche, mehr oder weniger spontane, mehr oder weniger bornierte Prozesse aufgefasst, die einer vorwärtstreibenden, für Kontinuität, Autonomie und Universalisierung eintretenden Kraft bedürftig waren – eben „der Linken“, mithin der „Avantgarde“. (6) Umgekehrt war die Linke, waren die Linken gerade deshalb zur Intervention in diese Kämpfe, diese Bewegungen verpflichtet – „Praxisabstinenz“ war da immer nur das Symptom einer als vorübergehend gedachten Krise. Angemerkt sei, dass entlang der vielfältigen Spaltungen der historischen Linken das Verhältnis zwischen den Linken, den Bewegungen und den Kämpfen selbst noch einmal außerordentlich differenziert gedacht wurde, Fixierungen etwa auf „den“ Leninismus verkürzend sind und den Reichtum und die Tiefe der erreichten Reflexion – sowohl der linksradikalen wie ultralinken Seitenlinien wie der diversen „zentristischen“ Vermittlungen und „Versöhnungen“ oder der stetigen „Neugründungen“ auf der sozialdemokratischen oder marxistisch-leninistischen „Hauptlinie“ – verkennen. In der Folge des unbestreitbaren Scheiterns der Haupt-, doch eben auch der Neben- und Seitenlinien wie der Zentrismen der historischen Linken, in der Folge aber auch des erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts dekonstruierten traditionsmarxistischen Dogmas

von der Zentralität der Arbeiterbewegung bzw. der Klassenkämpfe ist nun aber – wir kürzen ab – gerade die Basisdifferenz zwischen der oder den Linken einerseits und den Bewegungen und den Kämpfen andererseits nicht mehr selbstverständlich. Deshalb kommt der Reflexion auf diese Differenz und ihre aktuelle – tatsächliche wie gewünschte – Artikulation für uns zentrale Bedeutung zu, mehr noch: sie markiert nicht nur den Unterschied zur sozialdemokratischen und marxistisch-leninistischen Tradition, sondern auch zur ebenfalls historisch gewordenen „Neuen Linken“ und ihren unterschiedlichen Strömungen und Sequenzen zwischen den 1960er und den 1990er Jahren.

Wir schlagen vor, dieses Thema zuerst aus der eigenen Erfahrung zu konkretisieren. Halten wir an einer systematischen Differenz zwischen den Linken und den Kämpfen bzw. den Bewegungen fest, dann fragen wir nach der aktuellen Gestaltung aus dieser Differenz resultierender Aufgaben: etwa die des Problems der Kontinuierung und Radikalisierung spontaner Proteste und Kämpfe, des – ungelösten, subjektiv von uns allein auch gar nicht zu lösenden! – Problems einer „massenpolitischen“ Ausrichtung und im Gegenzug des Sektierertums bzw. des Elitismus (nicht nur der Antideutschen!), nach der Vertiefung widerständiger Begehren, nach unserem Ausgriff auf „die“, d.h. immer nur eine, jeweilige Einheit von Theorie und Praxis, nach der Notwendigkeit einer diskursiven und nicht-diskursiven Kritik im radikalen Sinn des Worts. Die Beantwortung dieser Fragen schließt eine Vergegenwärtigung der Geschichte der Linken ein, auch die ihrer Staaten und ihrer Gewalt, aber auch die der „linken“ Geschichtsschreibung der letzten Jahre, nicht zuletzt der Entstellung ihrer Geschichte durch diverse Ex-Linken, von rotgrüner bis zur antideutschen Seite.

## Wer, wo und wie

Eine schematische Übersicht des Standes unserer Dinge muss eingangs die letzten Markierungen sozialer Bewegung nennen: die für jüngere deutsche Verhältnisse zweifellos „großen“ Demonstrationen des 15.2.03, des 1.11.03 und des 3.4.04, die zahllosen Proteste unterschiedlicher Gruppen gegen den „Sozialkahltschlag“, die Etablierung des attac-Netzwerks, die mit dem „Perspektivenkongress“ noch einmal bestätigten Turbulenzen in den Gewerkschaften und, nicht zu vergessen, der außerordentlich erfolgreiche, auch und gerade von der Stimmung her positiv überraschende 27. Kongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) mit 800 TeilnehmerInnen.

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, worin wir – im engeren Sinn jetzt die seit längerer oder kürzerer Zeit am „Beratungstreffen“ beteiligten Gruppen, Projekte und Einzelpersonen – verstrickt sind:

- 1.) Projekte lokaler linksradikaler Organisation postautonom oder post-antifaschistischen Hintergrunds, die z.T. schon seit längerem aufeinander Bezug nehmen und das im Berliner Act!-Zusammenhang mittlerweile auch formell sichtbar machen;
- 2.) die Aktivitäten der in der bundesweiten Koordinierung KriegistFrieden (KiF) zusammengeschlossenen Gruppen, darunter die ebenfalls bundesweite Initiative Libertad!, de-

ren Höhepunkt die Mobilisierungen gegen die Münchner NATO-Sicherheitskonferenz waren;

3.) die Aktivitäten der Gesellschaft für Legalisierung (GfL), darunter die bundesweite antirassistische Gruppe Kanak Attak;

4.) informell koordinierte Interventionen von Einzelpersonen im attac-Netzwerk, in den Sozialforen, im linksgewerkschaftlichen Spektrum und in der Anti-Kriegs-Bewegung;

5.) die in ersten Ansätzen koordinierte publizistische Projekte u.a. von analyse & kritik, Fantômas und arranca!;

6.) informell koordinierte Beteiligungen an den Europäischen Sozialforen von Florenz und Paris, an den letzten BUKO-Kongressen, am Frankfurter „Kommunismuskongress“ 2003, auch am „Perspektivenkongress“;

7.) schließlich eine informell koordinierte Veranstaltungspraxis und, noch informeller, zahllose Einzelkontakte und -begegnungen während unterschiedlichster (und nicht nur) politischer Aktivitäten, ein darin sukzessive verstetigter Kontakte der „Szene“ untereinander.

Auch wenn das nur ein Ausschnitt der Gesamtmenge undogmatischer linker Interventionen ist und einige Initiativen nicht genannt, weil faktisch noch nicht angesprochen sind, suggeriert diese Auflistung doch für sich schon die Möglichkeit eines kohärenteren Zusammenhangs. Dieser lässt unter Ablösung vom konkreten Einzelprojekt in die folgende Liste der Möglichkeiten übertragen:

- 1.) Möglichkeiten eines lokal organisierten, thematisch nicht eingegrenzten, jedoch explizit linksradikalen Aktivismus jenseits der Parteiform und der Szenepolitik;
  - 2.) Möglichkeiten eines auf den Zusammenhang von Globalisierung, Krieg und „Sicherheitspolitik“ orientierenden systematischen Schwerpunkts;
  - 3.) Möglichkeiten eines auf den Zusammenhang von Globalisierung, Migration und der Aneignung, Durchsetzung und dem Vorenthalt sozialer Rechte orientierenden systematischen Schwerpunkts;
  - 4.) Möglichkeiten einer auf einen organisierten lokalen Aktivismus und die beiden genannten systematischen Schwerpunkte gestützten koordinierten Intervention in die Milieus von attac, der Sozialforen, des gewerkschaftlichen Transformationsprozesses;
  - 5.) Möglichkeiten einer koordinierten linksradikalen Publizistik in systematisch erhöhter Auflage;
  - 6.) Möglichkeiten einer bundesweit koordinierten Veranstaltungspraxis;
  - 7.) Möglichkeiten einer lebendigen Diskussions-, Kommunikations- und Kaderkultur, deren Ort einmal die intersubjektive Alltäglichkeit der Beteiligten, zum anderen spezifische Foren – vom „Beratungstreffen“ bis zum BUKO – sein können;
  - 8.) die Möglichkeit, dies alles über Namens- und Symbolpolitiken sowie organisatorische Formalisierungen sag- und sichtbar zu machen, auch in „rekrutiver“ Absicht.
- Die Grenze all dieser Möglichkeit liegt zweifellos in dem eingangs genannten Umstand, nach den gegebenen Kräfteverhältnissen bis auf Weiteres zu Kaderpolitiken verdammt zu sein, mit allem, was dies mit sich bringt – im Hinblick auf die Gefahr eines im negativen Sinn des Worts machtförmigen „Politizismus“, im Hinblick auf das in diesem Kontext nicht zufällig asymmetrische Geschlechterverhältnis – die

Asymmetrie nicht nur numerisch aufgefasst – , im Hinblick auch auf die Gefahren subjektiver Überspannungen samt dann unausweichlicher Erschöpfung. Fangen wir deshalb, jetzt, in unserer Diskussion, aber auch in unserer Praxis, noch einmal bei uns selbst an.

## Zurück zum Ausgangspunkt

Noch im Vollzug der Differenz zwischen „sich“ – den Linken – und den Kämpfen bzw. Bewegungen sind die Linken von den systemischen Zwängen wie den widerständigen Begehren nicht ausgenommen, gegen die bzw. aus den sich diese Kämpfe und diese Bewegungen entwickeln. Im Gegenteil: gerade unsere sozialen Milieus werden von den aktuellen Umbrüchen so radikal durcheinandergewirbelt, dass wir schon in eigener Sache zur Intervention gezwungen sind. Das gilt in einem historisch nahen und einem historisch weiter zurückreichenden Sinn. Nah, insofern radikale Linke in ihren milieuspezifischen Reproduktionsstrategien seit 1968 zugleich vom fordistischen Klassenkompromiss und seiner postfordistischen „Modernisierung“ zehrten. Das galt für die Ausnutzung der Zeitressourcen einer verlängerten studentischen Existenz ebenso wie für alternativ-ökonomische Experimente, für das JobberInnenentum, für die privilegierte Besetzung „kreativer“ wie sozialer Berufe, sogar für die Teilnahme am „Marsch durch die Institutionen“ und nicht zuletzt die individuelle Nutzung sozialstaatlicher Garantien. Alle diese Möglichkeiten mitsamt ihrem Niederschlag in den formellen und informellen Institutionen der „Szene“ wie der explizit politischen Organisation tendieren heute gegen Null. Von der Liquidierung der „Freiräume“ der Universitäten wie der Alternativökonomie über die Verelendung im JobberInnenentum bis zur Prekarisierung „kreativer“ und sozialer Berufe unterm doppelten Druck von Konkurrenz und „Sozialkahltschlag“: am Kampf um bedingungslose soziale Rechte und die Wiederaneignung öffentlicher Güter haben Linke heute ein existenzielles Interesse. Sofern der Postfordismus nicht nur Resultat neuer Kapitalstrategien, sondern auch eine Folge der Kämpfe gegen das fordistische Fabrikregime und die „konsumgesellschaftliche“ Normierung des Alltags ist, sind die linken Milieus aber nicht einfach „Opfer“: ihre Revolte gegen das Normalarbeitsverhältnis ging dem neoliberalen Angriff voraus, sie konnten und können flexibilisierte Arbeitsbedingungen in offene und experimentelle Lebensentwürfe integrieren und suchen ihre Chancen deshalb auch nicht in einer reuigen Rückkehr unter die fordistische Disziplin.

In weiter zurückreichender Perspektive geht es dabei um die Weise, in der wir heute und für uns den Unterschied zwischen den Linken und den Bewegungen bzw. Kämpfen vollziehen können. Historisch wurde dieser Unterschied oft in der Form eines Stellvertretungsverhältnisses von „Intellektuellen“ – das Wort in weitem, auch nicht-akademischen Sinn verstanden – zu ihnen gegenüber subaltern platzierten Milieus artikuliert. Im Zug der postfordistischen Restrukturierung der Arbeitsteilung aber werden immaterielle wie affektive Tätigkeiten so tiefgreifend verändert, dass sich die soziale Kategorie des Intellektuellen in die in ihrer Mehrdeutigkeit wie inneren Ausdifferenzierung noch gar nicht

ausgelotete Kategorie der „Massenintellektualität“ auflöst. (7) Das betrifft individuelle Lebensführungen wie ganze gesellschaftliche Sektoren – alles, was im Alltag als „Kultur“, aber auch als „Öffentlichkeit“ bezeichnet wird, und damit natürlich auch die Bedingungen politischen Handelns im engeren Sinn des Wortes – auch hier sind wir der Krise der Repräsentation konfrontiert. Eine undogmatische, interventionistische – und postfordistischen Linken trüge ihren Namen dann zu recht, wenn sie ihre Massenintellektualität subversiv zu radikalisieren lernte, im Alltagsleben wie in der Konstruktion eines diesem Alltag angemessenen politischen Raums. Von hier ist deshalb auch zurückzugehen auf im vorangegangenen Abschnitt präsentierte Liste von Möglichkeiten, hier scheint deshalb auch eine Politik auf, die mehr und anderes werden könnte als „Kaderpolitik“. Mit der Platzierung des Begriffs der Aneignung auf der Agenda der Kämpfe ist dafür ein Anfang gemacht – nicht mehr, nicht weniger.

Anmerkungen:

- 1) Von lat. *intervenire*, dazwischen- bzw. dazukommen, -treten; lat. *interventio*, Dazwischenkunft.
- 2) *Luoghi Comuni* (Gemeinsame Orte). Sonderausgabe von *DeriveApprodi* zum ESF in Paris 2003, gekürzte Fassung in ak 481
- 3) Als weitere Tendenz ließen sich noch uns mehr oder weniger nahestehende Gruppen unterschiedlicher (wertkritischer, sozialrevolutionärer, militanter...) Ausrichtung nennen, die größeren Wert auf eine explizit anti-reformistische Artikulation legen, uns deshalb immer wieder des Reformismus bezichtigen und von uns im Gegenzug als „ultralinks g“ bezeichnet werden könnten – das alles mit dem gebotenen Unernst genommen.
- 4) Vgl. das Strategiepapier des neuen IG-Metall-Ideologen Hans Jürgen Urban: *Zukunft des Sozialstaats – Eigenverantwortung und Finanzierung*, Juni 2003; kann auf Wunsch elektronisch zugesandt werden.
- 5) Für einen Überblick vgl. die Diskussionen bei *attac* ([www.attac.de/sozsich/texte-speicher.php](http://www.attac.de/sozsich/texte-speicher.php)), im Umfeld der Rosa Luxemburg-Stiftung ([www.wem-gehoert-die-welt.de](http://www.wem-gehoert-die-welt.de)), in „radikal-reformistischen“ Kreisen ([www.links-netz.de](http://www.links-netz.de)), in der Vorbereitung und Durchführung des 27. Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus ([www.buko.info/](http://www.buko.info/)) sowie im Nachgang auf den linksgewerkschaftlichen „Perspektivenkongress“ ([www.perspektivenkongress.de](http://www.perspektivenkongress.de)) sowie bei *kanak attac* ([www.kanak-attac.de/ka](http://www.kanak-attac.de/ka)) bzw. der Gesellschaft für Legalisierung ([www.rechtauflegalisierung.de/](http://www.rechtauflegalisierung.de/)). Vgl. außerdem *arranca!* 28/03 (<http://arranca.nadir.org/aktuell.php3>), *Fantômas* 4/03 ([www.akweb.de/fantomas](http://www.akweb.de/fantomas)) sowie zusammenfassend Tom Binger: *Wir können auch anders! Zu einigen radikalreformerischen Alternativen zur Agenda 2010*, in: ak 484.
- 6) Die grundlegende Reflexion auf die Differenz zwischen den Linken und den Bewegungen bzw. den Kämpfen findet sich immer noch im Proletarier und Kommunisten überschriebenen Abschnitt des Manifests der Kommunistischen Partei.
- 7) Vgl. u.a. Thomas Atzert (Hg.): *Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin 1998; Marco Revelli: *Die gesellschaftliche Linke*, Münster 1999; Jost Müller: *Die kritischen Intellektuellen und die Vergesellschaftung der Intelligenz. Einige Hinweise auf Geschichte und Theorie der Massenintellektualität*. In: Th. Atzert, J. Müller: *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität*, Münster 2004.

---

# Für eine Linke, die dazwischen geht.

**Einladung zu einem ersten, nicht-öffentlichen Treffen im November 2004**

Dieser Text ist als Einladung an alle, die an den Diskussionen des „Beratungstreffens“ teilgenommen hatten, im September 2004 verfasst worden. Viele Abschnitte in diesem Text erscheinen – zwangsläufig – nur angerissen, manches fehlt, anderes wäre genauer zu entwickeln gewesen. Deshalb ist zu bedenken: Der Text diene allein der Selbstverständigung in praktischer Absicht und war nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Er war eben eine Einladung und keine Grundsatzserklärung zu den Wünschen und Nöten einer interventionistischen Linken.

## Ein kurzer Blick zurück

Das Beratungstreffen selbst schloss an Debatten und Aktionen an, die ihren Ausgangspunkt in den 1990er Jahren nahmen: einerseits in der Zersetzung der linksradikalen Bewegung, andererseits im Aufbruch „globalisierungskritischer“ Kämpfe mit dem Umschlagspunkt Genua 2001. Zersetzung meint nicht ein völliges Verschwinden linker Praxis, sondern verweist auf unsere Unzufriedenheit mit ihrer „arbeitsteiligen“ Ausdifferenzierung in die spezialisierten Bereiche der Antira-, Antimil- und Antifa- bzw. der Pop-, Kultur-, Diskurs- und Gewerkschaftslinken. Ihre eigene Markierung hinterlässt die Krise des Feminismus. Nicht ausgeführt sind historische Bezüge zu den in der Ökologiebewegung zusammenfließenden anti-industrialistischen Revolten (Anti-AKW-Kämpfe) und die Impulse der internationalistischen „Soli“-Bewegung des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts.

Was uns zusammenbringt ist der Aufbruch der Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung an dem wir je nach unserer besonderen Herkunft und doch gemeinsam als undogmatische und interventionistische Linke teilnehmen. Vorerst einig sind wir uns auch in dem Wunsch, eine so verstandene Linke als eigene Strömung sichtbar zu machen. Solche Sichtbarkeit muss organisiert werden, und damit sind wir bei den beiden Fragen angelangt, auf die wir hier erste Antworten formulieren wollen:

Was eigentlich ist oder besser wäre eine undogmatische und interventionistische Linke? Und: was heißt es, eine solche Linke als eigene Strömung sichtbar zu machen?

Politische Zusammenschlüsse stehen grundsätzlich vor der Frage, ob es ihnen nur um ein „Bündnis“ oder um mehr geht: um gemeinsame Organisation oder gar Organisation. Einigkeit besteht unter allen, dass es nicht um ein wie auch immer geartetes Parteigründungsverfahren gehen kann. Niemand will das (hoffentlich auch nicht heimlich). Dagegen sprechen alle Erfahrungen der politischen Kämpfe und sozialen Bewegungen spätestens seit 68, dagegen sprechen aber auch die herrschenden Bedingungen in den Metropolen selbst.

Wir denken eher an ein „Forum“ – an einen politischen Raum jenseits der althergebrachten Kategorien „Organisati-

on“ und „Bündnis“. Keine Organisation, weil (um nur einen Punkt zu nennen) ihr Formalismus heute jeden Bewegungscharakter zerreiben würde, aber auch kein Bündnis, weil eine interventionistische linke Strömung auf einen anderen Aktivismus als den der taktischen Tischvorlagen (ein)bestellter VertreterInnen angewiesen ist. Niemand würde in einem solchen Forum seine politische Autonomie aufgeben, selbst dort nicht, wo ein Zusammenschluss, der in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen will, beschluss- und handlungsfähig werden und deshalb eine strategische Autonomie der Entscheidung einfordern und erhalten muss. Das wäre vielleicht die erste und wichtigste Intervention in das eigene Politikverständnis, die zu diskutieren wäre. Einfach ist das nicht, da sollte sich niemand etwas vormachen. Denn es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen von Aktion und Debatte im (Spannungs-)Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Und zumindest einige kennen die Anfangseuphorie und spätere Ernüchterung von Organisationsversuchen der jüngeren linksradikalen (in erster Linie westdeutschen) Geschichte. Wir sollten darauf achten, dieser Geschichte nicht ein weiteres Kapitel hinzuzufügen und uns deshalb auch vor dem eigenen Voluntarismus schützen.

## Los geht's!

Vom Aufbruch der Bewegungen gegen die kapitalistische Globalisierung zu sprechen heißt zuerst, einen „Standortirrtum“ korrigieren zu müssen, der unsere politische (Selbst-)Wahrnehmung bestimmt. Denn einerseits sind wir mit irreversiblen historischen Einschnitten konfrontiert – in aller Kürze: zum einen dem Zusammenbruch des realsozialistischen „Lagers“, der antkolonialen Befreiungsbewegungen und der westlichen „Sozialpartnerschaft“; zum anderen mit der postfordistischen Restrukturierung kapitalistischer und imperial(istisch)er Herrschaft und der damit verbundenen globalen Durchsetzung neoliberaler Politiken.

Das macht den Kern der Krise, auch der Desorientierung aus, in der wir uns befinden, das umreißt allerdings auch den Möglichkeitshorizont, in den wir gestellt sind. Denn tatsächlich war das letzte Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts eben nicht nur ein Jahrzehnt des Abbruchs und des Durchmarschs der neoliberalen Konterrevolution – die 1990er Jahre waren gerade keinen „bewegungslosen“ Jahre: „In diesem Jahrzehnt gab es die ArbeiterInnenkämpfe, die die großen Automobilfabriken in Korea in Brand gesetzt haben, den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria, die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien, den Widerstand in Los Angeles oder den im zapatistischen Chiapas. Zum Verständnis der Alchimie, die die großen proletarischen Revolten kennzeichnet, lohnt es sich, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Jahr 1994 sowohl das Jahr des zapatistischen Aufstandes als auch das Jahr mit der weltweit höchsten Anzahl von Generalstreiks im 20. Jahrhundert

gewesen war. Jenes eindimensionale Bild von Bewegung war kurzfristig und falsch, weil es nicht in der Lage war, die Symptome des weltweiten Widerstandes zu erkennen und weil es den Standpunkt des Gegners eingenommen hat, nämlich den vom Triumph des Kapitalismus und vom Ende der Geschichte. In dieser Erzählung gab es lediglich einen Platz für einen Diskurs über die Macht und die sterile Denunziation ihrer Fehler und ihrer größten Grausamkeiten.“ (Italienische GenossInnen der Zeitschrift *DeriveApprodi* zum ESF in Paris 2003)

Diese notwendige Korrektur unserer (Selbst-)Wahrnehmung vorausgesetzt, bleibt natürlich trotzdem richtig, dass wir hier in Deutschland aus einer Position struktureller Schwäche heraus agieren – wenn auch seit Seattle und Genua sogar hier die Intensität des Protests zunimmt. Für unsere beiden Fragen heißt das konkret:

1) Was immer wir tun und wo immer wir intervenieren – wir betreiben nicht etwa willentlich, sondern gezwungenermaßen etwas, was „Kaderpolitik“ genannt werden könnte: Stets sind wir gezwungen, etwas „anschieben“ zu müssen, das „von selbst“ nicht liefe oder nicht so liefe, können kaum aus einem autonomen sozialen Prozess schöpfen. Das begrenzt schon kräftemäßig unsere Möglichkeiten, auch und gerade die Möglichkeit, den erstrebten Zusammenhang unserer verschiedenen Initiativen strömungs- oder gar organisationspolitisch sichtbar zu machen. „Vernetzungsarbeit“ ist nach Lage der Dinge zusätzliche Arbeit und kein Selbstläufer.

2) Die Aufgabe bzw. der Wunsch, trotzdem oder gerade deshalb eine undogmatische und interventionistische linke Strömung sichtbar zu machen, ist aber nicht nur ein Problem der Vernetzung, sondern auch eins der Trennung. Sich sichtbar zu machen heißt auch, sich von anders gepolten linken Strömungen abgrenzen zu müssen und sich gegen sie überhaupt erst wahrnehmbar zu machen. Von den diversen ML-Vereinen (DKP, SAV, Linksruck & CoKG) wie von den Antideutschen trennen uns aber nicht nur die inhaltlichen Positionen, sondern ihr Politikmodus selbst.

Einerseits – in Richtung ML – deren Imagination, durch Parolen zur Bewegung zu kommen: Die Einzelnen werden hier nicht in die Lage versetzt zu handeln und sich zu bewegen, sondern es geht um „Volksaufklärung“, autoritäre Massenaufklärung und paternalistische Repräsentanz. Eine subversive Politik – um den Begriff „revolutionär“ jetzt nicht zu bemühen – ist aber kein Busunternehmen. Man holt die Leute nicht dort ab, wo sie stehen, sondern versucht, sie mittels der eigenen Bewegung, Praxis und Intervention in die Lage zu versetzen, ihre Kämpfe und Forderungen selbst zu entwickeln. Warum das für uns von Bedeutung ist? Weil auch unter uns der „Politizismus“ lauert: hohles Stellvertretungsgeschäft, falsche Akklamation und Funktionärsgestus sind beileibe nicht nur ein ML-Problem.

Vom Antideutschtum trennt uns unsere Intention, in gesamtgesellschaftlicher Perspektive handeln und eben deshalb intervenieren zu wollen. Das schließt eine „korrekte Massenverachtung“ aus, die Kritik nur treibt, um sich – vermeintlich – moralisch ins Recht zu setzen – bis zum Beitritt in die „Koalition der Willigen“. Dass das Antideutschtum dabei eine ganze Generation junger AktivistInnen zuletzt vor allem der Antifa auf seine Seite ziehen konnte, verweist

auf ein Problem, das sich auch uns stellt. Wie verhindern wir, dass die immer wieder sich einstellende Erfahrung, in der Minderheit zu sein, in elitistische Identitätspolitik umschlägt, die sich zuletzt nur noch die Linken zum Gegner nimmt?

Uns geht es dem gegenüber darum, zunächst einmal einen Kampf um das Politische selbst zu führen und den Horizont sozialer Bewegung zu erweitern. Weil so etwas durch eigene Anstrengung allein gar nicht zu leisten ist, vier Verweise auf das politische Feld, in das zu intervenieren sich lohnen kann:

1) Es ist nicht ausgemacht, in welche Richtung sich das heterogene soziale Milieu der globalisierungskritischen Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung wie der aktuellen Bewegung gegen den „Sozialkahltschlag“ entwickeln wird – auch wenn Oskar Lafontaine dort noch auf längere Sicht populärer sein wird als wir.

2) Dasselbe gilt von den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, die viele von uns nur von außen wahrnehmen. Tatsächlich setzen dort verschiedene Kreise auf allen Ebenen, wenn auch in unterschiedlicher Radikalität mittelfristig auf die Herausbildung eines neuen historischen Blocks, der sich aus den sozialen Bewegungen und einer re-mobilisierten Gewerkschafts-„Bewegung“ zusammensetzen soll.

3) Nach links hin offen ist das Feld subversiver sozialer Prozesse, in denen kollektive soziale Rechte autonom angeeignet werden, ohne notwendig als solche eingefordert zu werden. Zentrales Beispiel dafür ist die Autonomie der Migration.

4) Offen ist schließlich die auf verschiedenen Ebenen aufgeworfene „Demokratiefrage“, die von rechts als „Politikverdrossenheit“ inszeniert wird, von links als „Krise der Repräsentation“ zu besetzen wäre. Allerdings muss hier jenseits der spezifisch linken Probleme gesehen werden, dass die erste Reaktion nicht vom sozialrevolutionären Aufbruch aus den herrschenden Zuständen, sondern durch die Eskalation von Angst, Konkurrenz und Individualismus bestimmt wird. Historisch bekanntermaßen – vor allem in diesem Land – ist es ja nicht so, dass die Linke gewinnt, wenn’s den Menschen schlechter geht ...

## Zwischenruf

Bei all dem gilt: Gerade unsere sozialen Milieus werden von den aktuellen Umbrüchen so radikal durcheinandergewirbelt, dass wir schon in eigener Sache zur Intervention gezwungen sind, ohne uns Aufstandsromantiken überlassen zu können. Tatsächlich haben viele radikale Linke in ihren milieuspezifischen Reproduktionsstrategien zugleich vom fordistischen Klassenkompromiss und seiner postfordistischen „Modernisierung“ profitiert. Das galt für die Ausnutzung der Zeitressourcen einer verlängerten studentischen Existenz ebenso wie für alternativökonomische Experimente, für das JobberInnenentum, für die privilegierte Besetzung „kreativer“ wie sozialer Berufe, sogar für die Teilnahme am „Marsch durch die Institutionen“ und nicht zuletzt die individuelle Nutzung sozialstaatlicher Garantien. Alle diese Möglichkeiten mitsamt ihrem Niederschlag in den formellen und informellen Institutionen der „Szene“ wie der explizit politischen Organisation tendieren heute gegen

Null – kaum ein Dritte-Welt-Projekt, als Beispiel nur, das sich jetzt noch über ABM-Stellen finanzieren könnte. Von der Liquidierung der „Freiräume“ der Universitäten wie der Alternativökonomie über die Verelendung im JobberInnen-tum bis zur Prekarisierung „kreativer“ und sozialer Berufe unterm doppelten Druck von Konkurrenz und „Sozialkahl-schlag“: Am Kampf um bedingungslose soziale Rechte und die Wiederaneignung öffentlicher Güter haben Linke heute ein existenzielles Interesse.

Worauf uns das bringt, wie wir da „losgehen“ wollen? Der Vollständigkeit und Einfachheit halber einfach mal aufgezählt: solidarisch/emanzipatorisch (Vorraussetzung und Ziel), antikapitalistisch/antiimperialistisch (sollten wir uns drauf verstehen), antipatriarchal und antirassistisch (kein Nebenwiderspruch!), interventionistisch (als Methode). That's it – und dazu gehört auch, sich über das Verständnis der historischen Brüche ein produktives Verhältnis zur eigenen Geschichte zu entwickeln – ihren Niederlagen, den dunklen Abgründen, aber auch den hellen Momenten des Aufbruches ...

### **Wer, wo und wie?**

Eine schematische Übersicht des Standes unserer Dinge muss eingangs die letzten Markierungen sozialer Bewegung nennen: Die für jüngere deutsche Verhältnisse zweifellos „großen“ Demonstrationen der letzten beiden Jahre, die wachsenden Proteste unterschiedlicher Gruppen gegen den „Sozialkahl-schlag“, die Etablierung des attac-Netzwerks und, nicht zu vergessen, die letzten Kongresse der BUKO, die antirassistischen Grenzcamps, die Kampagnen gegen die Münchner NATO-Konferenzen.

Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, worin wir – im engeren Sinn jetzt die seit längerer oder kürzerer Zeit am „Beratungstreffen“ beteiligten Gruppen, Projekte und Einzelpersonen – verstrickt sind:

- 1) Projekte lokaler linksradikaler Organisation, die z.T. schon seit längerem aufeinander Bezug nehmen und sich im Berliner Act!-Zusammenhang mittlerweile auch formell sichtbar machen;
- 2) die Aktivitäten bundesweiter Koordinierungen wie KriegerFrieden (KiF), Libertad! oder der Gesellschaft für Legalisierung (GfL) bzw. des Netzwerks Kanak Attak;
- 3) informell koordinierte Interventionen von Einzelpersonen im attac-Netzwerk, in den Sozialforen, im linksgewerkschaftlichen Spektrum und in der Anti-Kriegs-Bewegung;
- 4) den Zeitungsprojekten analyse & kritik, Fantômas, arranca! u.a., die Verstetigung der ak-Beilagen;
- 5) informell koordinierte Beteiligungen an den Europäischen Sozialforen von Florenz und Paris und den letzten BUKO-Kongressen;
- 6) schließlich eine informell koordinierte Veranstaltungspraxis und, noch informeller, zahllose Einzelkontakte, Gespräche, Begegnungen, das Beratungstreffen selbst, die darin eröffneten persönlichen Verbindungen.

Auch wenn das nur ein Ausschnitt der Gesamtmenge undogmatischer linker Interventionen ist und einige Initiativen nicht genannt, weil faktisch noch nicht angesprochen sind, suggeriert diese Auflistung doch für sich schon die

Möglichkeit eines vertieften Zusammenhangs:

- Möglichkeiten lokal organisierter, thematisch nicht eingegrenzter, jedoch explizit linksradikaler Aktivitäten, Projekte und Initiativen;
- Möglichkeiten eines auf den Zusammenhang von Globalisierung, Krieg und „Sicherheitspolitik“ orientierenden systematischen Schwerpunkts;
- Möglichkeiten eines auf den Zusammenhang von Globalisierung, Migration und der Aneignung, Durchsetzung und dem Vorenthalt sozialer Rechte orientierenden systematischen Schwerpunkts;
- Möglichkeiten einer koordinierten Intervention in die globalisierungskritische und Anti-Kriegs-Bewegung sowie in die aktuellen Sozialproteste;
- Möglichkeiten einer koordinierten linksradikalen Publizistik;
- Möglichkeiten einer bundesweit koordinierten Veranstaltungspraxis;
- die Möglichkeit, dies alles sag- und sichtbar zu machen.

Unser Treffen kann den hier nur angerissenen Forumsgedanken, seine Möglichkeiten und Begrenzungen bzw. etwaige Gegenvorschläge näher skizzieren und innerhalb der beteiligten Strukturen in die Diskussion bringen. Uns interessiert nicht die Proklamation einer Position, sondern der Versuch, verschiedene Praxisformen (von Einzelpersonen, örtlichen Gruppen, bundesweiten Zusammenschlüsse, Redaktionen etc.) zusammenzubringen. Gelingt uns das, kann eine radikale linke Strömung entstehen, die durch und vermittelt der jeweils besonderen Praxis aller Beteiligten als Strömung interveniert, darin ihre politische Gestalt gewinnt und dabei lernt, die notwendige Konfrontationen mit der „anderen Seite“ auszuhalten und nicht als Bedrohung abzuwehren.

### **Wie anfangen, wenn wir beieinander sind?**

Bitte keine Grundsatzreferate zur Lage der Welt. Nicht weil sie nicht gebraucht würden, sondern weil vielleicht an diesem Punkt anderes wichtiger ist. Wir schlagen vor, dass die anwesenden Gruppen und Einzelpersonen mit einer kurzen Standortbestimmung aus der eigenen Perspektive beginnen: warum interveniert wer wo und wie? Keinen Erbauungsbeitrag, keinen Erlebnis- oder Städtebericht, sondern eine offene Reflexion der eigenen Praxis, in deren Mittelpunkt nicht die Einzelaktivitäten, sondern deren taktische wie strategische Einsätze und Absichten stehen sollten – also nicht, was wann und wo unternommen wurde, sondern worauf man damit hinauswollte, was erreicht wurde, was schief gegangen ist und welche verallgemeinerbaren Erfahrungen dabei gewonnen wurden. Einfacher gesagt: Was denken wir uns eigentlich, bei dem, was wir tun, und wo es hakt. Die einzelnen Beiträge brauchen nicht länger als zehn, höchstens 15 Minuten zu dauern – es geht um den Einstieg in eine Debatte, nicht um Rechenschaftsberichte.

Der genaue Ablauf des Treffens – zu dem hoffentlich 60-80 Genossinnen und Genossen zusammenkommen werden – wird auf dem nächsten Beratungstreffen diskutiert. Bitte gebt uns bis dahin eine Rückmeldung. Wir freuen uns auf das Treffen.

*Anfang September 2004*

# Formen der Zusammenarbeit finden

Interview zur Aktionskonferenz in Rostock

12

Am 25./26. März findet in Rostock die 1. Arbeitskonferenz in Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm/ Deutschland statt. Im Aufruf zu der Konferenz, der von Reinhard Knisch (Rostock), Peter Wahl (attac), Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag), Thomas Seibert (medico international), Christoph Kleine (Interventionistische Linke) und Monty Schädel (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) unterzeichnet ist, heißt es: „Die Konferenz soll Auftakt eines offenen – auch ergebnisoffenen – Verständigungsprozesses sein.“ Wir sprachen mit H.P. Kartenberg von der Initiative Libertad!, die in der Interventionistischen Linken (IL) aktiv ist, über aktuelle Schwierigkeiten und das generelle Anliegen der Rostocker Arbeitskonferenz.

**ak:** *Zwei Wochen vor der Konferenz kam die Hiobsbotschaft. Die zugesagten Räume stehen nicht mehr zur Verfügung. Was ist da los?*

**H.P. Kartenberg:** Bei dem letzten Treffen des Vorbereitungskreises zur Rostocker Konferenz, an dem Vertreter der WASG, von attac, dem Sozialforum in Deutschland, vom PDS-nahen Jugendverband solid, der Interventionistischen Linken, dem Netzwerk Friedenskooperative und der regionalen Koordination gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm teilgenommen hatten, wurde bekannt, dass die Universität – mit der wir in Verhandlung standen – keine Räume zur Verfügung stellen will und einen Rückzieher macht. Der Vorbereitungskreis wird auf diesen Versuch der kalten Aussperrung offensiv reagieren. Wir sind zuversichtlich, dass in Rostock, wo auch immer, die 1. Aktionskonferenz stattfindet.

**Was vermutest du, steht hinter dieser Absage?**

Der lokalen Presse und auch dem Rostocker Oberbürgermeister ist anscheinend noch nicht wirklich klar, dass das „Ja“ zum G8-Gipfel, um den sie heftig geworben haben, auch ein „Ja“ zu den Protesten bedeutet, die damit unweigerlich verbunden sein werden. Genau aus diesem Grund wollten wir von Anfang an die Konferenz in Rostock durchführen, um auf das öffentliche Klima Einfluss zu nehmen. Wir wollen zeigen, dass hinter der Mobilisierung gegen den G8 ganz unterschiedliche Spektren stehen: AktivistInnen der Sozialproteste, der Umwelt- und Friedensbewegung, der Gewerkschafts- und Menschenrechtsarbeit, der Selbstorganisation der MigrantInnen bis hin zur globalisierungskritischen Bewegung und den verschiedenen Strömungen der Linken.

**Was erwartest du dir von der Konferenz?**

Wenn es gut läuft, kann das Rostocker Treffen – genauso wie etwa der BUKO im Mai oder die attac-Sommerakademie – ein Ort sein, an dem die zweite Phase der G8-Mobilisierung angestoßen wird. In der ersten Phase haben sich die verschiedenen ProtestakteurInnen zusammengefunden. Die Diskussionen begannen darüber, welche Bedeutung der G8-

Gipfel für die Bewegung hat, was man in den Protesten politisch zum Ausdruck bringen will und wie Kooperationsmöglichkeiten aussehen könnten. Es hat diese Diskussionen auf den großen offenen Treffen des PGA-/dissent!-Spektrums gegeben, ebenso wie in der Interventionistischen Linken und in den sozialen Bewegungen, in der Gewerkschaftsjugend, vor Ort in den Antifa-Strukturen, aber auch bei attac oder bei NGOs wie der Erlassjahr-Kampagne. Jetzt müssen Räume geschaffen werden, wo die Diskussion darüber geführt werden kann, wie die verschiedenen Strömungen in Kommunikation treten, welche gemeinsame Verabredungen getroffen und wie sie umgesetzt werden können; wie man also mittelfristig an Strukturen arbeitet, die eine gemeinsame Handlungsfähigkeit ermöglichen. Insofern geht es in Rostock vor allem darum, verschiedene Milieus und AktivistInnen in Kommunikation zu bringen, erste praktische Verabredungen auszutauschen und ein politisches Signal für eine spektrenübergreifende Kooperation auszusenden. Und weil vor uns nicht Heiligendamm, sondern erst mal der diesjährige G8-Gipfel in Putins Reich liegt, wird an der Konferenz u.a. auch ein Vertreter der diesjährigen Gegenmobilisierung aus St. Petersburg teilnehmen.

**Wird es deiner Ansicht nach gelingen, dass man zum G8 in Heiligendamm gemeinsam etwas auf die Beine stellt?**

Die politische Chance besteht. Im Gegensatz zur Mobilisierung gegen den G7-Gipfel 1999 in Köln und angesichts der Entwicklung, die die globalisierungskritische Bewegung seitdem genommen hat, aber auch durch die anhaltenden Sozialproteste, ohne die es keine Linkspartei in dieser Form gegeben hätte, haben sich die alten, traditionellen und oftmals rein westdeutschen Konstellationen, in denen Proteste gegen Großereignisse organisiert wurden, verändert. Insofern halte ich es durchaus für möglich, dass sich die verschiedenen Akteure auf eine gemeinsame Koordination der Proteste gegen den G8 in Heiligendamm verständigen können. Dabei muss es darum gehen, Formen der Zusammenarbeit zu finden, die es allen ermöglichen, ihre Inhalte und Praxisformen zum Ausdruck zu bringen. Ob das in der klassischen Form eines formalen Bündnisses sein wird, das die in der Diskussion befindlichen Aktivitäten – Großdemonstration, Gegenveranstaltungen, Blockaden, Camp, Musikfestival – organisiert, wird man sehen. Klar ist aber, dass es bestimmte Formen der Koordination geben muss. Nicht alleine wegen der logistischen und organisatorischen Herausforderungen, vor denen man steht, sondern auch, weil nur so sicher gestellt werden kann, dass ein solcher Koordinationskreis in irgendeiner Form demokratisch und politisch durch die Bewegung legitimiert ist und überhaupt Entscheidungen treffen kann, die gemeinsam getragen werden.

**Was sind die Voraussetzungen dafür?**

Im Aufruf für die Rostocker Konferenz haben wir einen Konsens formuliert, der m.E. über die Aktionskonferenz

hinaus als Grundlage für eine G8-Mobilisierung dienen könnte. Der Konsens lautet: Eindeutige Delegitimierung des G8-Prozesses. Gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen. Solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt. Klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass nicht nur diejenigen Strukturen und Organisationen zu Wort kommen, die über einen Medienapparat verfügen, sondern dass sich möglichst das gesamte Spektrum des Gipfelprotestes medial darstellen kann.

***Gleneagles hat ja gezeigt, dass Kampagnen wie „Make Poverty History“ letztlich eine Relegitimierung des G8 bewirken und gleichzeitig entschiedenem Protest den Wind aus den Segeln nehmen können. Wie dieser Falle entgehen – zumal es in Deutschland ja auch Stimmen gibt, die sich etwa für eine Neuauflage von „LiveAid“ aussprechen?***

Das stimmt. Gewisse NGOs denken über eine Neuauflage von „LiveAid“ in etwas abgespeckter Form nach. Manche NGOs wollen den G8 lediglich mit medienwirksamen Aktionen begleiten und gleichzeitig mit Alternativvorschlägen auf den G8-Prozess einwirken. Allerdings sollte man bedenken, dass es einen großen Unterschied in der Mobilisierungsfähigkeit des NGO-Spektrums in Großbritannien und in Deutschland gibt. Dort gibt es NGOs wie Oxfam, die selbst zusammen mit den Kirchen große Demonstrationen ausrichten können. Zwar waren kirchliche NGOs 1999 in Köln auch in der Lage, eine Menschenkette zur Entschuldungsproblematik bei dem damaligen G7-Treffen zu organisieren. Gegenwärtig trauen sie sich das aber nicht mehr zu und setzen stattdessen auf spektakuläre Straßenaktionen. Ich denke, wir werden mit folgender Situation konfrontiert sein: Entweder koppeln sich die NGOs völlig von einem wie auch immer gearteten aktivistischen Straßenprotest ab oder sie werden versuchen, sich zu diesen Protest in irgendeiner Form ins Verhältnis zu setzen, weil sie daran nicht vorbei können, wollen sie ihre Anliegen sichtbar machen. Denn Straßenproteste, Blockaden ebenso wie die Großdemonstration, wenn sie denn die Größe erreicht, die gewünscht wird – wir reden ja zum Teil von einer sechsstelligen bzw. einer sehr, sehr hohen fünfstelligen Zahl – werden weitgehend von den sozialen Bewegungen, der radikalen Linken und dem gewerkschaftlichen Spektrum getragen werden.

***Eine Massendemonstration mit einer solchen Beteiligung – ist das nicht etwas zu hochgegriffen?***

Das ist eine Frage, die sich alle Akteure stellen müssen, sowohl in Rostock, auf dem BUKO und wo auch immer in der kommenden Zeit. Aber warum sollte Heiligendamm eigentlich nicht zum Bezugspunkt für alle Gruppierungen und Aktivisten werden, an dem sie ihre politischen Forderungen und Vorstellungen von einem anderen Leben zum Ausdruck bringen können? Wo, wenn nicht hier? Zudem: Was uns scheinbar zum Nachteil gereicht, kann auch zum Vorteil werden. Es gibt jetzt schon deutliche Signale aus Skandinavien, dass von dort über 10.000 AktivistInnen zu erwarten sind. Zwar liegt Heiligendamm aus einer bundesdeutschen Perspektive hoch im Norden und ab vom Schuss, aber die Tatsache, dass sich die Mächtigen der Welt das Nobelhotel

Kempinski für ihr Treffen ausgesucht haben, ist für viele Gruppierungen in ganz Westeuropa, aber besonders auch im nord- und osteuropäischen Raum eine gute und vor allem nahe Möglichkeit, ihren Protest deutlich zu machen.

***Noch einmal zurück zu der Frage, wie eine Kampagne ausgelegt sein muss, die nicht als indirekte Legitimierung der G8 erscheint. Welche inhaltlichen Zuspitzungen sind deiner Ansicht nach dafür entscheidend?***

Bei der Mobilisierung hat natürlich jedes Spektrum seine eigene Agenda. Für die Gruppen und Einzelpersonen im Netzwerk der Interventionistischen Linken ist Heiligendamm nur ein Moment, wenn auch ein sehr wichtiger. Wir sehen darin die Chance, aufbauend auf den Diskussionen der letzten Jahre eine Auseinandersetzung über einige zentrale Fragen praktisch zu erproben. Nicht zu letzt geht es um solche Fragen wie: Was heißt es heute, links/linksradikal zu sein, was heißt politische Intervention, was heißt Strategie und Taktik einer außerparlamentarischen Linken, wie sehen das die AktivistInnen der IL selbst und wie können die verschiedenen Spektren zueinander in Verbindung treten? Es gibt ja Überlegungen für ein Gipfel-Camp, an dem sich von der BUND-Jugend über solid bis zu jungen GewerkschaftlerInnen, über attac bis zu linksradikalen Antifaschisten und Antirassisten verschiedene AkteurInnen beteiligen sollen. Dabei könnte doch eine interessante Mischung entstehen, die nicht nur die massenhafte Delegitimierung des G8 repräsentiert, sondern auch mit sich in Kommunikation tritt – und dann vielleicht sogar feststellt, dass es mittlerweile biografisch eher zufällig ist, ob man bei der attac-Jugend landet oder bei der Antifa.

***Unterschätzt du da nicht die jeweiligen Abgrenzungsbedürfnisse?***

Natürlich wird es Reibung und Auseinandersetzungen geben, es muss sie sogar geben. Insofern muss jetzt erst einmal, neben der Entwicklung der eigenen inhaltlichen Position, ein Raum für solche Auseinandersetzung organisiert werden, in dem die verschiedenen Spektren und AkteurInnen überhaupt die Chance haben, ins Gespräch zu kommen. Wenn es nicht gelingt, einen solchen Raum zu schaffen, dann wird es in der Tat so sein, dass die verschiedenen AkteurInnen 2007 in Mecklenburg-Vorpommern nebeneinander stehen und sich argwöhnisch beäugen. Es würde dann sicherlich auch eine Gegengipfel geben, eine Demonstration und unterschiedlich konfrontative Blockaden. Aber würde das in einem wie auch immer gearteten kommunikativen Geist zueinander passieren oder doch nur, um alte Gewissheiten zu bestätigen? Wäre es da nicht besser – vor allem, wenn einer/m ernsthaft an einer neuen radikalen linken Option gelegen ist – den Prozess der Mobilisierung so weit wie möglich gemeinsam anzugehen, ohne die jeweils eigenen Positionen zurückzustellen? Ob das gelingen wird, vermag ich nicht vorauszusehen.

**Interview: mb.**

aus: ak 504, 17.3.2006

# Für eine Linke, die dazwischen geht

## Zwischenstand einer andauernden Diskussion

14

Fein säuberlich ausdifferenziert hatten wir uns in die behaglichen Nischen der Teilbereichspolitik zurückgezogen. Wir waren und sind aktiv in der Antifa-, AntiRa-, Öko-, Pop-, Kultur- oder Gewerkschaftslinken, in internationalistischen, feministischen, sozialrevolutionären oder antimilitaristischen Initiativen – wir schreiben, diskutieren und demonstrieren. Einige Erfolge konnten wir verbuchen, viele Niederlagen mussten wir hinnehmen. Aber das Gefühl, den grundsätzlichen gesellschaftlichen Entwicklungen letztlich ohnmächtig gegenüber zu stehen, haben wir immer wieder erlebt.

Ausgangspunkt für das Projekt Interventionistische Linke war das gemeinsame Bedürfnis, sich nicht mit einer bloß kommentierenden und kritisierenden Rolle zu begnügen, sondern praktisch in die realen politischen und sozialen Auseinandersetzungen einzugreifen – eben zu intervenieren.

Konkret zusammengebracht hat uns der Aufbruch der Bewegungen gegen den globalisierten Kapitalismus. Diese Bewegung der Bewegungen wurde zum praktischen Laboratorium linker Politik, hier konnten neue Formen der Zusammenarbeit entstehen. Nach den Aktionen gegen den EU- und G7-Gipfel in Köln 1999 hatten wir als lockeres Diskussionstreffen begonnen. Mittlerweile sind neben Zeitungsprojekten auch vor Ort aktive Gruppen und Organisationen, politische Netzwerke und sowie Personen aus der Sozialforumsbewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung oder von attac vertreten.

Wenn die Linke in Deutschland ihre relative Bedeutungslosigkeit überwinden und wieder realen Einfluss auf die Richtung von Politik und gesellschaftlicher Entwicklung nehmen soll, dann wird dies nicht das Werk einer einzelnen politischen Organisation oder Strömung sein können. Daher ist die Interventionistische Linke kein Ansatz zur Gründung einer weiteren parteiförmigen Organisation in Konkurrenz zu bereits bestehenden, sondern ein offenes Projekt, das sich durch Intervention in praktische Kämpfe entwickeln soll. Gleichwohl erachten wir den gegenwärtigen Zustand der Unorganisiertheit der Linken als ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu gesellschaftlicher Relevanz. Dieses Hindernis kann nur mit neuen Formen von Organisiertheit überwunden werden, zu deren Entwicklung wir unseren Beitrag leisten wollen.

Während der Unmut über den Neoliberalismus weltweit verschieden, aber deutlich wahrnehmbar zum Ausdruck kommt, bleibt die Beschwörung des revolutionären Umbruchs dennoch als bloße Geste in der Luft hängen, wenn wir als Linke es z.B. nicht geschafft haben, Hartz IV zu verhindern.

Gerade in dieser gegenwärtigen Situation bedeutet der Versuch realer Veränderung also einen Spagat zwischen Reform und Revolution: Nicht in linksradikaler Rhetorik zu verharren, sondern in breiten Bündnisse die konstruktive, faire

Zusammenarbeit suchen und gleichzeitig antikapitalistische Positionen hineinzutragen sowie für konfrontative Aktionsformen wie z.B. sozialen Ungehorsam zu werben.

Inhaltlich wollen wir das durch die Entwicklung von Richtungsforderungen leisten. Sie sollen unseren Vorstellungen von einem anderen, besseren Leben konkreten Ausdruck verleihen und gleichzeitig über die Grenzen des Kapitalismus hinaus die mögliche Richtung gesellschaftlicher Veränderung aufzeigen. Sie erinnern an das selbstverständliche Recht aller Menschen überall auf gleichen Zugang zum (welt-)gesellschaftlichen Reichtum und den Mitteln seiner gesellschaftlichen Reproduktion: Alles für Alle!

Beispiele hierfür sind unsere Forderungen nach einem bedingungslosen ausreichenden Existenzgeld für alle, dem Recht auf globale Bewegungsfreiheit, der Legalisierung für alle hier lebenden MigrantInnen, Wiederentwaffnung jetzt!, der bedingungslosen Streichung der Schulden des globalen Südens sowie Reparationszahlungen für mehr als 500 Jahre Ausbeutung und Kolonialismus und dem sofortiger Ausstieg aus allen Destruktivtechnologien.

Die Zahl möglicher Richtungsforderungen ist vorab nicht zu begrenzen, sondern hängt vom Stand und – eben! – der Richtung der sozialen Kämpfe ab.

In dem Maß aber, in dem Richtungsforderungen die Kämpfe und Bewegungen in Kommunikation bringen, werden sich die Macht- und die Eigentumsfrage wieder als aktuelle Fragen stellen. Eine radikale Linke wird ihre Antworten nur in der Perspektive der Aneignung formulieren können. Sie wird in der Radikalisierung der konkreten sozialen Forderungen sicht- und streitbar machen, dass die rebellischen Wünsche und emanzipatorischen Ansprüche im Kompromiss mit der kapitalistischen Herrschaft nicht befriedigt werden können, sondern nur in einer langfristig angelegten Politik des revolutionären Bruchs mit dieser Herrschaft ausgefochten werden können. In der Perspektive geht es um die kollektive Aneignung des weltgesellschaftlichen Reichtums und der materiellen und symbolischen Bedingungen seiner Reproduktion, d.h. um die Abschaffung kapitalistischer, patriarchaler und imperial(istisch)er Herrschaft.

Als praktisches Experimentierfeld unserer Zusammenarbeit haben wir den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm gewählt. Im Widerstand gegen den Gipfel soll unsere Initiative ihre ersten Schritte tun.

**Für eine interventionistische Linke, Februar 2006**

*aus: G8Xtra Nr. 1/Frühjahr 2006*

# Ein Gespräch zur Interventionistischen Linken

Die Interventionistische Linke (IL) ist aus so genannten Beratungstreffen nach dem Gipfel in Köln 1999 hervorgegangen. Neben regelmäßigen Treffen der Einzelpersonen und Gruppen und Projekten aus dem linksradikalen Spektrum gab es inzwischen ein erstes kollektives Auftreten auf der Sozialprotest-Demo am 3. Juni. Das große Eisen im Feuer ist inzwischen der G8-Protest in Heiligendamm. Die Gruppe *dissident*, Werner Rätz (*ila/attac*), *mb.* (*ak*) und Florian (*FeS*) reflektierten gemeinsam den Organisationsansatz.

**Was stellt die IL dar und warum beteiligt ihr Euch daran?**

**Gruppe *dissident*:** Zurzeit loten wir die Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus. Als Zusammenhang wirkt sie vor allem auf die Bildung eines größtmöglichen Bündnisses emanzipatorischer Kräfte – von denen sie ein Bündnispartner unter vielen ist – gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 hin. Ziel ist eine langfristige Organisation, wobei sich der Prozess mit noch offenem Ergebnis konsolidiert – so hoffe ich – über politische Praxis, gemeinsame Mobilisierungen und Kampagnen, wobei wir neben G8 besonders der Entwicklung neuer Politikformen in sozialen Kämpfen große Bedeutung beimessen.

Als *dissident* nehmen wir daran teil, weil wir sowieso die langfristige politische Organisation einer nicht-partei-förmigen Linken für wichtig halten, um an soziale Auseinandersetzungen anzuknüpfen und die momentane Bedeutungslosigkeit linker Positionen zu überwinden. Die IL bietet für uns die Gelegenheit, mit Einzelpersonen und Gruppen, deren Praxis und Analyse wir schon länger anregend finden, zusammenzuarbeiten und dabei eigene Ideen, Positionierungen und Politikansätze zu reflektieren.

**Werner Rätz:** Erst mal ist die IL der Unterschied zwischen 1998/99 und 2006/07. Zum Beispiel haben radikale Linke beim Weltwirtschaftsgipfel in Köln entweder schon von vornherein darauf verzichtet, die Proteste entscheidend zu prägen, oder sie waren relativ vereinzelt und isoliert in einem diffusen Bündnis. Es gab kein bundesweites Netzwerk, keinen Ort inhaltlicher Debatte, keine strategische Orientierung. Heute ist eine Intervention in die Gipfelaktivitäten möglich und die IL ist ein Instrument dazu.

Die IL-Vorläufer gingen aus von Leuten, die überwiegend als Einzelne versucht hatten, über breitere Bündnisse Politik zu machen. Inzwischen sind Gruppen dazugekommen, die eine ganz andere Praxis haben und auch noch mal jeweils unterschiedliche Ansatzpunkte. Es entwickelt sich eine Tendenz zur Vernetzung. Das finde ich erst mal gut. Ich möchte aber auch, dass die IL als Ort für all diejenigen radikalen Linken erhalten bleibt, die sich bisher keiner der Mitgliedsgruppen angeschlossen haben und das auch nicht vorhaben.

Mir ist der Charakter der Plattform wichtig, auf der man, und des Instruments, mit dem man Politik machen kann. Mit der IL verlassen Linksradikale ihre vertraute Zone. „Politik machen“ heißt hier in tatsächliche gesellschaftliche

Abläufe eingreifen, sie in unserem Sinne beeinflussen, verändern. Es macht einen Unterschied, ob wir uns irgendwo engagieren oder nicht, und zwar so, dass es über die eigenen Zusammenhänge hinaus sichtbar wird.

**Florian:** Ich würde Werner Recht geben. Die IL unterscheidet vor allem der Kontext, in dem sie entstanden ist. Die radikale Linke ist entspannter geworden. Das liegt zum einen an der Krise des „Antideutschtums“ und daran, dass die radikale Linke realisiert hat, wie irrelevant sie eigentlich ist und dass sich zugleich einiges bewegt, ganz ohne ihr Zutun und ohne dass sie Formen gefunden hat, darauf einzuwirken. Beispiel Sozialproteste: Vor diesem Hintergrund sehe ich die IL. Sie ist also der Versuch, was Werner bereits andeutete, linksradikale Positionen gesellschaftlich relevant zu machen. Zum anderen ist die IL ein Versuch, eine undogmatische Strömung sichtbar zu machen. Denn eine „antideutsche Strömung“ ist ebenso wie die Anti-Imps ein Orientierungspunkt – trotz ihrer heftigsten internen Unterschiede und Konflikte. Das liegt nicht nur daran, dass wir kaum offene Strukturen haben – anders z.B. als *attac*, die nach Genua der zentrale Anlaufpunkt waren. Das liegt auch daran, dass wir als Strömung, die bestimmte Positionen verbindet und die sich zugleich von den genannten anderen Strömungen unterscheidet, nicht im Rahmen gemeinsamer Projekte und gemeinsamen Auftretens sichtbar sind.

Da die IL aus Gruppen oder Einzelpersonen besteht, die in der einen oder anderen Form bereits eine Praxis haben, würde ich die IL als Organisation „zweiten Grades“ verstehen. Ihr geht also eine Praxis voraus, ohne die sie gar nicht existieren könnte. Auf der anderen Seite bekommt unsere politische Praxis einen ganz neuen Sinn und eine andere Qualität, weil wir sie gezielt und bewusst miteinander verknüpfen.

**mb.:** Der Verfassungsschutz hat bereits zum ersten öffentlichen Auftritt der IL kurz und prägnant einen weiteren wesentlichen Aspekt auf den Punkt gebracht. Nachdem die IL zum Sozialforum in Erfurt im vergangenen Jahr ihren Aufruf zu gemeinsamen Aktivitäten gegen den G8-Gipfel veröffentlicht hatte, schrieben die Schlapphüte aus Mecklenburg-Vorpommern: „Als Unterzeichner des Aufrufs treten unter der gemeinsamen Projektbezeichnung ‚Für eine interventionistische Linke‘ sowohl Gruppierungen des militanten autonomen Lagers wie auch revolutionär-marxistische Organisationen und Einzelpersonen auf.“ Wenn wir uns von den einschlägigen VS-Begrifflichkeiten nicht blenden lassen, weist der VS zu Recht auf etwas hin, was in dieser Form eher ungewöhnlich für die Linke in Deutschland ist: Das ist der generationenübergreifende Charakter der IL – und zwar hinsichtlich des Lebensalters der Beteiligten, aber auch hinsichtlich der politischen Generationenfolge. Es arbeiten Zwanzigjährige ebenso mit wie dreißig Jahre ältere GenossInnen. In ihr kommen ehemalige MLer, Ex-Anti-Imps, (Post-)Autonome, Antifa-AktivistInnen und in den Bewegungen der 1990er Jahre Politisierte zusammen. Nachdem lange Jahre die Organisationsfrage innerhalb der Linken

gemieden worden war wie das Wasser von der Katze, kommen sie jetzt genau an diesem Punkt zusammen, in dem von allen getragenen Bewusstsein, dass die eingetretenen Pfade, die lange gepflegten Befindlichkeiten der eigenen Szene heute nicht mehr weiter helfen, wenn man zu einer politischen Kraft werden will, die zumindest dem Anspruch nach auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirken will. Dass hier die ak im Rahmen und mit ihren Mitteln und Möglichkeiten ihren Platz sieht, darf eigentlich nicht verwundern.

**Gruppe dissident:** Es stimmt, dass sich im Bereich der sozialen Kämpfe etwas tut, ohne dass die radikale Linke darin eine relevante treibende oder organisierende Kraft wäre. Zum Beispiel haben uns die Studierendenbewegung in Hessen und vor allem ihre Aktionsformen kalt erwischt. Natürlich waren wir mit anderen organisierten Linken aktiv und haben die Entwicklung teilweise mitbestimmt. Zum anderen zeigt sich in der Studierendenbewegung das Fehlen offener Strukturen für genau diese AktivistInnen. Bürokratische Strukturen wie ASten können so was nicht auffangen. Ebenso wenig hätten wir unsere Gruppe für die vielen Leute öffnen können. Da fehlen Anlaufstellen einer radikalen Linken und die Bereitschaft, sich mit den Leuten und ihren zum Teil beknackten Positionen auseinander zu setzen. Wir haben für so etwas nicht die Kapazitäten, obwohl es wichtig wäre, dort anzusetzen.

**Was erwartet ihr Euch weiter von der IL? Die G8-Mobilisierung kann es ja nicht sein, oder?**

**WR:** Ich bin nicht sicher, ob da wirklich schon so neue Wege gegangen werden. Die IL zeigt durchaus auch Anzeichen für eine Entwicklung hin zu einem überregionalen „Gruppenplenum.“ Das fände ich nicht gut. Dann würden möglicherweise irgendwann doch die Organisationslogiken im Vordergrund stehen. Es ist gut, dass die Gruppen in der IL zusammenarbeiten, aber das allein wird nicht tragen. Auch dass die Aktiven aus unterschiedlichen Generationen und Arbeitsbereichen kommen, reicht wohl kaum aus. Sie müssen ein eigenes, gemeinsames politisches Projekt entwickeln.

Natürlich ist das nicht allein die G8-Mobilisierung. Aber wir sind da ja nicht zufällig eingestiegen. Die Annahme ist vielmehr, dass es eine gesellschaftliche Situation gibt, in der linke Einschätzungen an Zustimmung gewinnen können. Und zwar auf doppelte Weise: Es gibt vielfach eine Bereitschaft, uns zuzuhören, weil der Neoliberalismus so offensichtlich nicht funktioniert. Und es gibt in den einzelnen politischen Spektren und Organisationen eine wachsende Bedeutung der jeweiligen linken Positionen. Es könnte sein, dass nach einer gelungenen Heiligendamm-Mobilisierung Sozialdemokratinnen immer noch sozialdemokratisch denken, NGÖler in ihren Zusammenhängen bleiben und Christen zu Gott beten, alle das aber von einem etwas nach links gerückten Standpunkt aus tun. An dieser gesellschaftlichen Linksverschiebung mitzuarbeiten wäre allerdings ein politisches Projekt – ohne dass man heute schon sagen könnte, was die nächsten konkreten Ansatzpunkte dafür sind.

**mb.:** In der Tat, die IL kann und darf sich bei Strafe des eigenen Scheiterns in der G8-Mobilisierung nicht erschöpfen. Der Gefahr ist man sich, so mein Eindruck, auch durchaus bewusst, auch wenn durch die Heiligendamm-Aktivitäten

eine interne Eigendynamik ausgelöst wurde, die durchaus bedenklich ist. Ich möchte Werner deshalb ausdrücklich zustimmen, wenn er die Tendenz hin zu einem „Gruppenplenum“ und einer „Gruppenvernetzung“ kritisch anspricht, und die Entwicklung eines eigenen, gemeinsamen politischen Projekts dagegen stellt. Was uns zusammengebracht hat, ist ein ähnlicher Zugang zu „Politik“ und ein ähnliches Verständnis von „Politik machen“ – und natürlich, dass es in der einen oder anderen Form, in der einen oder anderen Intensität zwischen vielen Beteiligten schon eine langjährige Zusammenarbeit bzw. gegenseitige Bezugnahme gab. Darüber hinaus gibt es aber in der Analyse ebenso wie in der inhaltlichen und theoretischen Begründung der eigenen Praxis und ihrer Ausdrucksformen durchaus Unterschiede und Differenzen. Es existieren sehr unterschiedliche Vorstellungen von Aktion und Debatte im (Spannungs-)Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. Wie das zusammengehen und in einer neuen Qualität zusammengebracht werden kann, das wollen wir in den G8-Proteste praktisch ausprobieren. Ob und wie das für die IL als linken Organisationsversuch gelingt, ist allerdings längst noch nicht ausgemacht. Wir müssen aufpassen, dass wir uns im Zuge unserer Aktivitäten zu Heiligendamm thematisch nicht einengen. Auch gilt es diejenigen GenossInnen, die nicht so intensiv in sie involviert sind, nicht zu verlieren – die brauchen wir nämlich dringend, wenn wir ein politisches Projekt entwickeln wollen, das den eingetretenen Pfaden der letzten Jahrzehnte nicht folgen soll.

**Gruppe dissident:** Wir hoffen vor allem auf eine kontinuierliche Vernetzung, einen langfristigen Austausch – und auf gemeinsame Reflexion über Positionen und Praxen. Das ist eine erste Grundlage für eine Organisation. Wenn die IL zusätzlich in der Lage ist, gemeinsam zu ausgewählten Themen und Anlässen aufzutreten – wie sie es zum Beispiel auf der Demo in Berlin am 3.6. getan hat – und darüber hinaus auch noch Heiligendamm 2007 und die folgende Repression auszuhalten, dann haben wir eine gute Basis für ein längerfristiges, verbindliches Projekt. Die IL muss sich dann aber darüber klar werden, wie wir sympathisierende Gruppen und Einzelpersonen sinnvoll einbinden.

Am wichtigsten für die weitere Entwicklung der IL sind ihre Gruppen und Einzelpersonen. Funktionierende Strukturen und Gruppen sind notwendig. Denn eine Vernetzung ist nur so gut wie ihre einzelnen Teile. Was hilft uns der schönste gemeinsame Demo-Aufruf, wenn weder Leute kommen noch ein gemeinsames Auftreten möglich ist? Was hilft die gemeinsame Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, wenn wir vor Ort keine Kampagnen dazu machen können?

aus: *arranca!* Nr. 34, Mai 2006

# Selber machen, damit nicht andere das Bild bestimmen!

## Überlegungen zum Stand der Mobilisierung gegen den G8-2007

17

Auf der Aktionskonferenz am 25./26. April in Rostock gegen den G8-Gipfel wurden erneut wichtige Grundsteine für eine spektrenübergreifende Zusammenarbeit gelegt. Die Interventionistische Linke hatte für eine solche Zusammenarbeit vier Punkte als Grundlage vorgeschlagen: die Delegitimierung der G8, Akzeptanz unterschiedlicher Widerstandsformen, verbindliche und solidarische Zusammenarbeit und die klare Abgrenzung gegen rechts. Allerdings gab es nach Rostock auch Stimmen, die grundsätzlich eine breite bündnispolitische Zusammenarbeit in Frage stellten.

Auf Grund der Erfahrungen bei den Gipfelprotesten in Gleneagles 2005 warnen VertreterInnen dieser Position vor einer Zusammenarbeit mit großen NGOs. Sie befürchten, die Gipfelproteste 2007 könnten dadurch zu einer großen Legitimierungsparty werden. Doch was nützt es, auf Geldof und einzelne NGOs mit dem Finger zu zeigen? Die eigentliche Frage müsste doch lauten: Warum ließ es die Linke in Schottland zu, dass sich Geldof&Co so in Szene setzen konnten, während das Dissent!-Netzwerk isoliert blieb.

### Linke Strömung statt Legitimierungsparty

Dass Bob Geldof 2007 am Brandenburger Tor auftreten wird, werden wir ehrlicher Weise ebenso wenig verhindern können, wie die Tatsache, dass Ereignisse in den Medien präsent sein werden, die mit linksradikalen Positionen wenig gemein haben. Die Erfahrungen aus Gleneagles zeigen aber, dass ohne breites Bündnis und ohne Bejahung der Pluralität der Protestbewegungen die Marginalisierung linksradikaler Ansätze weiter fortschreiten kann. Galt es für die italienische Linke im Genua Social Forum immer wieder, Kompromisse zu schließen und eigene Konzepte der Militanz und linksradikaler Inhalte neu zu diskutieren, so standen linke Strömungen in Gleneagles trotz erfolgreicher Aktionen wie Info-Tour, Clowns-Army und Aktions-Camp isoliert. Forderungen nach Bewegungsfreiheit, Teilhabe für alle und Abschaffung der herrschenden Verhältnisse konnten lediglich an sich selber, nicht aber nach Außen vermittelt werden. Das aber müsste Ziel einer „interventionistischen“ Praxis sein, die für linke Ideen und Aktionen gewinnen will. „Ihr 8 – wir 8 Milliarden“ und „G8 illegitim“ lauteten die Slogans der Anti-G8-Mobilisierung in Genua und Evian. Allerdings ist seitdem die Delegitimierung der G8 durch den Funktions- und Darstellungswandel der Gipfeltreffen immer schwerer geworden. Im Laufe der Jahre änderten sich nicht nur die G8-Themen – Armutsbekämpfung, Wasserversorgung oder Klimawandel wurden mit auf die Agenda gesetzt –, sondern die Gruppe der Acht band auch zunehmend große NGOs mit ein.

Die Spaltung in gute und dialogbereite KritikerInnen auf der einen und gewaltbereite Spinner, Außenseiter und Chaoten

auf der anderen Seite ist nichts anderes als eine Strategie zur Stärkung des neoliberalen Projektes. Insofern macht die Vereinnahmungs- und Spaltungstaktik seitens der G8 eine möglichst breite Delegitimierung umso notwendiger, aber auch schwerer. Deshalb gilt es in den kommenden Monaten zu zeigen, dass es nicht entweder linksradikalen Protest auf der einen oder Hegemonie-stützende Massenaktionen auf der anderen Seite gibt. Wir sind gut beraten, die uns zugeschriebene Rolle der Marginalisierten nicht anzunehmen, und stattdessen dafür zu kämpfen, dass sich im Protest ein Profil herausbildet, das keine große NGO-Allianz, keine Linkspartei, keine Regierung und schon gar nicht die G8 vereinnahmen können oder wollen.

Mit der Konferenz Ende März in Rostock wurde ein erster Versuch unternommen, über die Phase der spektrenbezogenen Planungen hinaus Ideen zusammen zu führen. Denn: Wenn der Gipfelprotest einen nachhaltigen Niederschlag haben soll, setzt das einen Prozess im Vorfeld und die Kommunikation der verschiedenen Protestspektren voraus. Ganz in diesem Sinne wurde bisher kein Bündnistreffen im klassischen Sinne initiiert, vielmehr einigten sich die an der Ausrichtung der Konferenz beteiligten AkteurInnen auf die Form einer Aktionskonferenz. Die Idee der offenen Aktionskonferenz baut auf die Erfahrungen der sozialpolitischen Proteste auf: Die Organisation des G8-Protests soll nicht, wie oft in der Vergangenheit, am Grünen Tisch zwischen RepräsentantInnen großer Verbände hergestellt werden. Die Teilhabe an Entscheidungen und die Möglichkeit der Partizipation für Akteure jeglicher Couleur und Größe ist die Voraussetzung dafür, dass die Bewegung die angestrebte Vielfalt und Schlagkraft entwickeln kann.

Nach der Rostocker Konferenz herrschte jedoch bei vielen AktivistInnen Unklarheit über die Form der weiteren Zusammenarbeit. Die auf der Konferenz gebildeten Arbeitsgruppen (Blockade, Groß-Demo, Kultur, Gegengipfel, Camp, Repression und Migration) haben sich zu weiteren Treffen verabredet und auch der Wunsch nach weiteren Aktionskonferenzen wurden geäußert. Gleichzeitig wurden aber auch Stimmen laut, die ein spektrenübergreifenden Bündnis über die Absprache in Arbeitsgruppen und auf Aktionskonferenzen hinaus grundsätzlich in Frage stellen. Bedarf es aber nicht in den kommenden Monaten gerade auf Grund der unterschiedlichen Formationen und entsprechend verschiedenen Organisationsprinzipien der beteiligten Akteure (NGOs, Verbände, Netzwerke, Initiativen, lokale Zusammenschlüsse) der Herausbildung eines zentralen, aber offenen Ortes der Koordinierung? Nur hier können Einzelaktivitäten und Arbeitsgruppen-Ergebnisse sowie quer liegende Fragen wie die nach einer gesamtgesellschaftlichen Delegitimierung der G8 oder der Abgrenzung gegen Rechts koordiniert, diskutiert und transparent gemacht werden. Nur hier können Absprachen über einen solidarischen Umgang untereinander gemeinsam diskutiert und festgelegt, aber auch eingeklagt werden.

## Linke Strömung heißt Zuspitzung, Aktion und Kultur

Inzwischen haben diejenigen Gruppen und Einzelpersonen, die die Konferenz in Rostock vorbereiteten, für ein offenes Nachbereitungstreffen in Hannover eingeladen. Jetzt geht es darum, auszuprobieren, wie der häufig postulierte Wunsch nach Kooperation gefüllt werden kann, inwiefern politische Debatten Raum haben und welche Bereitschaft es gibt, sich auf die (ehrlicherweise) gegenseitige Beeinflussung der eigenen Praxis einzulassen, um gemeinsame Stärke entwickeln zu können.

Inhaltliche Profilierung, eigene kulturelle Akzentsetzung sowie Aktivierung und Radikalisierung durch Aktion – das sind die drei Stichworte, anhand derer zur Zeit einige sich in der Interventionistischen Linken zusammengefundene Gruppen und Personen diskutieren.

Inhaltliches Profil in den Protesten herauszubilden, geht über den Versuch der Delegitimierung der G8 hinaus und müsste heißen, das Eintreten für globale soziale Rechte konkret anhand von Forderungen beispielsweise nach globaler Bewegungsfreiheit, einem bedingungslosen Existenzgeld für alle und der Aufhebung patriarchaler Differenzierungen zuzuspitzen oder die Frage nach Schulden des globalen Südens in die Frage nach Reparationszahlungen von Nord nach Süd umzukehren.

Das wird aber auch bedeuten, eigene Publikationen herauszugeben und mit eigens entwickelten Bildungsmaterialien Veranstaltungen zu organisieren, um so die Funktionsweise und Interessen der G8 allgemein verständlich zu machen und sich somit Raum für grundsätzliche Kritik an bestehenden Herrschaftsmechanismen und -strukturen zu erschließen. Als Orte für diesen Ansatz kristallisieren sich neben den Aktionskonferenzen und Bündnistreffen der Gegengipfel, Protestcamps, aber auch Seminare und Groß-Veranstaltungen der Bündnispartner heraus. Des weiteren sollte eine interventionistische Linke zwischen Sozialprotesten und der Politik der G8 Zusammenhänge herausstellen; dies passiert bei der 3.-Juni-Demo, kann aber auch bei antirassistischen oder Anti-Atom-Aktionen passieren.

Aktivierung und Radikalisierung drückt sich jedoch nicht nur in inhaltlicher Profilierung aus, sondern bedeutet auch Zuspitzungen in der Aktion. Wie kann der Protest sich radikalieren und zum Widerstand werden? Als Aktionsperspektive bietet sich hier an, Konzepte vergangener Gipfelproteste, wie beispielsweise in Genua, zum Ausgangspunkt zu nehmen und als Ziel für 2007 zu formulieren, den Gipfel blockieren zu wollen. Diese Blockaden können und müssen, wenn wir für eine breite Konstellation werben wollen, unterschiedlich aussehen: Sitz-, Steh-, Materialblockaden; und auch die unterschiedliche Konfrontations- und Risikobereitschaft der AktivistInnen ist zu berücksichtigen.

## Gibt es jetzt ein Bündnis oder gibt es keins?

Entscheidend für den Erfolg von Blockadeaktionen wird sein, dass sich viele Menschen aus unterschiedlichen Spektren beteiligen und sich solidarisch zueinander verhalten. Die Breite könnte auch helfen, der Repression entgegen zu wirken und hier neue Spielräume zu eröffnen. Doch was

sind die Voraussetzungen dafür? Es müsste kalkulierbare, niedrigschwellige Angebote für Massenblockaden geben. Nicht bundesweit, sondern lokal könnten sich in den kommenden Wochen und Monaten Aktionsbündnisse gegen G8 bilden.

Um zu verhindern, dass die öffentliche Wahrnehmung der Gipfelproteste 2007 ähnlich wie 2005 in Schottland von inhaltsleeren Events wie den Live8-Konzerten dominiert wird, ist es jetzt an der Zeit, große Kulturveranstaltungen mit KünstlerInnen und MusikerInnen zu organisieren, die sich als Teil der Bewegung verstehen und sich nicht vor den Karren der G8 spannen lassen. Auch hier gilt wieder: Selber machen, damit Geldof&Co-Bühnen nicht alleine das Medienbild bestimmen können.

**Berit Schröder**, aktiv bei FelS und in der IL

*aus: ak 506, 19.5.2006*

---

# Eine Frage der Transparenz

**Katja Kipping über das Verhältnis zu sozialen Bewegungen und die Mobilisierung nach Heiligendamm**

Katja Kipping, stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei und Teil der Diskussionsplattform „Emanzipatorische Linke“, ist eine von vier Abgeordneten, die sich für die Kontaktstelle zu den sozialen Bewegungen verantwortlich zeigt. Diese stellt den bisher in der Bundesrepublik erstmaligen Versuch dar, einen „Kommunikationsknotenpunkt“ zwischen Partei und außerparlamentarischen Kräften zu etablieren – so das Selbstverständnis der Kontaktstelle. Mit Katja Kipping sprach ak über die notwendige Zusammenarbeit und das gleichzeitig schwierige Verhältnis zwischen Linkspartei und außerparlamentarischer Bewegung sowie die Mobilisierung nach Heiligendamm.

ak: *„Wir können hier mit unseren 53 Abgeordneten im Bundestag sitzen und tam, tam, tam machen, aber das reicht nicht“. Das sagte Oskar Lafontaine bei der ersten Betriebsrätekonferenz der Linkspartei. In ähnlicher Weise wird seitens der Partei immer wieder betont, dass gesellschaftliche Veränderungen die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse voraussetzt. Kann es sein, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen denen, die zügig regierungsfähig werden wollen und denen, die soziale Bewegungen anhören und unterstützen wollen – ich erinnere an das erste Papier für eine Wahlalternative von Ralf Krämer – im Zuge des Fusionsprozesses verschoben haben?*

**Katja Kipping:** Oskar Lafontaine traf die Aussage vor einem anderen Hintergrund. Es ging in diesem Zusammenhang und in der Einladung darum, die Gewerkschaften für das Mittel des Generalstreiks und des politischen Streiks zu gewinnen und deutlich zu machen, dass es nicht reicht, dass es mit der Linkspartei eine starke gesellschaftliche Opposition im Parlament gibt. Das ist eine Aussage, die ich teile, die aber auch nicht neu ist. Zum Beispiel kann eine Landesregierung recht wenig erreichen, wenn es nicht gelingt, gesellschaftliche Hegemonien für Projekte zu gewinnen. Die Abhängigkeit ist aber eine beidseitige. Allein der Protest auf der Straße bringt auch nicht viel. Es bedarf eines Transmissionsriemens auf die gesetzgebende Ebene.

Ich fände es jedoch falsch, wenn sich die neue Linke bei den außerparlamentarischen Bewegungen ausschließlich auf die Gewerkschaften konzentriert. Es gibt sehr viele und unterschiedliche außerparlamentarische Bewegungen und Initiativen: Von Studierendenprotesten über kleine Inseln solidarischer Ökonomie bis hin zur Erwerbslosenbewegung. Und die Linke wäre falsch beraten, wenn sie sich nur die Gewerkschaften als Partner herausuchen würde. Wir sollten die Bewegungen, so weit sie linke Ziele verfolgen, in ihrer gesamten Breite unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten.

*Gibt es denn bestimmte Kriterien für die Unterstützung? Sind es politische Kriterien oder stützt man sich auf die stärksten Teile der Bewegungen?*

Ich würde nicht dafür plädieren, eine Top-5-Liste festzulegen. Soziale Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nach gewissen Zyklen verlaufen. Unsere Aufgabe ist es nun, dass wir, wo die Bewegungen gegen etwas Berechtigtes eintreten – z.B. drohende Studiengebühren oder die Hartz-Gesetze –, diese in ihren Kämpfen unterstützen. Eine linke Partei darf sich nicht danach richten, wo möglicherweise die meisten WählerInnen winken. Des Weiteren gilt: Neben der Tatsache, dass wir als Partei bei Wahlen antreten, haben wir natürlich die Aufgabe, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern, und hier wäre eher die inhaltliche Ausrichtung ein Kriterium für Unterstützung von und Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften.

*Kann man behaupten, dass es kaum ein Problembewusstsein dafür gibt, dass soziale Bewegungen und Parteien nicht einfach am gleichen Strang ziehen, sondern eben unterschiedliche Formen der Interessensvertretung und andere Formen der Organisation darstellen, die sich nicht konfliktfrei einfach zu einer gesellschaftlichen Kraft der Veränderung addieren lassen?*

Ich stelle fest, dass es in den verschiedensten Diskussionsrunden und Strategiebesprechungen, an denen ich in der letzten Zeit beteiligt war, sehr stark thematisiert wurde. Es wurde festgestellt, dass es einen strukturellen Unterschied zwischen einer linken Partei auf der einen und sozialen Bewegungen auf der anderen Seite gibt. Eine Partei ist schlecht beraten, wenn sie versucht, eine Bewegung zu imitieren. Was verdeutlicht werden muss, ist, dass eine Partei ganz andere Aufgaben hat: Erstens sind Parteien auf Wahlen und Mitwirkung in Parlamenten angelegt. Zweitens kämpft eine Partei im Gegensatz zu Bewegungen, die ja eher zyklisch verlaufen, längerfristig für eine ganz bestimmte Weltanschauung und politische Werte – und das ganz unabhängig davon, was politisch en vogue ist oder was gerade im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht. Ich plädiere in der Partei dafür, dass es unsere Aufgabe sein müsste, so weit es übereinstimmende Interessen gibt, mit außerparlamentarischen Kräften zusammen zu arbeiten und diese zu unterstützen, aber sehr wohl zu wissen, dass wir eine andere Aufgabe haben.

*Du hast es selbst angedeutet: Bewegungen brechen immer wieder ab, desorganisieren sich und beginnen wieder bei Null. Kann die Linkspartei eine stabilisierende Rolle innerhalb der zyklischen Bewegung sozialer Bewegungen spielen?*

In meinem kürzlich verfassten Text „Die Kunst des nachhaltigen Protestierens“ (1) argumentiere ich, dass die wahre Kunst darin besteht, mit der Phase umzugehen, wo die TeilnehmerInnenzahlen an Protesten wieder zurückgehen. Das ist eine Phase, wo man Sorge tragen muss, dass diejenigen, die aktiviert und mobilisiert wurden, sich nicht in völliger Frustration wieder verabschieden und die innere politische Immigration suchen. Dabei sind längerfristige Strukturen

sicherlich hilfreich und die Linkspartei kann sicherlich eine davon sein. Ich würde mich jedoch dagegen wehren, dass die Partei in dieser Frage einen Alleinvertretungsanspruch formuliert.

Über die Montagsdemonstrationen habe ich mich zum Beispiel sehr gefreut und diese versucht so weit wie möglich darin zu unterstützen, dass sich zumindest der aktive Kern nach den Demos weiterhin bei Erwerbslosencafés oder Ähnlichem trifft. Das ist eine von vielen Möglichkeiten, Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen. Neben der Linkspartei können aber auch Gewerkschaften oder Erwerbslosenverbände als längerfristige Strukturen ein kontinuierliches Engagement ermöglichen.

***Ist die Linkspartei im Vergleich zu anderen europäischen Linksparteien in ihrem Verhältnis zu den sozialen Bewegungen im Rückstand?***

Ich hoffe, dass wir mit den G8-Protesten in Heiligendamm im kommenden Jahr beweisen, dass wir nicht hinterherhinken. Was die parteiinterne Mobilisierung angeht, bin ich zurzeit ganz guter Dinge. Deine allgemeine Ausgangsthese, dass die Linkspartei in der Frage hinterherhinken würde, kann ich so nicht teilen. Was ich eher sehe ist, dass die Zusammenarbeit in der Vergangenheit eher dadurch belastet war, dass es einerseits den Anspruch gab, dass eine linke Partei in der Frage der Unterstützung außerparlamentarischer Aktivitäten sehr viel machen soll.

Andererseits wird aus einer allgemeinen Parteiskepsis heraus nicht gewollt, dass die Linkspartei in Bündnissen kenntlich in Erscheinung tritt. Das finde ich eine sehr schwierige Grundlage für eine gute Zusammenarbeit. Natürlich dürfen Parteien niemals ein Bündnis dominieren. Gleichzeitig ist es aber für ein faires Bündnis auf Augenhöhe notwendig, dass Mitglieder einer Partei offen mit ihrer Teilnahme an Bündnissen umgehen können. Das ist vor allem eine Frage der Transparenz. Es gibt ja das Phänomen, dass z.B. auf den Sozialforen bis zu Zweidrittel der Diskutierenden Parteifunktionäre sind, dass diese aber auf Grund des dort herrschenden Parteienverbots mit einer anderen Identität auftreten. Das ist sicherlich weder im Sinne der Parteienkritik und auch nicht im Sinne der Transparenz.

***Ist zur Zeit ein gutes Zeitfenster für die Öffnung der Partei hin zu sozialen Bewegungen? Selbst bei den Gewerkschaften kann man eine zaghafte Öffnung zu anderen sozialen Bewegungen feststellen. Dass Annelie Buntenbach als attac-Mitglied und Grüne nun DGB-Bundesvorstandsmitglied ist, würde ich so interpretieren.***

Ja, ich denke, dass es zur Zeit ein gutes Zeitfenster gibt – gerade auch um Bündnisse entstehen zu lassen, die eine breite Basis haben. Die Proteste gegen den G8 bieten ja die Möglichkeit, dass Bündnisse entstehen, die von der radikalen Linken über Gewerkschaften, Linkspartei und WASG bis hin zu Umweltgruppen und kirchlichen Initiativen reichen. Das Entscheidende ist, dass man in diesen Bündnissen jetzt so fair miteinander umgeht, dass es auch noch nach Heiligendamm die Lust dazu gibt, miteinander zu tun zu haben. Die G8-Proteste sind also eine gute Möglichkeit, sich zu öffnen. Zum anderen sehe ich auch beim DGB einen Silberstreifen. Ich musste aber auch feststellen, dass man sich beim letzten

Gewerkschaftstag dagegen entschieden hat, den Status von RentnerInnen und Erwerbslosen in der Gewerkschaft zu verbessern. Das werde ich eindeutig als einen Schritt zurück.

***Welche Rolle kann bei diesem Problemkomplex die Kontaktstelle zu den sozialen Bewegungen spielen?***

Wir haben die Kontaktstelle eingerichtet, um institutionell abzusichern, dass die Aktivitäten im Parlament und in außerparlamentarischen Bündnissen nicht in Parallelwelten vonstatten gehen. Wir versuchen, gute Anregungen aus Initiativen aufzugreifen und ins Parlament einzubringen. So versuchen wir gerade durchzusetzen, dass die Bundesregierung Farbe bekennt, d.h. welche Position sie bei den G8-Verhandlungen einnehmen wird. Nicht, um das ganze Procedere zu legitimieren, sondern um deutlich zu machen, dass sie nicht einfach alles in Hinterzimmern abklären kann. Wir zwingen sie vorher zu einer öffentlichen Positionierung.

Es geht aber immer auch darum, den Informationsfluss anders herum zu garantieren. Wenn wir etwas im Parlament mitbekommen, zum Beispiel dass Gelder für politische Projekte gekürzt werden sollen, dann versuchen wir, diese Info möglichst schnell an VertreterInnen der Zivilgesellschaft weiterzuleiten. Das ist die eine Aufgabe. Die zweite Aufgabe besteht darin, uns in Initiativen und Protestbündnisse einzubringen. Wir haben natürlich kein Mandat. Wir sind ja nicht von den sozialen Bewegungen als Kontaktstelle gewählt. Wichtig ist aber, und das haben unsere MitstreiterInnen auch verinnerlicht, dass egal in welchen Zusammenhängen man sich bewegt, immer auch für die Sicht der anderen geworben werden muss.

Des Weiteren geht es auch darum, gezielt Diskussionsräume zu öffnen, indem man sich neben dem alltäglichen parlamentarischen Kleinklein für bestimmte Auseinandersetzungen sensibilisiert. Zum Beispiel haben wir einen Stammtisch ins Leben gerufen, wo wir den Organizing-Ansatz der Gewerkschaften diskutiert haben. In diesem Rahmen haben wir uns intern auch darüber verständigt, wie sich die Zusammensetzung von sozialen Bewegungen verändert und haben gezielt VertreterInnen von Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen eingeladen.

Die Kontaktstelle war und ist ja ein Experiment. Bisher hat es so was noch nicht gegeben. Vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh, dass wir uns durchgesetzt und die Kontaktstelle eingerichtet haben.

**Interview: Ingo Stütze**

Anmerkung:

1) Der Text „Die Kunst des nachhaltigen Protestierens“ ist zu finden in dem von Christine Buchholz und Katja Kipping herausgegebenen Buch „G8: Gipfel der Ungerechtigkeit“ und als Leseprobe auf der Website des VSA-Verlags.

aus: ak 512, 15.12.2006

---

# Make Capitalism History

## oder: die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel ausweiten

**Juni 2007. Ein unübersehbarer Zug von DemonstrantInnen aus der ganzen Welt zieht aus Protest gegen das Gipfeltreffen der G8-Staaten durch die Straßen von Rostock. Zehntausende begrüßen die Regierungschefs bereits auf dem Rollfeld des Flughafens und blockieren den noblen Tagungsort Heiligendamm. Immer wieder gerät der Ablauf des Treffens ins Schwanken, da die Logistik des Gipfels durch einfallsreiche Aktionen gestört wird. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen nicht die Verlautbarungen der Mächtigen, sondern die Vielfalt des Protestes und des Widerstands ...**

... Die Delegitimierung der G8 ist keine Forderung mehr, sie ist das, was auf den Straßen, an den Sperrzäunen und in den Debatten der Camps und des Gegengipfels geschieht – und was weltweit als Ereignis von Rostock wahrgenommen wird. Ein Jahr lang hatten sich die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, die Kampagnen engagierter ChristInnen, verschiedene Nichtregierungsorganisationen, GlobalisierungskritikerInnen, die Parteien der parlamentarischen und die Netzwerke der radikalen Linken darauf vorbereitet. Ihr gemeinsames Auftreten, ihr politischer Wille, sich gerade in ihrer Verschiedenheit nicht voneinander trennen zu lassen, ließ die mediale Desinformation ebenso ins Leere laufen wie die polizeiliche Repression.

Unsere Chance, Rostock zu einem solchen Ereignis zu machen, geht auf die Proteste in Seattle, Prag, Genua und Florenz zurück. Diese Möglichkeit ist auch ein praktisches Resultat der Debatten der Sozialforen, der globalisierungskritischen und radikalen Linken in Deutschland, in Europa und weltweit. In ihr kommt zusammen, was in zahllosen lokalen Kämpfen ausgefochten wird, hier und überall auf dem Planeten. Nutzen wir diese Gelegenheit, führt das weit über Heiligendamm und Rostock, weit über jede Anti-G8-Kampagne hinaus.

### **Für eine radikale Intervention in die Verhältnisse**

Die Delegitimierung der G8 ist nur ein Schritt im Aufbruch einer weltweiten Bewegung gegen die neoliberal globalisierte kapitalistische Herrschaft. Die Interventionistische Linke versteht sich als Teil dieses Aufbruchs. Wir kommen aus verschiedenen Generationen und unterschiedlichen Spektren der undogmatischen radikalen Linken, sind in Antifa-Organisationen, in verschiedenen sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen aktiv, arbeiten als einzelne, doch koordiniert in Gewerkschaften, sozialen Verbänden und alternativen Projekten. Getroffen haben wir uns im Aufbruch der anti-neoliberalen und globalisierungskritischen Kämpfe.

Wo auch immer seit einigen Jahren die G8, die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Koordinationen der NATO und der EU zusammen kommen, die Karawane der neuen Wi-

derstandsbewegung ist bereits vor Ort, um dem neoliberalen Weltmanagement entschieden die Zähne zu zeigen. Denn während diese Treffen beanspruchen, die legitime Repräsentanz der „zivilisierten Welt“ zu sein, organisieren sie den Fortgang eines Zerstörungsprozesses, in dem – ein Beispiel – weltweit in jeder Sekunde ein Mensch an Unterernährung stirbt.

Sie sprechen von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit, von der Demokratie und der uneingeschränkten Marktkonkurrenz als der gesetzmäßig wirkenden Voraussetzung des Glücks und Wohlstands aller. Währenddessen wächst das weltweite Heer der „Überflüssigen“, verstärkt sich mit jeder weiteren sozialen Entsicherung des Lebens die Notwendigkeit zur militärischen Sicherung des freien Flusses der Waren und Profite, wird der Krieg zur Weltinnenpolitik, die Menschenrechte im Namen der Menschenrechte außer Kraft gesetzt und Folter wieder hoffähig.

Die G8 delegitimieren zu müssen, ist unsere Aufgabe allerdings nur deshalb, weil sie sich Legitimität trotz allem zu erwerben wussten. Wenn die G8 versprechen, Weltordnung zu schaffen und zu sichern, fällt ihnen allgemeine Anerkennung auch deswegen zu, weil weltweit wirklich Millionen von Unsicherheit bedroht werden. Wenn die G8 die marktförmige und arbeitsteilige Konkurrenz um Glück und Wohlstand von jeder Einschränkung befreien, fällt ihnen Anerkennung auch und gerade deshalb zu, weil das Konkurrieren ums Überleben millionenfach Alltäglichkeit ist, also Strategie des eigenen, sei's noch so elenden Daseins ist und sein muss.

### **Die Linke neu erfinden**

Wollen wir die Legitimität der G8 in Frage stellen, untergraben und letztlich zerstören, müssen wir andere Antworten auf die globale Verunsicherung des Überlebens, andere Antworten auf den alltäglichen Zwang zur Konkurrenz finden. Andere Antworten nicht nur als die des neoliberalen Diskurses, sondern auch als die der historischen Linken und der historischen sozialen Bewegungen. Denn die Kette der „humanitären Interventionen“ und die Konfusion, Desorientierung und der nicht selten offen reaktionäre Charakter der Widerstände gegen den imperial(istisch)en Krieg belegen unübersehbar, dass internationale Solidarität – das A und O jeder emanzipatorischen Initiative – heute nicht mehr umstandslos als Einheit der Linken im Norden mit den Aufständen im Süden gedacht werden kann.

Zugleich kann der Widerstand gegen alltägliche Ausbeutung und Ausgrenzung „vor Ort“ nicht mehr nur in der für die ArbeiterInnenbewegung grundlegenden Identität einer „universellen Klassenlage“ der Ausbeutung begründet werden. Auch die für die Neuen Sozialen Bewegungen leitende Berufung auf die Differenz der Erfahrung patriarchaler oder rassistischer Herrschaft reicht nicht aus. Dem steht schon allein die tief greifende Verunsicherung des alltäglichen

Überlebens und der individualisierenden Zersplitterung aller sozialen Zusammenhänge entgegen.

## **Bewegung der Bewegungen**

22

Dies nicht etwa, weil es nicht nach wie vor klassenspezifische Ausbeutung oder patriarchale oder rassistische Herrschaft gäbe, sondern weil die ausgebeuteten Klassen in eine hochgradig ausdifferenzierte Hierarchie der Prekarisierung aufgelöst und „Differenz“ und „Subjektivität“ zu Kampfbegriffen des neoliberalen Kommandos umfunktioniert wurden, in der und mit dem die Leute in die Konkurrenz ums Überleben gehetzt werden. Klasse ist durch den Klassenkampf bestimmt. Aufgabe der Linken ist, die existierenden Bedingungen eines potenziellen kollektiven Ausbruchs zu identifizieren und als politischen Entwurf zu artikulieren. Die Herrschaft des Kapitals, den Neoliberalismus und also die G8 delegitimieren zu wollen, heißt unter den aktuellen Umständen deshalb auch in letzter wie erster Konsequenz zugleich die Linke und die sozialen Bewegungen neu erfinden zu müssen.

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm kann an Erfahrungen anknüpfen, die in Seattle, Genua und Florenz, aber auch in Caracas, La Paz und jüngst in Oaxaca gewonnen wurden. In diesen Erfahrungen gründen Initiativen, die der systematischen Entrechtung eine Globalisierung sozialer, kultureller, ökonomischer und politischer Rechte als WeltbürgerInnenrechte entgegensetzen und dabei mit dem Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit den unumgänglichen Anfang machen.

Diese Initiativen berühren sich mit den Widerständen gegen die militärische Abschottung der Metropolen und den imperial(istisch)en Weltordnungskrieg ebenso wie mit denen gegen die alltägliche Verschärfung der Ausbeutungs- und Arbeitsregime. Wo diese Kämpfe sich kreuzen, wird überall, wenn auch nicht ohne Widersprüche und bisweilen quälende Auseinandersetzungen, der Anspruch auf die Unentgeltlichkeit des Lebens erhoben, der sich beispielsweise materiell in einem bedingungslosen Existenzgeld für alle konkretisiert, ganz allgemein aber die um sich greifende Durchkapitalisierung der Lebensverhältnisse und den Zwang zur Lohnarbeit angreift.

In dem Anspruch auf die Unentgeltlichkeit des Lebens verbinden sich die Forderung nach einer Umkehr der Stoff- und Ressourcenströme von Nord nach Süd, die im ersten Schritt den bedingungslosen Erlass aller Schulden des globalen Südens und Reparationszahlungen für die koloniale und imperialistische Ausbeutung verlangen. In der Radikalisierung, Ausweitung und Entwicklung all' dieser Initiativen werden und müssen sich letztendlich auch die „alte“ Macht- und Eigentumsfrage neu stellen, sie werden sich als weltgesellschaftliche Fragen stellen und damit die Frage nach einem Bruch mit dem System des klassenherrschaftlich, patriarchal, rassistisch und imperial(istisch) kodierten Privateigentums in unsere Gegenwart zurückbringen.

Denn noch immer ist die Welt nichts anderes als das, was die Geschichte der sozialen Kämpfe aus ihr machen wird. Das befreite Leben kann nur im Horizont der Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse erfahrbar werden.

## **Das Gemeinsame**

Wir können diese Chance nur gemeinsam und als unsere gemeinsame Chance nutzen. Unter diesem „Wir“ verstehen wir nicht bloß die Gruppen und Projekte des Netzwerks der Interventionistischen Linken. „Wir“ meint auch nicht einfach die verschiedenen Spektren der außerparlamentarischen und parlamentarischen Linken. „Wir“ meint, was man seit Seattle die „Bewegung der Bewegungen“ nennt. „Wir“ meint eine globale Konstellation emanzipatorischer Politiken, die über die Linke und über die älteren und jüngeren sozialen Bewegungen hinausreicht. Es gibt international das Potenzial, gemeinsam der Herrschaft des Kapitals zu widerstehen. Diese Möglichkeit und Notwendigkeit zum Widerstand zu organisieren und darin sein Gemeinsames zu erfinden, wird heute anderes und mehr werden, als was früher „Bündnis“ oder „Block“ genannt wurde. Weder gibt es heute ein Industrieproletariat, das in den Arbeiterpartei-konzepten die einzige Klasse war, die wirksam gegen das Kapital kämpfen konnte, noch sind die Bewegungen „Vorfeld“ und „Massenprozess“ einer Linken, die ihre Avantgarde wäre; weder ersetzen die Bewegungen in ihrer Vielfalt und Spontaneität, was sich als „Linke“ von ihr differenziert, noch entfällt der Streit zwischen unterschiedlichen Weisen des Linksseins. Doch zielt dieser Prozess weder auf eine letzte Einheit noch auf eine endgültige Trennung. Für eine kommende Linke wird die Kommunikation der Initiativen und der Kämpfe kein Mittel zu einem außer ihr liegenden Zweck sein, sondern das Mittel, das selbst ein Zweck ist zur Konstruktion des Gemeinsamen, des Kommunen. Wirksam wird dies allerdings nur im praktisch-erprobten Spiel der Unterschiede, in der offenen und solidarischen Konstellation seiner Differenzen und in der entschiedenen Intervention in die gesellschaftlichen, sprich: Herrschaftsverhältnisse.

## **Vor dem Gipfel, nach dem Gipfel**

Eine globale Alternative zur global governance von Kapital, Patriarchat und Rassismus ist die Sache einer gemeinsamen, d.h. in sich vielfältigen, unterschiedlichen Gegenmacht in Bewegung. In diese Bewegung linksradikal zu intervenieren, ist keine Frage der Rhetorik, sondern eine der praktischen Verbindung der Kämpfe, die auf deren Radikalisierung zielt. In der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel können und sollen unserer Ansicht nach die AktivistInnen der Sozialproteste, der Umwelt- und Friedensbewegung, der linken Gewerkschafts- und Menschenrechtsarbeit, der Selbstorganisation der MigrantInnen, der globalisierungskritischen Netzwerke und der verschiedenen Strömungen der Linken darüber in Kommunikation treten. Dem gilt unsere Intervention, als eine in der Tendenz das System aufsprenge und deshalb linksradikale Intervention. Das Maß des Gelingens liegt zuerst im solidarischen Verhältnis aller Beteiligten zueinander, in der Transparenz der Auseinandersetzung, der Verlässlichkeit der Übereinkunft, der gegenseitigen Akzeptanz und Respektierung unterschiedlicher Aktions- und Ausdrucksformen.

Es liegt aber auch, was kein Widerspruch ist, in dem, was am Anfang steht: der Ablehnung der G8, des Neoliberalismus,

der globalen Herrschaft des Kapitals in einer massenhaften Verweigerung und Rebellion in den Straßen Rostocks und vor den Zäunen Heiligendamms, damit es sich weltweit mitteilt. Deshalb beteiligen wir uns an allen Demonstrationen, Aktionstagen und Gegenaktivitäten. Deshalb wollen wir die Ankunft der acht Staats- und Regierungschefs zu ihrem Desaster werden lassen. Deshalb sind wir in der „Block G8“, in der sich zahlreiche Gruppen mit unterschiedlichen Protest- und Widerstandstraditionen zusammengetan haben, um das Treffen der G8 zu Tausenden effektiv zu blockieren, in einer solidarischen Aktion des gemeinsamen Ya Basta! Es

reicht! Deshalb rufen wir auf, in allen Städten und Regionen lokale, spektrenübergreifende Bündnisse und Netzwerke zu bilden, die die lokalen Auseinandersetzungen mit den globalen Kämpfen verbinden: den Alltag einer anderen Globalisierung, der anderen Welt, die in unseren Kämpfen schon aufscheint. Join the winning side!

**Interventionistische Linke, Dezember 2006**

*aus: ak 512, 15.12.2006*

# Neue Gemeinplätze

## Bewegung, Organisation und linke Intervention

**Von breiten Bündnissen getragene Großmobilisierungen sind immer ein Anlass, perspektivische Fragen nach dem Stand der sozialen Bewegungen und ihrer politischen Linken aufzuwerfen und die Antworten auf diese Fragen neu zu diskutieren. (1) Die Mobilisierung nach Heiligendamm ist die Gelegenheit für einen Rückblick auf den letzten G8-Gipfel in Deutschland, der 1999 in Köln stattfand. Und sie gibt Raum für eine Zwischenbilanz der Bewegungen, die sich seitdem als „globalisierungskritische Bewegungen“ bezeichnen.**

Nur wenige Monate nach der enttäuschenden Kölner Mobilisierung kam es zu den Demonstrationen von Seattle, die in Prag (2000), in Göteborg und Genua (2001), in Florenz (2002), in Evian (2003), im Prozess der Europäischen Sozialforen (Paris 2003, London 2004, Athen 2006) und der von mehreren Millionen getragenen globalen Antikriegstage (2003, 2004) ein anhaltendes, wenn auch nicht gleichmäßig starkes Echo hatten. Die mit den Sozialforen verbundene „Internationale von Porto Alegre“ artikulierte sich als weltumspannende politische Akteurin. In Deutschland fanden am 1. November 2003 sowie am 3. April und am 2. Oktober 2004 Großdemonstrationen und im Sommer 2004 wochenlange Hartz-IV-Proteste statt. Unvollständig wäre diese Liste allerdings, fehlte das Datum, das verbietet, hier in einer geraden Linie zu denken: der 11. September 2001, der offizielle Beginn des „Kriegs gegen den Terror“.

### Von Köln nach Seattle und ...

Am Anfang der Mobilisierungen zum Kölner G8-Gipfel 1999 glaubten viele an einen Neuanfang sozialer Bewegung. Die Abwahl der Kohl-Regierung (1998) schien nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus das Ende des „alternativlosen Jahrzehnts“ zu markieren. Natürlich machte sich damals kaum jemand Illusionen über die rot-grüne Koalition: Längst war klar, dass sie die postfor-

distische Transformation des Kapitalismus nicht einmal im Ansatz in Frage stellen würde. Dennoch schien das Ende der „Ära Kohl“, der Regierungswechsel von Thatcher zu Blair in Großbritannien und der Wechsel von der bürgerlich zur sozialistisch dominierten Cohabitation in Paris (beide 1997) einen Umbruch anzuzeigen.

Das Scheitern der Kölner Mobilisierung hatte dann auch verschiedene Gründe: Zum einen kam Köln schlicht zu früh. Was manche damals erhofften, wurde erst in Seattle zum weltweiten Ereignis. Zum anderen steht Köln für ein Problem, das für die globalisierungskritischen Bewegungen und ihre Linke auch heute noch existiert. Der damalige Knick in der Mobilisierung folgte der Beteiligung der rot-grünen Koalition am imperial(istisch)en Kosovokrieg (März-Juni 1999). Insofern nahm Köln vorweg, was auch in Florenz, diesmal nach dem 11. September, nach dem Angriff auf Afghanistan (Oktober 2001) und in Erwartung des Angriffs auf den Irak (März 2003) offensichtlich wurde: dass die Herausbildung einer sozialen Opposition gegen die kapitalistische Globalisierung mit der Herausbildung einer Opposition zum globalen imperial(istisch)en Krieg zusammenfallen muss.

### Die Bewegung der Bewegungen

Markiert Seattle das Ende des „alternativlosen Jahrzehnts“, wurde dort auch sichtbar, dass Gegenwehr vorher schon geleistet worden war: „In diesem Jahrzehnt gab es die Arbeiterkämpfe, die die großen Automobilfabriken in Korea in Brand gesetzt haben, den Widerstand gegen die multinationalen Konzerne in Nigeria, die Kämpfe der Landlosenbewegung in Brasilien, den Widerstand in Los Angeles oder den im zapatistischen Chiapas. Zum Verständnis der Alchimie, die die großen proletarischen Revolten kennzeichnet, lohnt es sich, in Erinnerung zu rufen, dass das Jahr 1994 sowohl das Jahr des zapatistischen Aufstandes als auch das Jahr mit der weltweit höchsten Anzahl von Generalstreiks im 20.

Jahrhundert war.“ (2)

Die Eigenart der globalisierungskritischen Bewegungen lässt sich seither an drei konstitutiven Momenten ausweisen: ihrem Internationalismus, ihrem Pluralismus und daraus folgend dem Umstand, dass sie von der sozialistischen, kommunistischen wie der antikolonial-antiimperialistischen Tradition des 20. Jahrhunderts durch einen Bruch getrennt waren und sind. Alternativlos waren die 1990er Jahre, weil mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus jede anti-kapitalistische Alternative gescheitert schien. Das lag nicht nur am neoliberalen Trommelfeuer.

Zentrale Annahmen der marxistisch-leninistischen wie der sozialdemokratischen Traditionen waren definitiv nicht mehr zu halten: die Vorstellung einer stufenförmig aufsteigenden, notwendigen Entwicklung der Geschichte, eines einheitlichen revolutionären Subjekts und seiner Verkörperung in der einen Partei und ihrer „Wissenschaft“; die Vorstellung von Reform und/oder Revolution als gebunden an die „Eroberung der Staatsmacht“ und von der Internationalisierung von Reform wie Revolution auf dem Weg „nachholender Entwicklung“.

Klar wurde aber auch, dass die sich von der Arbeiterbewegung emanzipierenden Neuen Sozialen Bewegungen und ihre „alternativen“ bzw. „autonomen“ Linken der 1960er bis 1980er Jahre erst die Abkehr von Marxismus-Leninismus und Sozialdemokratie, nicht aber schon die Lösung ihrer Aporien erreicht hatten. Dieser Ent-Täuschung setzten die „altermondialistischen“ Bewegungen einen Pluralismus, dessen gemeinsamer Nenner die Wiedereroberung der Möglichkeit überhaupt einer „anderen Welt“ war, und einen Internationalismus, dessen Koordinaten nicht mehr die West-Ost-Konfrontation, sondern der Nord-Süd-Zusammenhang, die Globalisierung selbst sind, entgegen.

Der „Krieg gegen den Terror“ als vorausseilende Konterrevolution der imperialen governance stellte die „Bewegung der Bewegungen“ dann allerdings auf eine erst noch zu bestehende Probe: Wie verhält sich ihr Internationalismus zur Globalität des Empire, vorausgesetzt dass dessen innere Widersprüche auch solche der Bewegungen sind oder werden können? Sind die globalen, kontinentalen, nationalen, regionalen und lokalen Sozialforen wirklich schon die Modelle einer freien Kommunikation und Koordination pluraler Kämpfe und ihrer Subjektivitäten? Genügt es, fragend voran zu schreiten, um eine (welt-)gesellschaftliche Alternative zum globalen Kapitalismus zu entwickeln, die kein eines Subjekt, keine eine Partei und eben deshalb auch keinen „Hauptwiderspruch“ und keine Hauptstraße mehr kennen wird?

## Die dunkle Seite der Multituden

Der Erfolg von Hardt/Negris Empire (2000 im englischen Original und 2002 auf deutsch erschienen) liegt auch darin, in solcher Lage begriffliche Haltepunkte gesetzt zu haben, die zwar unbestreitbar vage und schillernd, zugleich aber von bleibender Evidenz sind. Die Globalisierung? Das globale Imperium trotz des Anspruchs auf Weltordnung von Konkurrenzen durchzogen: zwischen der „cäsarischen“ Gewalt der USA und seinen nur in letzter Instanz „willigen“

Aristokratien, also der EU, Russlands, Chinas, Indiens und, nicht zu vergessen, der großen transnationalen Kapitale.

Die Multitude? Nach ihrer „generativen“, kreativen Seite: die Bewegung der Bewegungen selbst als Menge aller Mengen ohne Subjekt und Partei. Dazu gehören nicht nur explizit politische, sondern auch originär soziale Bewegungen, voran die der Migration. Nach ihrer „korruptiven“, von der Spontaneität der Menge zumindest tendenziell, oft schon vollends abgespaltenen Seite: die „plebejischen“ Mächte des Empire, voran die NGOs, Parteien, Gewerkschaften und Parteien der traditionellen Linken, ein Teil der internationalen Organisationen des UNO-Komplexes, die subalternen Staaten. Ein Antagonismus (Empire versus Multitude), der trotz aller Unterschiede an den „alten“ Antagonismus (Imperialismen versus Weltproletariat und antiimperialistische Befreiungsbewegungen) anschließt, mit einer institutionellen Grauzone, die zugleich dem Empire und den Multituden angehört und sich augenblicklich vor allem in den „linken“ Staaten Lateinamerikas verdichtet. (3)

Aber stimmt das Bild überhaupt, selbst wenn man es nur als grobe Skizze nimmt? Nicht ganz. Denn es fehlt, was als dunkle Seite der Multituden, aber auch als verwilderte Mächte des Empire bezeichnet werden kann. Dazu gehören der irakische und afghanische „Widerstand“ und die mit ihm unmittelbar und mittelbar verbundenen sozialen, ökonomischen und politischen Kräfte (zum Beispiel der Iran mitsamt den freundlichen Beziehungen zu Venezuela). Dazu gehören die untereinander allerdings nicht umstandslos vergleichbaren „Aufständischen“ und „Rebellen“ vieler bewaffneter Konflikte vor allem in Afrika und Asien und die zahllosen Akteure der Gewalt, die den Alltag der peripheren Elendsmetropolen und -territorien längst zum sozialen Krieg haben werden lassen. Es sind diese mehr als beunruhigenden Mächte, die dem Empire und seiner – ich nehme den Teil fürs Ganze – Operation Enduring Freedom tagtäglich neu Grenzen setzen: de facto wirksamere Grenzen als die, die ihm in den globalen Antikriegstagen gezogen wurden. Dazu gehören allerdings auch die nördlichen Entsprechungen des nihilistisch-, „postpolitischen“ Syndroms des Südens, nicht weniger dunkel und kaum weniger verwildert: die Nationalismen und Rassismen der europäischen und nordamerikanischen Rechten und deren nicht immer nur stilles Reservoir in der alle subalternen und mittleren Klassen durchziehenden „Politikverdrossenheit“. (4) Setzt man diese eher düsteren Perspektiven – die sich übrigens zwanglos ins Kalkül der imperialen governance fügen und dort längst in Rechnung gestellt sind – mit dem ins Verhältnis, was sich als „ökologische Katastrophe“ nicht mehr nur andeutet, drängen sich apokalyptische Überlegungen auf. Doch tut, wer an die Apokalypse rührt, gut daran, an die nächsten Schritte zu denken, um bleibende Handlungsoptionen abzuschätzen.

## Bewegung und – ja doch: Partei und Staat

So wenig der radikale Bruch zwischen den sozialen Bewegungen und politischen Kämpfen des 20. und des 21. Jahrhunderts geleugnet werden kann, so wenig darf er verabsolutiert werden. Das gilt selbst für den Kern der Differenz, die Frage nach Subjekt, Partei und Staat. Neben den aktuellen

lateinamerikanischen Staatsregierungen wäre hier noch von den postsozialistischen oder -kommunistischen Parteien, die allesamt auf Staatsmacht zielen, zu reden.

Ihre wachsende Bedeutung zeigt sich auch und gerade in Europa, wo es in fast jedem Land eine Rifondazione-Partei gibt. In Genua und Florenz nahm sich das harmonisch aus. Bewegung und Partei zogen an einem Strang, die Massen jubelten Fausto Bertinotti zu. Und das zu recht: Fand er doch deutlichere und klarere Worte als die „Bewegungsprominenten“.

Die Florentiner Festtagsstimmung ist vorbei, Altes und Neues treten wieder scharf auseinander. Daraus folgt zweierlei. Ad 1: Es wird weiterhin linke Parteien und deshalb auch linke Regierungen und „linke“ Nationalstaaten geben. Es ist erfreulich, ja sogar wünschenswert, dass es so etwas gibt. Ad 2: Es gibt kein Zurück hinter den Pluralismus der Bewegungen und Subjektivitäten, kein Zurück zur Unterordnung der Bewegungen unter Staat und Partei. Letztere sind besondere Medien der sozialen und politischen Kämpfe, doch nur ein Medium unter anderen und definitiv nicht das wichtigste. Hinfällig wird damit die prinzipielle Ablehnung beider: Eine jede Ablehnung wird konkret, d.h. im Einzelfall zu begründen, oder sie wird Anarchismus, d.h. eine ideologische Position im negativen Sinn des Worts, sein. Am fernerer Ziel eines „Absterben des Staats“ wird deshalb weiter zu arbeiten sein, und zwar nirgendwo anders als im Hier und Jetzt der Kämpfe. Nur war das, Hand aufs Herz, im Prinzip immer schon Konsens. Der Ton macht die Musik.

## Und Action: Heiligendamm und weiter

Um mit den deutschen Zuständen und speziell mit denen der radikalen, also parteifernen Linken abzuschließen: Hier müssen Debatten nicht mehr geführt werden, die noch vor kurzem einige Mühe kosteten. Die Antideutschtümelei ist zum Kuriosum geworden, das kaum der Kritik mehr bedarf, selbst wenn es in Antifa-Kreisen wirkungsmächtig bleibt: eine auslaufende Serie.

Dafür gibt es eine Interventionistische Linke, die ihre Position in mehrfacher Hinsicht noch verdeutlichen wird. (5) Einmal natürlich hinsichtlich der Sache selbst: der Wiedergewinnung einer aktivistischen und, traditionell gesprochen, „massenpolitisch“ ausgerichteten strategischen Konzeption linken Handelns. Hier bleibt noch einiges zu klären: im Hinblick auf den Verlust einer solchen Konzeption (spätestens) seit den 1990er Jahren und auf das, was „postautonome Organisationsfrage“ genannt werden kann. Dabei wird es um das Verhältnis zu den Bewegungen gehen (die als solche nicht notwendig links und schon gar nicht linksradikal sind), um das zur Partei (die hier wohl Die Linke heißen und kaum weniger problematisch sein wird als das, was aus der italienischen Rifondazione geworden ist) und um das Verhältnis zu sich selbst.

Denn was wird eine radikale Linke werden, die unter der Zukunft der Kämpfe nicht mehr die Verallgemeinerung ihrer eigenen Linksradikalität versteht, weil sie weiß, dass der Pluralismus der Kämpfe und Subjektivitäten jeder Vereinheitlichung widersteht, auch einer „linksradikalen“? Und was

aus einer radikalen Linken, die auf die globalen Multituden setzt und eben deshalb ein Verhältnis zu deren dunkler Seite gewinnen muss, das nicht mehr „antiimperialistisch“ sein kann und doch nie „weiß“ werden darf, in welcher Fassung des „Kampfes der Kulturen“ auch immer?

Auch darum geht es in Heiligendamm, und darum wird es erst recht nach Heiligendamm gehen, wenn die Alltagstauglichkeit linker Interventionen (wieder) zum Brennpunkt wird, global und lokal. Ein Beispiel nur, zum Abschluss und zum Weiterdenken: So viel versprechend „Agenturschluss“ und „Euromayday“ sein mögen, so unverbunden blieben beide mit den Protesten der Studierenden – und mit den seit Jahrzehnten ersten politischen Streiks in der BRD, an denen sich im Januar diesen Jahres bis zu 250.000 Leute beteiligten. Wie gesagt: ein Beispiel nur.

**Thomas Seibert**

Anmerkungen:

1) Vgl. Kein Gipfelsturm, Graswurzelrevolution 241/1999; Thomas Seibert: The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke. In: BUKO (Hg.): radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Berlin 2003 sowie zusammen mit Werner Rätz: Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt. In: Andreas Exner/Judith Sauer u.a.: Losarbeiten – Arbeitslos, Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Münster 2005.

2) Gemeinsame Orte. Bewegung, Organisation, Untersuchung: ein Vorschlag von DeriveApprodi. In: ak 481. Der italienische Titel des Texts lautet *luoghi comuni* und meint nicht „Gemeinsame Orte“, sondern „Gemeinplätze“!

3) Zu „Korruption“ und „Generation“ als den Grenzmarken im Antagonismus von Multitude und imperialer governance vgl. Antonio Negri/Michael Hardt: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt/New York 2002, S. 377ff.

4) Die Nord-Süd-Differenz ist hier wie anderswo nur provisorisch und löst sich in dem Maß auf, wie sich „Norden“ im Süden und „Süden“ im Norden ausbreiten.

5) Bis auf weiteres zu erreichen unter: [www.g8-2007.de](http://www.g8-2007.de)

*aus: arranca! Nr. 36, Fantômas Nr. 11, So oder so Magazin Nr. 3, Sonderbeilage zu ak – analyse und kritik G8: Die Deutung der Welt. Kritik, Protest, Widerstand*

# Der Gipfel naht, die Luft wird dünner ...

## Ein Gespräch über radikale Linke in Bündnissen, gesellschaftliche Leerstellen und Geschichte schreibende Daten.

26

Im Frühjahr 2005 gab es erste Treffen, auf denen linksradikale Aktivist/innen sich darüber verständigten die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm anzupacken. Seitdem ist auch Libertad! dabei. Es sind zwei Jahre vergangen und eine Menge ist passiert. Eine Einschätzung und ein Überblick über den aktuellen Stand der Mobilisierung, fünf Wochen vor dem Ereignis, wird in folgendem Interview dargestellt.

*Vor wenigen Tagen fand die dritte und vor dem Gipfel letzte Aktionskonferenz in Rostock statt. Was sind ihre Ergebnisse und seid ihr mit ihnen zufrieden?*

Das Abschlussdokument ist bei allem Pathos in einem Punkt eindeutig: von den in der Aktionskonferenz vertretenen Gruppen und Spektren gibt es eine eindeutige Ablehnung der G8, der Dialog findet auf unserer Seite des Grabens statt, aber nicht mit ihnen. Das festzuhalten, war noch mal wichtig. Rostock III war tatsächlich eine Arbeitskonferenz, fast 20 AGs tagten in Permanenz, um Lösungen für die vielen Schwierigkeiten zu finden. Nichts ist da einfach, nicht die Übereinstimmung in politischen Fragen und nicht die technischen und organisatorischen Voraussetzungen einer solch ambitionierten Aktionswoche. Insgesamt blieb allerdings die Beteiligung enttäuschend gering. Wir hatten schon gehofft, dass mehr Aktivist/innen kommen, die erst jetzt in die Mobilisierung eingestiegen sind. Die Konferenz zeigte so, dass in den verbleibenden Wochen noch gewaltige Anstrengungen unternommen werden müssen, um für die Teilnahme an der Aktionswoche zu mobilisieren.

*Was denkt ihr zu der Kritik, dass die Mobilisierung sich an einem Event abarbeitet und die Politik des „Gipfelhoppings“ fördert? Wird nicht der Eindruck erweckt, dass acht Gestalten die Bösewichte wären?*

Die Beschreibung und Befürchtung teilen wir. Natürlich ist es eine Kampagne, die wie jede versucht, die Kräfte auf ein bestimmtes Ziel, wenige Kernpunkte und einen konkreten Zeitraum zu konzentrieren. Wir denken, das ist die Form, in der eine Fundamentalopposition zusammen mit einer systemkritischen, aber nicht zwangsläufig systemfeindlichen Bewegung gesamtgesellschaftlich aktiv werden kann. Das in Gegensatz zum eigentlich notwendigen „revolutionären Alltag“ oder dem zu bringen, dass es doch „ums Ganze“ ginge, ist selbst eine ideologische Konstruktion. Die Zersplitterung und Segmentierung tendenziell revolutionärer Ansätze, oder zumindest deren Selbstverständnis, zeigt gerade im „Alltag“ wenig Spuren eines notwendigen Antagonismus. Die Gefahr der Verkürzung der notwendig grundsätzlichen Kritik an den Verhältnissen und ihren Ursachen lauert dort genauso an jeder Straßenecke wie in Heiligendamm am Zaun. Wie du siehst, ist das für uns kein akzeptabler Einwand.

*Wie sind denn die bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit?*

Der G8-Gipfel in Heiligendamm eröffnet allen Linken die Möglichkeit gemeinsam und möglichst geschlossen zu handeln. Dafür braucht es natürlich ein Bündnis, in dem die unterschiedlichen Kräfte zusammenfinden. Wir zählen uns zur Interventionistischen Linken (IL), nehmen aber genauso an den Dissent-Treffen teil, auch weil wir bewusst mit mehr Gruppen aus der radikalen und revolutionären Linken direkt zusammenarbeiten wollen. Anvisiert hatten wir ein reales organisatorisches Bündnis, das in gemeinsamer Bestimmung und Verbindlichkeit zusammen arbeitet. Die Aktionskonferenzen konnten auf den Weg gebracht werden. Es waren hunderte von Leuten jeweils daran beteiligt. Es sind dort auch gemeinsame Beschlüsse gefasst worden wie eben die so genannte Choreographie des Widerstandes, in dem die Praxen von Demonstrationen, Gegengipfel und Aktionstagen beschlossen wurden. Das war ein sehr positives Ereignis.

Trotzdem zeigte sich, dass das angestrebte plurale Bündnis nur bedingt handlungsfähig ist und bis zum Gipfel selbst letztlich über eine Koordination nicht mehr hinauskommen wird. Dennoch: Gruppen wie Greenpeace, attac, einige NGOs, die Linkspartei aber auch die radikale Linke versuchen sich abzustimmen. Es kommt zwar nur zu wenigen organisatorischen Vereinbarungen, was wir bedauern, aber es gibt den Versuch die Protesttage im Juni einigermaßen gemeinsam zu bewältigen. Das ist ein klarer Fortschritt zu Köln 1999, der letzten Gipfelmobilisierung in Deutschland. Heute ist der Prozess offener und die verschiedenen Spektren versuchen zumindest miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten. Das betrifft die Frage der Organisation gemeinsamer Camps, dazu gehört auch, die verschiedenen Aktionsformen wie Blockaden, Demonstrationen, Kongress aufeinander abzustimmen.

*Warum macht Libertad! bei der Interventionistischen Linken (IL) mit?*

Die IL ist ja älter als die G8-Mobilisierung. Zunächst ist die IL vom Charakter her ein Netzwerk, ob es eine dauerhafte politische Strömung werden kann, wird die Zeit nach dem Gipfel zeigen. Wir sind ein Zusammenschluss von ganz unterschiedlichen Gruppierungen und Einzelpersonen: radikale Linke aus den 1970er Jahren, aus dem Umfeld der Zeitung analyse & kritik, auch aus Stadtguerilla-Gruppen, dazu Leute aus den 1980er Jahren, autonomen und antiimperialistischen Gruppen, dazu viele, die man zum Antifa- oder Autonomenspektrum der ausgehenden 1990er Jahre zählen würde. Nicht zu vergessen Leute, die sich als Linke in attac begreifen, oder auch aus der Befreiungstheologie kommen. Diese Mischung von Gruppen aus Jüngeren, Älteren und Einzelpersonen ist eigentlich, bei all unserer Unbestimmtheit, in der wir miteinander arbeiten, doch etwas sehr charmantes und zugleich einzigartig. Dass der G8-Gipfel ein zentrales Thema wurde, kam zwangsläufig aus der Anfangsfrage, die sich die IL stellte: Was ist radikale

Politik heute, bzw. was heißt eigentlich Intervention? Wenn man sich den Namen überlegt, ist das ja eine unnötige Doppelung: eine Linke, die nicht gesellschaftlich eingreift, also interveniert, ist keine Linke. Unser provisorischer Name IL will daher verdeutlichen, dass die Linke aus der diskursiven Betrachtung gesellschaftlicher Verhältnisse wieder die Ebene der Intervention, des Eingriffs entwickeln muss. Zeitlich ist für den Entstehungsprozess der IL der G8-Gipfel daher ein Geschenk des Empires, weil er einen Punkt markiert, zu dem sich alle Linken ins Verhältnis setzen können.

Für uns ist er eine Chance, unsere Skizzen von linker Intervention, aber auch kluger Bündnispolitik praktisch zu erproben und zu sehen, inwieweit gesellschaftliche Gegenmachtpositionen, wenn auch aus einer minoritären Position, so doch gemeinsam mit der globalisierungskritischen Bewegung, real werden können.

Das entwickelt sich natürlich nicht problemlos. Etwa in der so genannten „Gewaltdebatte“ im Zuge einiger attac-Äußerungen, aber auch im Streit um die „Parteifrage“, bei der einige NGOs aus dem ehemaligen rot-grünen Milieu, durchaus mit Unterstützung von attac, versuchten, die Linkspartei aus der Mobilisierung herauszuhalten. Andererseits ist die Rolle der radikalen Linken in den bundesweiten Koordinationstreffen nicht zu unterschätzen. Wir können uns durchaus behaupten, argumentativ wie auch mit unserer praktischen Erfahrung. Sowohl in der IL wie auch bei Dissent! gibt es viele Genoss/innen, die wissen, wie man mit minimalen finanziellen Mitteln organisatorische Großprojekte wie die Demo am 2. Juni oder auch die Camps organisieren kann. Ein Problem ist aber, dass das Selbstverständnis von Dissent! nur ein lockeres Sammelsurium von Gruppen und Einzelpersonen, aber keine organisatorische Kraft erlaubt. Folglich wird die IL ziemlich überschätzt. Viele erleben uns als relativ dominant auftretende radikale Formation im Bündnisprozess. Für uns ist das eher ein Problem. Denn wir sind zwar innerhalb der IL viele Gruppen, aber die linksradikale Mobilisierung geht doch von viel mehr Genoss/innen aus, und wir bedauern, dass aus dem Dissent!-Spektrum, in dem unzählige gute Initiativen organisiert werden, die politische Präsenz in der Gesamtkoordination schwach blieb.

### **Was versteht die IL unter Intervention?**

Sicherlich ist die Diskussion in der IL noch nicht abgeschlossen, aber er umfasst für uns zuallererst mal die Bereitschaft und die Notwendigkeit, in gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren, präsent zu sein, dazwischen zu gehen und innerhalb dieser Konflikte Positionen und Praktiken zu entwickeln, die tendenziell antagonistisch zu den Verhältnissen sind. Insofern also Intervention gegen die herrschenden staatlichen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse. All dies ist längst kein Programm, es sagt nur etwas darüber aus, was für die Linke selbstverständlich sein sollte: Eingreifen und angreifen. Letzteres ist natürlich auch das Moment der Intervention oder der Reibung, die wir mit unseren unterschiedlichen Praxisformen ausdrücken. Wichtig ist auch die Intervention in die Linke selbst hinein, um die Diskussion und – vielleicht noch wichtiger – die Haltung, wie man eigentlich Politik macht und wie man mit anderen zusammenarbeitet, voranzubringen. Steht im Vordergrund, die eigene Linie zum Dogma zu erheben? Kann es Möglichkeiten

der Kooperation mit anderen geben? Welche Dinge sind von unserer Seite nicht verhandelbar?

### **Gibt es Berührungspunkte gegenüber der IL?**

Von unserer Seite gibt es überhaupt keine Berührungspunkte. Wir haben weder als IL, noch als Libertad! in der IL Probleme, mit allen möglichen Leuten innerhalb der Linken zu reden und zu schauen, was man zusammen machen kann. Was es vielleicht an Vorbehalten uns gegenüber gibt ist etwa, dass uns sicher einige attacis etwas misstrauisch beäugen, im Sinne, wie haltet ihr es denn wirklich mit der Gewalt, und was ist denn eure Vorstellung von dem Nebeneinander und dem gegenseitigen Respekt verschiedener Praxisformen, wie wir das vor zwei Jahren auf dem Sozialforum in Erfurt in unserer ersten Erklärung bezüglich der G8 gesagt haben. Von denjenigen, die sich radikaler als wir begreifen, gibt es dagegen die permanente Verdächtigung, dass wir im Rahmen des Bündnis- oder Koordinationsprozesses gegenüber attac, gegenüber der Linkspartei und anderen zu opportunistisch, in jedem Fall aber zu freundlich seien.

### **Was ist mit der „Gewaltdebatte“ und attac?**

Es ist völlig klar, dass attac militante und direkt angreifende Aktionen weder gut heißt, noch betreibt. Insofern ist jeder Versuch, ihnen abzuringen, dass sie das doch eigentlich gut finden sollen, ein aussichtsloses Unterfangen und wird von uns auch nicht betrieben. attac hat allerdings auch Schwierigkeiten mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, was wir im Rahmen einer G8-Mobilisierung nicht ändern können. Wenn es aber darum geht, dass attac wiederum versucht, anderen Kräften seine Vorstellung von Protesten aufzuzukloyieren und sie darauf zu verpflichten, sagen wir dazu nein. Das können wir nicht akzeptieren, das können wir von keiner Gruppierung akzeptieren. Wir würden es auch umgekehrt nicht akzeptieren, wenn radikale Kräfte versuchen würden, friedfertige zu irgendwas zu zwingen.

### **Böse Stimmen nennen Libertad! reformistisch ...**

Die Etikettierung durch andere hat uns nie sonderlich gestört. Libertad! ist identifizierbar und unsere Praxis nachvollziehbar. Das ist auch ein Grund, warum wir uns in den Erwidern auf die attac-Äußerungen nicht einbefunden haben. Das ist einfach nicht unsere Sache. Die Frage revolutionärer Gewalt und ihre Rolle im Klassenkampf ist bei Libertad! quasie schon per „Satzung“ prinzipiell klar. Das wissen alle; das muss man nicht mit jedem Satz hinaustönen oder in Widerspruch zur Praxis anderer bringen. Es muss einen Reibungsprozess auch innerhalb linker, oppositioneller Kräfte geben, in der unterschiedliche Traditionen und Herangehensweisen, wie auch Formen von Aktionen und Interventionen tatsächlich in einen Prozess miteinander treten. Das setzt von allen Seiten die Bereitschaft voraus, sich aufeinander einzulassen und gemeinsam neue Erfahrungen zu machen. Mit dieser Haltung versuchen wir uns in der Anti-G8-Mobilisierung zu bestimmen. Eine Haltung, die die IL in aller Ambivalenz auch einnimmt, um in diesem Prozess Position zu beziehen. Wenn man jetzt meint, diesen Prozess des Reformismus bezichtigen zu müssen, dann sind wir an diesem konkreten Punkt gerne reformistisch.

### **Was wird während des Gipfels euer Schwerpunkt sein?**

Wir werden demonstrieren, umzingeln, diskutieren, blockieren, wir werden bei allen Aktivitäten, soweit wir es leisten können, irgendwie dabei sein. Mehr kann man jetzt noch nicht sagen. Natürlich sind wir durch das, was in diesem zweijährigen Vorlauf geschehen ist, sehr stark in das organisatorische Geschehen eingebunden. Trotzdem wird man uns an allen Ecken treffen und wir werden alles Mögliche versuchen, damit der G8-Gipfel für die Macht möglichst in die Hose geht.

### **Konnte Libertad! seine Kampagne gegen die Folter in der Mobilisierung etablieren?**

Das ist ganz gut gelungen. So gibt es die gemeinsame Initiative mit anderen Gruppen für den Aktionstag am 5. Juni gegen den globalen Ausnahmezustand, gegen Militarismus und Folter. Es ist klar, dass wir mit möglichst vielen Versuchen werden die Chefs der G8 und ihren Tross auf dem Flughafen Rostock-Laage, wo sie landen werden, gebührend zu begrüßen.

Trotzdem hat die Frage militärischer und repressiver Gewalt in den G8-Staaten und von ihnen ausgehend, in der gesamten Mobilisierung nicht den zentralen Stellenwert, wie wir es für notwendig halten. Die Militärpräsenz wird verstärkt und die Folter geht weiter – und im Kempinski wird verhandelt, wie es mit dem Regime des globalen Ausnahmezustands weitergeht.

### **Wie werden die Protest- und Aktionstage ablaufen?**

Die Mobilisierung versucht ja an Seattle und Genua anzuknüpfen. Das spricht aus allen Publikationen, Flugblättern, Schriften usw. Aber in Deutschland fehlt, was es in Frankreich, Italien, aber auch Griechenland gibt: Ein linksreformistischer Akteur, der außerhalb der Parlamente aktivistisch versucht Politik zu machen. Zu Genua waren das in Italien die Jugend der Rifundazione Comunista, die COBAS-Gewerkschaften, in Frankreich die starken trotzkistischen Gruppierungen und früher auch attac, in Griechenland der Synaspismos. Hier bei uns zeigt sich, dass attac trotz seiner Medienpräsenz zur Zeit weder die politische, noch die organisatorische Kraft hat ein solcher außerparlamentarischer Großakteur zu sein, der nicht nur den politischen Kontakt zur radikalen Linken hält, sondern dem es auch gelingt, das linksreformistische Spektrum von den NGOs bis in die Gewerkschaften hinein wirklich aktivistisch mitzunehmen. Aber auch die Linkspartei ist es aktuell nicht und die Frage ist auch, ob sie es jemals sein wird.

Diese Leerstelle merkt man an den einfachsten Dingen. Etwa, wie viele Busse organisiert werden, wo Anlaufpunkte sind und wo Leute mitmachen können, die nicht unbedingt auf das nächste autonome Anti-G8-Plenum wollen. Das zeigt sich politisch aber auch in einer elenden Debatte, die in der bundesweiten Koordination in Hannover von Anfang an stattfand und in der wider unseres Erwartens nicht die Gewalt-, sondern die Parteifrage im Mittelpunkt stand. Hier schlug das offenkundige Ressentiment eines eher westdeutschen, von NGOs und Grünen geprägten Milieus – wiewohl diese Leute mit den Grünen zum Teil ideologisch und politisch gar nichts mehr zu tun haben – voll durch, das sich vehement und mit zum Teil grotesken ideologischen Ver-

renkungen gegen eine offene Präsenz der Linkspartei in der Mobilisierung wandte, als hätte es die letzte Bundestagswahl und den damit einhergehenden Riss zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht gegeben. Das führte dann zu so absurden Reaktionen, dass die Linksradiكالen die Präsenz der Linkspartei verteidigten, obwohl wir weder subjektiv noch politisch eine besondere Nähe zu ihr haben.

### **Ist diese Einschätzung gemeinsame Grundlage?**

Nein, wohl eher nicht. Die wenigsten haben dafür überhaupt ein Problembewusstsein. Es gibt bei attac einzelne, die das auch so sehen, das sind zum Teil auch die Genossen und Genossinnen, die bei der IL aktiv sind. Es gibt auch bei einzelnen NGOs Leute, denen das politisch klar ist, wiewohl sie durch ihre Verbandspolitik auch gebunden sind. Auch in der Linkspartei gibt es sicherlich einzelne, denen das klar ist, genauso bei den Linksradiكالen, bei denen sehen einige zumindest dieses Problem des offenen Feldes und nicht zu wissen, wie man eigentlich damit umgehen kann.

### **Hat das Auswirkungen auf die Mobilisierung?**

Es fehlt ja nicht nur der linksreformistische Akteur. Genauso schmerzlich fehlt die revolutionäre Linke als Kraft, die sich ihrer selbst sicher und der eigenen Stärke bewusst ist. In der Anti-G8-Mobilisierung ist diese Kraft organisatorisch-politisch nicht vorhanden und ihr Fehlen ist selbst einem Großteil der Aktivist/innen gar nicht bewusst. Aber dieser Akteur fehlt auch als kollektives politisches Bewusstsein innerhalb der linksradikalen Gruppen. Das ist ein Manko, und das können wir als Libertad! sehr gut im Vergleich z.B. zu unserer Gründungsmobilisierung am Weltwirtschaftsgipfel 1992 sehen, in der die Linksradiكالen als politische Kraft im Bündnis eine reale Kraft dargestellt haben. Auch damals versuchten reformistische Kräfte, insbesondere die Grünen, zu spalten. Das führte dazu, dass sie gingen, aber ihr Geld da lassen mussten. Die Mobilisierung ist trotzdem gelaufen.

### **Die Demonstration gegen den G8-Gipfel findet am 2. Juni statt. Es ist die 40. Wiederkehr des Tages, an dem Benno Ohnesorg bei Protesten gegen den Schah von Persien von einem Polizisten erschossen wurde. Spielt dieses symbolische Datum der 1968er-Bewegung heute eine Rolle?**

Ganz eindeutig: Nein! Es gibt keine Erinnerung an das Datum und erst recht keine Bezugnahme auf den damit symbolisch verknüpften Aufbruch einer internationalistischen, emanzipativen, neuen Linken. Das spielt in der G8-Mobilisierung keine Rolle. Nicht bei den sozialen Bewegungen und linken Parteien, aber auch nicht in der radikalen Linken und den linksradikalen Gruppen. Auch die Interventionistische Linke verhält sich da nicht anders. Die eigene Geschichte ist nicht präsent; die Kampagne gegen den G8-Gipfel tut insgesamt so, als wenn alles in Seattle und Genua begonnen hätte. Das ist nicht nur falsch, sondern beraubt einem auch der Möglichkeit aus den Erfahrungen zu lernen.

Dabei wäre das gerade jetzt wichtig. Linke Politik beginnt mit Solidarität. In Zeiten, in denen eine staatlicherseits inszenierte Kampagne selbst nach 24 Jahren Gefangene aus der RAF ohne vollständige Unterwerfung nicht rauslassen will, wäre eine Intervention der aktuell aktivsten Bewegung, nämlich der gegen den G8-Gipfel, eine notwendige und

eigentlich selbstverständliche Sache gewesen. Das wäre auch ein Moment politischer Selbstbehauptung gegen den ideologischen Rollback. Was wir in den vergangenen Monaten erlebt haben, ist die konsequente Fortsetzung der Losung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Geißlers „68 war schlimmer als die Nazis“. Da hilft es wenig, den angegriffenen „Antikapitalismus“ von seiner historischen Militanz zu distanzieren, sondern eher von seiner Verharmlosung zu befreien, denn natürlich war er mal als sehr fundamental und antagonistisch verstanden worden. Andererseits könnten selbst radikale Demokraten daran erinnern, wer zuerst geschossen hat – und dass der Mörder von Benno Ohnesorg nicht einen Tag im Knast gesessen hat.

***Vor zwei Jahren gelang es Toni Blair, sich als Afrika-Retter aufzuspielen. Besteht die Gefahr, dass sich auch dieser Gipfel über ein populäres Thema legitimiert?***

Ja, sicher. Das ist die Absicht und Teil der Inszenierung für die Öffentlichkeit. Ganz sicher wird es am Thema Klima versucht werden, vielleicht auch mit den Medikamenten gegen AIDS für Afrika. Aber das bleibt Augenwischerei. Der Grund, warum es vor zwei Jahren greifen konnte, lag zum einen sicher in dem Wunsch von NGOs und Verbänden mit am Tisch zu sitzen. Obwohl sie durch Gleneagles eigentlich eines Besseren belehrt worden sein müssten, meldeten sich auch diesmal deutsche NGOs als Ratgeber zu Wort. Klimamäßig werden sie sicherlich gebauchpinselt werden, ohne dass es reale Konsequenzen für die kapitalistische Ökonomie haben wird.

Aber der Hauptgrund war in Gleneagles der, dass die Anti-G8-Kampagne die Tatsache, dass der Gipfel im Land der Koalition gegen den Irak stattfand, gar nicht thematisierte und die Fragen von Krieg und Frieden nicht zur zentralen Konfrontation entwickelte. Solange aber die imperialistische Politik der G8-Staaten nicht angegriffen wird, bewegt man sich auf der Geschäftsgrundlage der im Namen von Freiheit und Demokratie verübten Verbrechen.

Ein Problem, das sich auch in diesem Jahr stellt. Der erwähnte Brief von über 40 NGOs klammert diese Frage genauso aus wie die der Menschenrechte und das internationale Faltersystem. Auch taucht darin die soziale Frage nicht auf. Im Rahmen der gesamten Aktivität gelang es zwar einen Aktionstag gegen Krieg und Folter zu bestimmen, aber diese zentrale Frage jeder oppositionellen Bewegung im Kapitalismus ist nicht selbstverständlich. Kein Wunder, wenn auf die ehemalige Regierungspartei geschickt wird, die Krieg und Auslandseinsätze der Bundeswehr zu dem ihr eigenen Profil entwickelte. So waren es die Grünen, die diese Frage thematisierten, weil für sie nicht einmal die harmlosen Sätze im Demoaufruf tragbar waren. Da muss man schon froh drüber sein.

Das wichtigste für uns an der aktuellen Mobilisierung ist, die verschiedenen Spektren, Ansätze und Generationen von Linken zusammenzuführen und wirklich ein Massen-Event zu veranstalten, das eine vielfältige Ausdrucksform in der Praxis findet, aber auch den Raum eröffnet, sich unterschiedlich zu artikulieren. Es geht darum in Heiligendamm das Verhältnis von Stärke, aber auch Momente von Sieg zu erfahren; wenn es Viele sind, wenn es massenhaft wird, wenn die Praxis vielfältig ist. Das herzustellen, war der politische

Kern der Arbeit seit zwei Jahren. Gelingt uns das in den Gipfeltagen, dann kann alles nur besser werden.

*aus: So oder So – Die Libertad!-Zeitung Nr. 17, Mai/Juni 2007*

# Gemeinsamer Erfolg trotz Differenzen

## Eine Einschätzung der Proteste rund um den G8-Gipfel

30

**Erstmals wurde ein G8-Gipfel in seinem Ablauf tatsächlich gestört, die Versorgung musste zeitweise nach Notfallplänen organisiert werden. Damit ist die globalisierungskritische Massenmobilisierung auch in Deutschland angekommen. Heiligendamm 2007 wird zukünftig in einer Reihe mit Seattle und Genua genannt werden.**

Dabei war der Erfolg durchaus bis zum Schluss ungewiss. Das aufrufende Bündnis war streng genommen gar keines. Die beteiligten Gruppen deckten ein so breites Spektrum ab, dass sie ein formales Bündnis ausdrücklich abgelehnt hatten. Während sich die traditionellen kirchlichen Bündnispartner der Bewegung, wie etwa die großen Friedensverbände, eher zurückgehalten hatten, waren mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst oder Brot für die Welt Teile der institutionellen Kirche involviert. Die setzten naturgemäß eher auf Gespräch und Vorschläge für eine andere Politik als auf Delegitimierung. Auch eine ganze Zahl von größeren Nichtregierungsorganisationen, die zu Beginn der Mobilisierung noch einen eigenständigen Kreis zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen gebildet hatten, entschied sich letztlich für diesen Kurs.

Die Öffentlichkeit schenkte ihnen keine große Aufmerksamkeit und die Kritik war leise. Fast alle akzeptierten, dass viele NGOs sich so entschieden hatten, ohne ihre Position zu teilen. Die verbleibenden Organisationen bildeten den Koordinierungskreis G8, der aber dennoch als Austauschplattform bis weit in das dissent!-Netzwerk hinein funktionierte. Die tatsächliche Vorbereitungsarbeit aber geschah nicht dort, sondern in den einzelnen „Modulen“, also den thematischen Aktionstagen, der Großdemonstration, dem Alternativgipfel, der Camping AG, etc. So konnte durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Einzelbündnisse die Arbeitsfähigkeit für alle gewährleistet werden. Das geschah allerdings auf Kosten der Verbindlichkeit, da jedeR sich nur für die Bereiche engagierte, wo man direkt drinsteckte.

### Kein öffentliches Interesse an „Civil G8“

Auch eine gemeinsame Einschätzung der Chancen und Notwendigkeiten fand nicht wirklich statt, so dass vor allem Großdemonstration und Camps nicht von allen Beteiligten die nötige Aufmerksamkeit erfuhren. Während der Aktionen selbst relativierte sich dieses Manko. Das war wesentlich dem Umstand geschuldet, dass jeden Vormittag eine gemeinsame Pressekonferenz durchgeführt wurde, zu der ein breiter Kreis einlud. Dieser war auch in der Lage, einige Widersprüche und Krisen zu entschärfen. Er formulierte zwar keine gemeinsamen Positionen sondern schuf für die einzelnen Akteure einen Ort, in je ihrem eigenen Namen aufzutreten.

So kam es trotz deutlicher Unterschiede nicht zur offenen Spaltung. Das Bündnis, das keines war, hat gehalten. Bemerkenswert

ist das deshalb, weil Organisationen dabei waren, die sehr spezialisierte Themenstellungen und keine entwickelte Bündnispraxis haben, wie Greenpeace, oder ihrerseits eng mit großen NGO verbunden sind, wie etwa erlassjahr.de oder die Welthandelskampagne. Netzwerke wie attac oder die Interventionistische Linke, die selbst über ein sehr breites Organisierungsspektrum verfügen, sind allerdings intern teilweise unter erheblichen Druck geraten, der sich in einigen widersprüchlichen Stellungnahmen auch öffentlich niederschlug.

Die politische Gesamtkonstellation der letzten Mobilisierungswochen war durch eine Kampagne der Regierungsberechtigten für eine massive Verschärfung der Sicherheitspolitik geprägt. Es hatte unter der Verantwortung von BKA und Bundesanwaltschaft umfassende Durchsuchungen bei linken Projekten und Personen gegeben, der Vorwurf Bildung einer terroristischen Vereinigung war offensichtlich konstruiert. Dennoch tat sich ein Teil der Gruppen schwer mit kritischen Stellungnahmen. Einige Akteure fürchteten offensichtlich, dass an den Vorwürfen etwas dran sein könnte oder wollten nicht in eine Debatte um ein ihnen fern stehendes politisches Spektrum hineingezogen werden.

### Das Bündnis, das keines war, hat gehalten

Die öffentliche Meinung änderte sich erst, als keinerlei belastendes Material gefunden und keine Festnahmen durchgeführt wurden. Das ganze Manöver war als Angriff auf das Demonstrationsrecht erkennbar und sogar Heiner Geißler trat aus diesem Grund attac bei. Man kann davon ja ansonsten halten, was man will. Die Debatte war damit öffentlich gewonnen, ohne dass die Verunsicherung aufgehoben worden wäre. Dennoch bekam die Mobilisierung erheblichen Schwung.

Sicher hat das die Gesamtzahlen nach oben getrieben, aber gleichzeitig ein Problem geschaffen. Einige argumentieren völlig zu recht, dass staatliche Sicherheitsapparate ein Interesse an Gewaltbildern in Rostock haben mussten. Das war nicht nur an den erwähnten und anderen Aktionen der Bundespolizei erkennbar, sondern auch am widersprüchlichen Verhalten der für das Demonstrationsrecht zuständigen Polizeisonderkommission „Kavala“. Während die Kooperation mit dem Veranstalterkreis für die Großdemo gut und umfassend war, wurden Camps und Sternmarsch von Anfang an schikaniert. Letzterer wurde schließlich, ebenso wie alle Ersatzanmeldungen, ganz verboten.

Auch während der Demo wurde dieses widersprüchliche Polizeiverhalten deutlich. Während der Demonstrationen waren die Polizeikräfte nur schwach sichtbar, die Einsatzleitung war für die Demonstrationsleitung erreichbar, Probleme, wie über den Auftaktkundgebungen kreisende Hubschrauber der Bundespolizei, wurden geregelt. Das klappte nach den Vorfällen auf dem Platz der Abschlusskund-

gebung. Zwar steht eine exakte Rekonstruktion der Abläufe noch aus, aber die Eskalation setzte ein, nachdem DemoteilnehmerInnen zwei mit ihrem Auto auf dem Platz stehende Verkehrspolizisten angegriffen hatten. Polizeieinheiten trugen sofort zur Verschärfung bei, völlig Unbeteiligte wurden in die Geschehnisse hineingezogen, nach einer Weile wurden Wasserwerfer auf den Platz und wurden gegen große Teile der Kundgebung eingesetzt. Es spricht einiges dafür, dass die Polizei, so wie später für die Blockaden bewiesener Maßen, auch bei der Demonstration Spitzel und Agents Provocateurs auf dem Platz hatte.

Aber so sehr dieses Polizeiverhalten zu benennen und zu kritisieren ist, so sehr Bilder wie sie dann später durch die Medien gingen, auch dem Interesse des Bundesinnenministeriums und anderer entsprechen, es reicht als Erklärung nicht aus, weil es den an den Ereignissen beteiligten DemonstrantInnen den Status als politische Akteure nimmt. Zwar ist nicht auszuschließen, dass auch weniger politisch motivierte als nur einfach gerade auf Krawall gebürstete Personen beteiligt waren. Aber es gibt eben auch ein Spektrum, das solche Aktionen für richtig und notwendig hält. Das muss man nicht gut finden, ist aber angesichts der Gewaltverhältnisse in der Welt unvermeidlich und international Realität bei allen Großmobilisierungen.

Unsere Erwartung im Vorfeld, dass die nicht organisiert bei der Demo auftreten würden, weil es nirgendwo eine entsprechende Ankündigung gegeben hatte, war eine Fehleinschätzung. Ich nehme nicht an, dass man das Agieren der Beteiligten hätte ganz verhindern können, aber eine direkte politische Debatte mit ihnen über den Charakter der Demonstration wäre notwendig gewesen. Da waren Kinderwagen und Rollstühle und ich halte es für verantwortungslos, aus einer solchen Umgebung heraus auch dann noch die Auseinandersetzungen fortzusetzen und die Polizei anzugreifen, wenn sie den Platz verlassen hat. Das genau war mehrfach der Fall. Durch nichts zu rechtfertigen ist auch der massive Angriff auf die Verkehrspolizisten. Wir alle haben als Veranstalter der Demo und die IL als Aufruferin zum Block „Make Capitalism History“ eine Verantwortung für den Charakter der Demonstration und wir müssen zukünftig noch genauer darauf achten, dass der nicht so leicht enteignet werden kann.

Dennoch bleibt zu betonen, dass wir diese Fehler gemeinsam gemacht haben. Es gab keinen Bruch der Absprachen durch daran Beteiligte. Es gab keinen „Schwarzen Block“, der randaliert hat und von dem man sich abgrenzen müsste. Über 90 Prozent des „Make-Capitalism-History“-Blocks haben so agiert, wie es vorher vereinbart war. Alle anderen Vorwürfe entbehren jeder Grundlage.

### **„Wir sind gekommen um zu bleiben und jetzt bleiben wir!“**

Im Laufe der Woche haben dann gerade diejenigen politischen Kräfte, die diesen Block wesentlich mit getragen haben, ihre Verantwortlichkeit bewiesen. Die Demonstrationen am Sonntag (globale Landwirtschaft) und am Montag (Migration) fanden in einer sehr schwierigen Atmosphäre statt. Die PolizistInnen waren aufgehetzt, Lügenzitate (Red-

ner hätten gefordert, „den Krieg in die Demo zu tragen“ oder die Demoleitung habe zum Steine schmeißen aufgerufen) waren ihnen vorgesetzt worden und das gesamte Agieren blieb provokativ. Es gab zahllose Übergriffe, aber auch Widersprüche, wenn etwa der Einsatzleiter vor Ort keine Vermummten sah, der Hubschrauberpilot dagegen mehr als zweitausend. Nur der Ruhe und Disziplin der DemonstrantInnen ist es zu verdanken, dass es nicht zu erneuten Auseinandersetzungen kam.

Die JournalistInnen merkten das zum Teil schon am Montag und Dienstag. Die Polizeiführung trug mit ständigen Desinformationen ihren Teil dazu und am Mittwoch kippte die Stimmung. Über zehntausend Leute gingen in die Blockaden, umliefen die völlig desorientierte Polizei in breiten Reihen und machten Heiligendamm komplett dicht. Zwar wurde abends eine der drei Zufahrten wieder geräumt, aber erneut am Donnerstag geschlossen. Hier kam es auch wieder zu überhartem Vorgehen der Polizei. Gleichzeitig machte Greenpeace eine Aktion im Sperrgebiet auf der Ostsee, so dass auch von dieser Seite der Tagungsort eingeschlossen war. Am Donnerstagmorgen war das Zeitungsbild einheitlich: Die Bewegung hatte die Diskursheute zurückgewonnen.

Dabei waren es wieder die Teilnehmenden selbst, die eine beeindruckende Haltung zeigten. Vorsichtige Diskussionsansätze, die Blockade am Mittwochabend zu beenden („den politischen Erfolg kann uns keiner mehr nehmen und wer weiß, was die Polizei heute Nacht noch alles macht“), wurden vor allem von den jungen AktivistInnen empört zurückgewiesen: „Ihr habt gesagt, wir sind gekommen um zu bleiben. Und jetzt bleiben wir!“

Dabei waren im Vorfeld durchaus Zweifel am Gelingen vorhanden gewesen. Vor allem Teile des attac-Kokreises hatten Angst vor Eskalationsrisiken in den Blockaden. Das Block-G8-Bündnis reagierte darauf sehr umsichtig: In richtiger Wahrnehmung der entschlossenen Stimmung hielten sie an ihrem Aktionskonzept fest, verstärkten aber die Bemühungen, den lange diskutierten Konsens über den nicht eskalierenden Charakter der Aktion bekannt zu machen. Viele Diskussionen in den Camps, Aktionstrainings und klare öffentliche Aussagen („wenn die Polizei zu sehr eskaliert, brechen wir ab“) stellten für alle Beteiligten Klarheit her. Andere Aktionskonzepte waren zeitgleich, aber räumlich getrennt, möglich. Auch die anwesenden attacies plädierten in überwältigender Mehrheit für die Teilnahme an den Blockaden.

Insgesamt geht also die Bewegung gestärkt aus den Aktionen hervor: Massenmobilisierung in Deutschland ist möglich ohne den Apparat und die Finanzstärke einer Großorganisation. Und innerhalb der Bewegung ist es der aktionsorientierte Teil, der gewinnt: Camps und Blockaden hielten über ein Viertel der DemonstrantInnen vom 2. Juni in der Region. Schließlich haben sich in diesem Spektrum die linksradikalen Ansätze bewährt, die auf Selbstbewusstsein, Massenhaftigkeit und genaue Vorbereitung gesetzt hatten. Nun werden die Beteiligten wie etwa die IL zeigen müssen, dass sie Strukturen aufbauen können, die den anstehenden Aufgaben und Chancen gewachsen sind.

**Werner Rätz**

*aus: ak 518, 22.6.2007*

# Ein Ausdruck antagonistischer Politik

## Ein Gespräch über Paula, den schwarzen Block und gewaltförmigen Widerstand

32

Nach den Bildern von der Großdemonstration am 2. Juni war klar, dass auch Schwarz zum bunten Protest gegen den G8-Gipfel gehört. Während es bei der Rostocker Großdemonstration kaum möglich war, auf klare Absprachen zu verweisen, war es bei den Blockaden im Vorfeld ausgemacht, dass zwei von drei Zufahrtswegen nach Heiligendamm von Block G8 und eine Strecke durch die fantasievollen Ideen von Paula, d.h. Materialblockaden und gewaltförmige Auseinandersetzungen dicht gemacht werden sollte. ak sprach mit einer Genossin über den Erfolg des Konzepts.

**ak: Was wolltet ihr in Heiligendamm politisch umsetzen? Bist Du mit der Woche zufrieden?**

**Genossin:** Uns war es wichtig, dass auf unterschiedlichste Weise der Weltöffentlichkeit verdeutlicht wird, dass es Protest und Widerstand gegen die Politik der G8-Staaten gibt, denn die G8 stehen für rücksichtslose Ausbeutung, Unterdrückung, Kriege und Mord. Es war schön mitzuerleben, wie Tausende die Grenzen der Legalität überschritten haben, um ihrem Protest dagegen Ausdruck zu verleihen. Dazu gehörte das selbstverständliche Eindringen in das verbotene Gebiet am Zaun, die Sitzblockaden, die kleineren Barrikaden aus Baumstämmen und Steinen. Aber auch die Steinwürfe auf die Polizei am Rande der Großdemonstration am Samstag. Letztere haben durch ihre Bildgewalt auch Inhalte vermittelt: Es gibt Menschen, die der G8-Politik nicht nur zivilen Ungehorsam entgegensetzen wollen. Sie vermittelten damit einen Ausdruck von antagonistischer Politik, die ich immer noch im Klassenkampf als notwendig erachte. Und die Bilder zeigen auch: Wer die Spielregeln der kapitalistisch kontrollierten Gesellschaft verletzt, wird mit massiver Gewalt, Militär, Polizei, Tränengas und in anderen Teilen der Erde mit Gewehrkgeln konfrontiert.

**Wurden die Ereignisse von Samstag in Euren Zusammenhängen diskutiert? Selbstkritisch? Von Seiten der Interventionistischen Linken (IL) sollte die Demo ja anders verlaufen ...**

Ich weiß nicht, wie sich die IL den Verlauf der Demo vorgestellt hat. Im Nachhinein gab es jedenfalls sehr unterschiedliche Stellungnahmen aus den Reihen der IL. Ich glaube, die IL ist ebenso heterogen wie der ihr verwandte Schwarze Block. Egal, der Demo-Verlauf war tatsächlich für viele überraschend und die Militanz nicht angekündigt. Das zeichnet auch die radikale Linke aus, nicht kreuzbrav und berechenbar zu sein. Konventionelle Latschdemos gibt es doch genug. Außerdem sorgen unterschiedliche Blöcke auf einer Demo für ein tolerables Nebeneinander der Aktionsformen. Wer hier andere Garantien abgibt, ist entweder anmaßend oder naiv. Die konkreten Aktionen vom Samstag wurden ja überall diskutiert. Natürlich finden wir es nicht sinnvoll, aus den eigenen Reihen von weit hinten Steine zu werfen, die eigene Leute treffen können. Hier fehlen tatsäch-

lich Erfahrungen und Diskussionen, und es ist notwendig darauf zu reagieren, und auch Leute solidarisch, aber bestimmt zurechtzuweisen. Viel Diskussion gab es auch über die Beleidigungen und Distanzierungen auch aus Teilen des IL-Spektrums. Da waren viele richtig wütend. Das hatten wir nicht in der Form erwartet.

Vor all diesen Hintergründen freue ich mich um jeden, der versucht, die aufgetretene Massenmilitanz zu erklären. Aus unseren Reihen haben sich die Internationale Brigaden zu diesem Zweck zu Wort gemeldet: „Jetzt haben sich Tausende nicht mehr damit abgefunden, nur zu reagieren oder sich zu verteidigen, sondern haben selbst die Initiative übernommen und an dem Ort des G8-Gipfels, an dem sich die Macht der Herrschenden und die kapitalistische Ausbeutung manifestiert und der globale Krieg gegen die Menschheit ausgeweitet wird, mit vollem Bewusstsein angegriffen.“ Die komplette Erklärung gibt es auf der Webseite des dissent!-Netzwerks.

**Vom Konzept Paula war nicht viel zu sehen. Woran lag das eurer Meinung nach?**

Der Paula-Zusammenhang hat – keine Frage – wenige, aber gute Papiere geschrieben und zu Protesten mobilisiert. Sicherlich sind einige kleinere Aktionen darauf zurückzuführen. Ein Problem aber war: Paula war und blieb klandestin. Sie konnten bzw. wollten nicht öffentlich auftreten und Werbung machen, sondern mussten darauf setzen, dass sich Gruppen eigenständig organisieren und beteiligen. Das geschah so gut wie nicht. Das Konzept von Block G8 war dagegen den linken Verhältnissen angemessen und kompatibel. Ich würde mir wünschen, dass der Paula-Zusammenhang noch einmal öffentlich Stellung nimmt und über seine Schlüsse daraus berichtet.

**Mal ehrlich: Kommt man nicht umhin anzuerkennen, dass Block G8 viel mehr zum politischen Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung beigetragen hat als alle anderen Aktionsformen? Welche Schlussfolgerungen zieht ihr daraus?**

Ganz ehrlich: Ein großer Teil des Schwarzen Blocks hat an der Realisierung des Blockadekonzepts mitgewirkt. Es waren gerade die militanzerfahrenen Genossinnen und Genossen, die in den vordersten Reihen der Finger-Taktik entschlossen Wege suchten. Das ist auch gut so. Ich freue mich über den Erfolg von Block G8. Ich fand das Konzept aus taktischen Erwägungen gut. Es sprach breite Kreise an, es war niederschwellig, es führte Menschen an Aktionsformen des zivilen Ungehorsams heran und war in der Umsetzung entschlossen, also militant. Aber die Organisation, Mobilisierung und Umsetzung blieb – und das ist traurig – an Gruppen der radikalen Linken hängen. Einiges möchte ich noch kritisch anmerken, weil ich nicht zu dem Ergebnis kommen kann, Block G8 ist der Weisheit letzter Schluss und das zukunftsweisende Konzept für die revolutionäre Linke.

Nachdem während der Demonstration am 2. Juni aus dem schwarzen Block Banken gesmasht und Polizisten angegriffen wurden, die Polizei sich daraufhin nicht zurückzog, sondern Personal und Wasserwerfer auffuhr und es zu Straßenschlachten gekommen war, ist vielen Menschen aus Block G8 – deutlich gesagt – der Arsch auf Grundeis gegangen. Sie hatten Angst, dass es auch bei ihren Blockaden zu Stress mit der Staatsmacht kommen kann. Aus diesem Grund sahen sie sich offensichtlich gezwungen, sich von Vermummung und Militanz abzugrenzen oder gar an die Polizei mit einem Gesprächswunsch heranzutreten, um mit ihr die Blockaden abzusprechen. Das ist peinlich und hat den Geschmack eines

Befriedungskonzepts; faktische Befriedung schon deshalb, weil das Block G8-Konzept viele linksradikale Kräfte gebunden hat. Ich möchte nicht den Schluss ziehen, dass jeder, der friedliche Konzepte verfolgt, letztendlich bei Distanzierung oder gar Denunziation landen wird. Immerhin gab es ein paar Gegenbeispiele auch innerhalb von Block G8. Ich hoffe auch, dass sie aus ihrem Erfolg nicht folgern, zukünftig nur noch vergleichbare Konzepte zu machen. Denn allein damit werden wir den Kapitalismus nicht bezwingen.

**Interview: is./mb.**

*aus: ak 518, 22.6.2007*

## Connecting Words and Struggles

### Wie und wozu man auf der Straße und im Saal „Bündnispolitik“ betreibt

**Vielleicht hat sich der Zusammenhalt des Anti-G8-Bündnisses politisch nirgendwo deutlicher artikuliert als in dem tosenden Beifall, mit dem die erfolgreichen Blockaden des Mittwoch und Donnerstag auf der Abschlussveranstaltung des Alternativgipfels gefeiert wurden. Sandro Mezzadra, Redakteur des autonom-marxistischen Halbjahresmagazins Posse aus Bologna, hatte in den Blockaden den „definitiven Punkt der Übereinkunft der Bewegung der Bewegungen“ ausgemacht und bei den über tausend ZuhörerInnen dafür begeisterte Zustimmung gefunden. „Block G8“-AktivistInnen, die vor der Nikolaikirche anschließend Spenden sammelten, brachten in wenigen Minuten 2.000 Euro zusammen.**

Tatsächlich ist dieser Erfolg nicht nur das Resultat der Woche von Rostock, sondern die Bewährung eines zweijährigen Bündnisprozesses, in dem der linksradikale Komponente von Anfang an eine zentrale, bisweilen sogar die führende Rolle zukam. Sichtbar wurde dies in der Größe des offenen Blocks der Interventionistischen Linken (IL) auf der Demonstration des Samstags und in der öffentlichen Anerkennung, die der IL, aber auch dem dissent!- und dem X-tausendmal-quer-Netzwerk von den moderaten Partnern des Bündnisses zuteil wurde. Historisch drückt sich darin die Reife einer Neuformierung aus, in der sich eine weit vorangeschrittene, wenn auch noch nicht abgeschlossene (Selbst-) Kritik des Linksradikalismus der 1970er bis 1990er Jahre mit strategischen Reflexionen auflädt, die ihren Bezugspunkt in den Ereignissen von Seattle und Genua finden.

Gleichwohl hätte die ganze Mobilisierung scheitern können. Daran haben das Schäuble-Ministerium, ihm unterstellte „Sicherheitskräfte“ und bestimmte Reflexe der massenmedialen Öffentlichkeit gearbeitet: im Vorfeld mit gewaltsamen, zum Teil offen rechtswidrigen Polizeiaktionen und einer ganzen Welle hysterischer Denunziation, vor Ort fortgesetzt

mit wiederum rechtswidrigen und äußerst brutalen Angriffen, die erneut durch systematische Verleumdung und dreiste Lügen legitimiert werden sollten. Gearbeitet haben daran aber auch diejenigen, die am Samstag aus der unfreiwilligen Deckung der Demonstration heraus eine Form der Militanz praktizierten, die auf schwerste Verletzungen von Personen zielte, solche auch unter den eigenen Leuten in Kauf nahm und im übrigen von Aktionen der militanten Selbstverteidigung streng unterschieden werden muss. Zu nicht unerheblichen Belastungen führten schließlich, wenn auch in jeweils umgekehrter Tendenz, mit heißer Nadel gestrickte „Erklärungen“ sowohl aus den Reihen attac wie aus denen der IL. Dem wirkten andere Äußerungen und der Umstand entgegen, dass die Kommunikation zu keiner Zeit ganz abbriss. Über all' das wird bald und in solidarischer Weise zu reden sein.

Auf einer ersten Diskussion der Vorfälle im Anschluss an das offene Treffen der IL am Sonntag wurde zu Recht gefordert, die Kritik an einer bloß noch destruktiven, auch selbstdestruktiven Gewalt aus einer alternativen Praxis heraus zu entwickeln und in ihr zu bewähren. Genau eine solche Kritik haben die Blockaden geleistet, die zivilen Ungehorsam und rebellischen Widerstand zur breiten, von ganz unterschiedlichen Leuten geteilten Praxis werden ließen. Einer Praxis, deren zugleich subversiver wie emanzipatorischer Charakter sich nicht nur im gesamten Bündnis, sondern auch in der weiteren Öffentlichkeit unmittelbar mitteilte: „Bilder sagen mehr als tausend Worte.“ (1) Genau dies hat zuvor aber auch die linke und linksradikale Bündnispolitik getan, in der Vorbereitung und Durchführung der Protestwoche wie in der konzeptionellen Beteiligung an ihren einzelnen „Modulen“. Letzteres soll im folgenden anhand der „Satelliten-Veranstaltung“ des Sonntags und des Alternativgipfel-Workshops Globale Soziale Rechte ausgeführt und in einer abschließenden strategischen Reflexion verdichtet werden.

## Kritik an der Praxis der Bewegung

34

Beide Veranstaltungen gingen auf eine Konferenz zurück, die attac, die entwicklungspolitischen NGOs medico international und FIAN, das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal und die Grundsatzabteilung der IG Metall am 27. Februar unter dem Titel „Globale Soziale Rechte – Für eine andere Globalisierung“ in Frankfurt organisiert hatten. Das mehr als ungewöhnliche Bündnis verstand die Konferenz ausdrücklich als Beitrag zur Mobilisierung nach Heiligendamm. Ausgangspunkt war die gemeinsame Erfahrung, im jeweils eigenen Feld auf den Begriff und die Sache der Globalen Sozialen Rechte gestoßen zu sein. Gemeinsam war auch die Unterstellung, in der strategischen Wendung auf über den Nationalstaat hinausreichende Soziale Rechte eine erste Antwort auf die Verwerfungen kapitalistischer Globalisierung gefunden zu haben. Gemeinsam schließlich die Entscheidung, das Fundstück nicht hochzujubeln, sondern kritisch auf sein politisches Potenzial zu prüfen. Das taten die 130 TeilnehmerInnen dann auch in einer Folge ausgesprochen lebendiger Diskussionen, die von 10 Uhr morgens bis 23 Uhr abends andauerten. Den vorläufigen Abschluss markierte Hans Jürgen Urban von der Grundsatzabteilung der IG Metall. Er verortete die gewerkschaftlichen, internationalistischen und antirassistischen Auseinandersetzungen um Globale Soziale Rechte im offenen Horizont eines sich formierenden anti-neoliberalen Gesellschaftsprojekts und machte in einer Allianz von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen dessen möglichen Träger aus – wobei die Gewerkschaften sich dazu von der Sozialdemokratie trennen und in eine soziale Bewegung verwandeln müssten. Der nächste Ort der Durchsetzung eines solchen Projekts sei für uns der europäische Raum, die nächste Bewährungsprobe der Kampf um die „Konstitution“ der EU – das Wort im doppelten Sinn verstanden: als formelle Verfassung und als Prozess der Hervorbringung.

Der Erfolg der Konferenz führte ihre miteinander ja nicht gerade sehr vertrauten Veranstalter dazu, die Diskussion in Rostock fortsetzen zu wollen. Die erste Gelegenheit dafür war die Satelliten-Veranstaltung am Sonntag nach der Demo, an der sich neben dem Frankfurter Bündnis noch die Friedens- und Zukunftswerkstatt, die Euromärsche und die IL beteiligten. Vor 700 TeilnehmerInnen wiederholte die IG Metall-Grundsatzabteilung ihren Vorschlag einer europaweiten Zusammenführung verschiedener sozialer Kämpfe und setzte ihn der Probe durch die anderen RednerInnen aus. Lucille Daumas von attac Marokko verlangte von einem „anderen Europa“ offene Grenzen und die Anerkennung des Rechts auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit. Gyekye Tanoh vom African Trade Network sah den Beginn einer Zusammenführung der Kämpfe im gemeinsamen Widerstand gegen die EPA-Abkommen, mit denen die EU die afrikanischen Staaten ihren Handels- und Rohstoffinteressen unterwerfen will. Miroslav Prokes vom tschechischen Sozialforum fragte nach dem Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten und der Rolle der EU-Militärpolitik im Einigungsprozess. Angela Klein von den Euromärschen führte die einzelnen Beiträge zusammen und bezog sie noch einmal auf den Kampf um die Konstitution Europas. Im Anschluss teilten sich die TeilnehmerInnen auf unterschiedliche Netzwerktreffen auf.

Die über 100 TeilnehmerInnen des im Rahmen des Alternativgipfels durchgeführten Workshops analysierten am Mittwoch in der Petrikerkirche vier Stunden lang die unterschiedlichen Auseinandersetzungen um Globale Soziale Rechte. medico und FIAN nehmen Begriff und Sache wörtlich: geht es ihnen doch um das globale Recht auf den gleichen Zugang aller zu Gesundheit (medico) bzw. das globale Recht aller auf Nahrungssicherheit (FIAN) und damit um ein Leben und Überleben in Würde. Für beide NGOs sind die eingeforderten Rechte nur auf der Grundlage eines Ressourcentransfers von Nord nach Süd durchzusetzen. Sie sind sich klar darüber, dass dies nur durch eine Umwälzung der aktuellen Machtverhältnisse zu erreichen sein wird, in denen der Ressourcentransfer bekanntlich in umgekehrter Richtung verläuft. Sie wissen, dass eine solche Umwälzung nur in der globalen Kooperation sozialer Bewegungen erreicht werden kann.

Für GewerkschafterInnen geht es im Kampf um Globale Soziale Rechte erst einmal um die Transnationalisierung ihres „Kerngeschäfts“ in zunächst konzernweiten Kooperationen ihrer noch immer national beschränkten Organisationen. kein mensch ist illegal bestand darauf, dass die Transnationalisierung von Arbeitskämpfen schon im eigenen Land beginnt, im gemeinsamen Widerstand weißer und migranischer ArbeiterInnen gegen untertarifliche Ausbeutungsverhältnisse und im Kampf für ein Recht auf Legalisierung des Aufenthalts. Valery Alzaga von der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU führte überzeugend aus, dass das nur um den Preis der Rückverwandlung von Gewerkschaften in Bewegungen erreicht werden kann, für die der Begriff des „social movement unionism“ steht.

## Über Europa (hinaus) – Beyond Europe

Neu an Bord war schließlich die Umweltorganisation Greenpeace. Deren Mitarbeiterin Barbara Kamradt bestimmte den Preis einer Globalen Ökologischen Gerechtigkeit und bestand auf der Dringlichkeit einer ihr angemessenen Verwandlung der herrschenden Produktions- und Konsumweisen. Den Bezug auf die EU stellte diesmal Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) her, parteiloser Abgeordneter im Europaparlament.

Wenn auch nicht unbedingt in linker Rhetorik und linksradikaler Absicht geführt, entspann sich derart ein Prozess, der allen Beteiligten abverlangt, von der jeweils eigenen Position aus nach links zu driften. Nimmt man die drei Veranstaltungen in ihrem Zusammenhang, wird deutlich, wie verfehlt der Vorwurf der „Orientierung auf den Event“ ist, der gegen die Heiligendamm-Mobilisierung gerichtet wurde. (2) Umgekehrt wird ein Schuh draus: der Event wurde zum mehr oder minder zufälligen und zugleich längst erwarteten Anlass, Debatten zu kreuzen und dabei auf ihren eigenen und zugleich gemeinsamen Punkt zu bringen.

Wenn die Ereignisse des Samstags nicht zur Spaltung des Bündnisses führten, lag das auch an solchen eher unscheinbaren, aber umso nachhaltigeren, weil auf längere Sicht Vertrauen schaffenden Aushandlungen. Dem entspricht, dass die VeranstalterInnen in der nächsten Zeit auf der Grundlage eines noch zu formulierenden Papiers zusam-

men auf Tour gehen wollen, um ihre Debatten durchs Land zu tragen. Einladungen können von allen Seiten ausgesprochen werden: von einem Ortskartell der IG Metall, von der attac-Sommerakademie, von einer Mitgliedsgruppe der IL.

### **Kampf um Globale Soziale Rechte**

Natürlich werden Bündnisse zunächst einmal geschlossen, um zu einem begrenzten Zweck mehr Leute zusammen zu bringen als dies die Partner solcher Unternehmungen alleine könnten. Dem quantitativen Begriff von Bündnispolitik ist dann allerdings ein qualitativer Begriff an die Seite zu stellen. Dem geht es nicht um die größtmögliche Zahl, sondern um die Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Akteurs und um eine effektive Intervention in die gesellschaftlichen Verhältnisse: letzteres in dem weit reichenden Sinn genommen, auf den der Name einer „Interventionistischen“ Linken anspielt. Verspielt hat dabei von Anfang an, wer machtpolitisch auf Vereinheitlichung und folglich auf die Löschung von Differenzen setzt. Statt dessen geht es qualitativer Bündnispolitik um die produktive Organisation

bleibender Unterschiede und deren jeweils eigensinnige Drift nach links. Auf dem Abschlusspodium des Alternativgipfels hat Sandro Mezzadra einer so verstandenen linken Bündnispolitik die Aufgabe einer „verschiedensprachlichen Übersetzung“ im Streit für „das Gemeinsame“ zugemutet, „das wir meinen, wenn wir über die vielfältigen Kämpfe reden, in denen sich die Multitude bildet.“ (3) Die hier beschriebenen Debatten, die Blockaden, die Konzerte und natürlich die 60.000 DemonstrantInnen des Samstags haben darin einen Anfang markiert, den zu radikalisieren sich lohnen wird.

**Thomas Seibert**

Anmerkungen:

- 1) Abschlusserklärung der IL, s. [www.g8-2007.de](http://www.g8-2007.de)
- 2) Bleibt zu erwähnen, dass die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE am Dienstag im Rahmen ihrer „Angehörungen“ im Bad Döberaner Festzelt ebenfalls eine Veranstaltung zu Globalen Sozialen Rechten durchgeführt und dazu VertreterInnen von medico, FIAN und der Clean Clothes Campaign geladen hat.
- 3) Sandro Mezzadra: Living in Transition. Manuskript

*aus: ak 518, 22.6.2007*

# **Bilderproduktion und Rekonstruktion der Linken**

## **Der G8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination**

**Es ist gelungen. Die lange Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, die sich seit Frühjahr nochmals enorm intensiviert, trug die Anliegen der globalisierungskritischen Bewegung in eine breite Öffentlichkeit und sorgte für innerlinke Verständigungsprozesse. Seit 20 Jahren wurde nicht mehr in einer derartigen Breite kritisch über gesellschaftliche Entwicklungen und Verhältnisse informiert und diskutiert. „Heiligendamm“ ist ein Einschnitt in die Geschichte linker Kritik und Bewegungen in diesem Land – vielleicht sogar mit Auswirkungen auf Nachbarländer.**

Wie tief und nachhaltig dieser Einschnitt ist, wird sich zeigen. Deutlich wurde aber: Es handelte sich ein Stück weit um jene Pluralität, die Bewegungen heute benötigen: gegenseitige Bezugnahme aufeinander, gemeinsames Tun, aber auch Streit und markierte Differenzen. Öffentliche Glaubwürdigkeit durch Argumente und scharfe Kritik. Hier fanden Lernprozesse statt, die vor einigen Jahren kaum für möglich gehalten wurden. Die Bewegungen sind, so scheint es, auch numerisch gewachsen, denn viele, vor allem junge Menschen, haben sich hier erstmals engagiert. Der Umgang mit den Parteien – insbesondere mit der Linkspartei – war entspannt und kooperativ. Insofern war der G8-Prozess in der Tat ein Kristallisationsmoment für eine breite Linke. Zudem kann meines Erachtens im gesamten Prozess eine Politisierung nach links festgestellt werden. Überraschend war weniger die enorme mediale Präsenz von attac als die

deutlich anti-kapitalistischen Inhalte und die Bedeutung der Interventionistischen Linken (IL) im Vorbereitungsprozess und auch in der breiten Öffentlichkeit – und zwar nicht nur als Objekt der Razzien, sondern als inhaltlich profilierter Akteur. Ikonisches Beispiel ist aus meiner Sicht, dass das ZEIT-Dossier am 31. Mai 2007 nicht Sven Giegold oder Peter Wahl porträtierte, sondern „Alt-Sponti“ Thomas Seibert. Die Delegitimierung der Proteste ist nicht gelungen. Wer nur auf den Samstag schielt (siehe unten), unterschlägt die Breite und Intensität des langen Prozesses.

### **Die Ambivalenz der „breiten Öffentlichkeit“**

Die Globalisierungskritik hat also einen tüchtigen Schritt nach links gemacht und ist vom Establishment mehr denn je aufgenommen worden. Nach Heiner Geißler wäre nun Herbert Grönemeyer der nächste Kandidat auf eine Promi-Mitgliedschaft bei attac, was wichtig für eine Verbreiterung wäre. Der Kampf gegen die staatliche und publizistische Meinungsmaschinerie war in der Gesamtbilanz nicht zu gewinnen, doch es ist kräftig gepunktet worden, und das könnte wirklich in eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse münden. Das bedeutet ganz allgemein, dass es herrschenden Kräften und Institutionen weniger als bisher gelingt, ihre Projekte und Politiken durchzusetzen, und dass nach und nach alternative Projekte entstehen. Denn das steht an und ist das Ziel.

Auf dem „Gipfel“ selbst wurde Symbolik wirkungsmächtig: Hier kamen die Weltenlenker zusammen, die fünf andere wichtige Regierungen einbanden (Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika) und einige afrikanische Präsidenten hinzuholten: „Sehr her, wir steuern nicht nur die Welt, sondern holen die aufstrebenden und am stärksten betroffenen Länder hinzu, um gemeinsam mit ihnen die Probleme zu lösen!“ Das war die Message, und die wurde auch transportiert. Die Bild-Zeitung erklärte die Bundeskanzlerin Merkel zur „Miss World“, weil sie „Klimaschutz durchgesetzt“, „Mehr Geld für Afrika“ organisiert und „Bush & Putin versöhnt“ habe. Das war nicht zu vermeiden, denn die Inszenierung eines „erfolgreichen G8-Gipfels“ war zu gut geplant – inklusive krasser Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Vorfeld, damit es dann auch wirklich etwas zum Versöhnen gab – und die meisten Medien machten eben mit. Dennoch kam hinsichtlich der breiteren gesellschaftlichen Einschätzung durchaus „Unterstützung“ vom G8-Treffen selbst. Die unverbindlichen Ergebnisse wurden durchaus kritisiert und unterstrichen die politische Kritik der Protestierenden. Jean Ziegler's Prognose bei der Eröffnungsveranstaltung des Alternativkongresses, dies werde der letzte G8-Gipfel sein, wird sich dennoch nicht bewahrheiten.

Neben der Demo, den drei thematischen Aktionstagen und vielen Einzelaktionen waren die Blockaden am Mittwoch und Donnerstag der Kern der Proteste in der Woche selbst. Sie waren großartig durch die konkrete Behinderung und die produzierten Bilder. Etwa 13.000 Menschen nahmen an den Blockaden teil, die insgesamt hervorragend organisiert waren (die meisten im Rahmen der „Block-G8“-Initiative). Allerdings mangelte es den Blockaden an inhaltlicher Ausstrahlung, die auch schwierig herzustellen war. Der mit fast 2.000 Teilnehmenden große, aber medial natürlich nicht so wichtige Alternativkongress war eine wichtige Ergänzung. Neben den genannten Dimensionen wurde die ambivalente Bedeutung der breiten („bürgerlichen“) Öffentlichkeit deutlich. Zum einen wurde wie selten zuvor über die Anliegen der linken Bewegungen und NGOs informiert: über vielfältige Triebkräfte und Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung, über konkrete politische Kampagnen und Alternativen. Zum anderen war die Berichterstattung teilweise sinnentstellend und setzte immer wieder auf Spaltung – die Meldungen der Polizei ohnehin, aber auch die vieler Medien. Herausragende Beispiele sind der von der DPA weit verbreitete angebliche Aufruf von Walden Bello – „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration tragen“ –, was er weder gesagt hatte noch so übersetzt wurde (vgl. die Chronologie eines Zitats bei [www.stefan-niggemeier.de](http://www.stefan-niggemeier.de)), sowie die unverschämten Berichte der Polizei über angebliche gewaltbereite und Steine werfende DemonstrantInnen am ersten Tag der Blockaden. Der beschriebene Sachverhalt könnte jedoch einen positiven Effekt haben. Denn es wurde deutlich, dass auf eine breite „Öffentlichkeit“ nur begrenzt zu setzen ist, wenn sich die Staatsmacht symbolisch wirklich angegriffen fühlt. Die Medien glauben allemal mehr den Polizeiberichten. Dies könnte eine Dynamik auslösen hin zu noch stärkerer unabhängiger Berichterstattung. Und zu einem noch kritischeren Umgang mit der „breiten Öffentlichkeit“, die gleichwohl entscheidend bleibt. Die Proteste samt ihren langen Vorbereitungsprozessen sind

vorbei: Es folgen die Auswertung und vor allem die Frage: wie weiter? Inwiefern ordnet sich das (gesellschaftliche wie linke) politische Feld neu? Inwieweit wird der G8-Prozess nun wirklich zu einem Prozess der Rekonstitution der Linken im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen?

### **Vorschnelle Aufrufe zu Spaltung und Denunziation**

„Poner el cuerpo“ heißt es in den Bewegungen Lateinamerikas – den Körper einsetzen, allgemeiner: etwas riskieren. Das ist der Fall im Moment des Protests und möglicher Konfrontation, und diese Erfahrung muss übertragen (nicht als persönliche, sondern als kollektive) und ausgeweitet werden auf die Gesellschaft, d.h. als Entwicklung rebellischen Bewusstseins, der praktischen Kritik der Verhältnisse entlang vieler Konfliktlinien, beim Aufbau alternativer Strukturen und der Veränderung bestehender Institutionen. Die schwierige „Übersetzung“ der jüngsten Mobilisierungserfahrungen in die Tagespolitik und in den Alltag steht nun an.

Das politische Establishment muss ja immer noch recht wenig auf Proteste reagieren. Und diese müssen sich in einem Klima von zunehmender Konkurrenz und Angst entwickeln, was einen großen Unterschied zur Entwicklung einer Protestkultur vor 40 Jahren darstellt. Gleichwohl müssen auch mit „Heiligendamm“ soziale und politische Resonanzen erzeugt werden, die dann zu Dissens, kritischem Nachdenken und Handeln führen.

In den Tagen nach der Demonstration am Samstag in Rostock gab es heftige interne und öffentliche Diskussionen um die Rolle physischer Gewalt, die von Bewegungen ausgeht. War es zuerst die Aggression des „Schwarzen Blocks“, antwortete dieser auf Provokationen der Polizei, hätte die Demo besser von den OrganisatorInnen „gesichert“ werden müssen, um das Steinewerfen zu verhindern? Fast mit Erleichterung aufgenommen wurde dann am Donnerstag die Meldung (groß bei Spiegel online und in der taz), dass offenbar ein Polizei- oder BND-Provokateur bei den Blockaden am Mittwoch anfangen wollte, mit Steinen zu werfen, enttarnt wurde und dann zur Polizei überlief und dort abtauchte. Mit großem Applaus wurde die Äußerung von Susan George von attac Frankreich bedacht, dass die Ausschreitungen am Samstag der Regierung in die Hand spielten, denn so konnte sie die enormen Ausgaben und all die Maßnahmen zum Ausbau der „inneren Sicherheit“ rechtfertigen. Wenn es diese nicht gegeben hätte, so George, hätte die Regierung die offene Konfrontation samt Bildern produzieren müssen.

So wichtig diese Dimensionen sind: Die Bilder vom Samstag rechtfertigten nicht die Einschätzung, dass alles nur ein Unfall war von einigen Durchgeknallten oder ausschließlich eine Provokation der Polizei. Letzteres ist auch der Fall gewesen. Doch für die Einschätzung der Dynamik der Proteste reicht das nicht. Es ging – in einer unglaublich zugespitzten Situation, denn das Ganze drohte zu kippen, und niemand wusste, was nun bei den Blockaden am Mittwoch und Donnerstag passieren würde – um die Durchführung der Blockaden und um ein positives Image der Proteste. Die

Interviews und Meldungen überschlugen sich: Distanzierungen allerorten – mit „denen“ nicht mehr! –, sogar der Aufruf zur Denunziation der „Gewalttätigen“ durch einen Protest-Organisator.

Kritisiert wurde mitunter auch eine „falsche Toleranz“ im Vorfeld, da die Frage physischer Gewalt im Ringen um ein breites Bündnis hintenangestellt wurde. Deshalb sei es zu einer Instrumentalisierung der friedlichen Proteste gekommen. Doch selbst wenn es expliziter thematisiert worden wäre, was hätte das praktisch bedeutet? Hätten die Autonomen nicht zur Demo zugelassen werden sollen?

Mit etwas Abstand und innerhalb der Linken sollte aber noch mal genauer nachgedacht werden. Um das klarzustellen: Die Unverantwortlichkeit vieler Protestierender gegenüber anderen (gegenüber PolizistInnen und anderen Protestierenden) beim Steinwerfen ist inakzeptabel – aus gesundheitlichen wie auch aus politischen Gründen. Die Ablehnung physischer Gewalt gegen andere Personen, wenn man selbst nicht bedroht ist – die Einschätzungen, wann das der Fall ist, gehen bekanntlich auseinander –, ist die Bottom-Line emanzipatorischen Handelns. (Man muss nicht gleich die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols stark machen, um „Autonomen-Gewalt“ zu kritisieren, wie Michael Jäger im Freitag vom 8. Juni 2007.)

### **Schwarzer Block und Aufrüstung der Staatsmacht**

Das interessanteste Moment nach dem Samstag war wohl, dass sich entgegen den Aussagen der Bewegungs-„RepräsentantInnen“ – inklusive der Forderung, die Blockaden abzusagen – die Basis nicht spalten lassen wollte. Und die Distanzierungen lösen ja nicht die politische Tatsache, dass ein breites autonomes Spektrum existiert, das Teil der Proteste ist. Die Autonomen haben sich nicht „drangehängt“ oder die Anti-G8-Mobilisierungen instrumentalisiert (allerdings einige von ihnen die Demo aus meiner Sicht sehr wohl), sondern waren Teil davon – und zwar ein ziemlich dynamischer. Daher muss politisch diskutiert werden: Zentral für anarchistische und viele autonome Gruppen ist aufgrund ihrer politischen Analyse, dass es neben der Schaffung autonomer Räume um die Konfrontation mit Staat und Kapital geht sowie – für viele von ihnen – politisch um die Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche. Die Gewalt gegen die Polizei ist für diese Fraktion nichts im Vergleich zur Gewalt von Staat und Kapital. Viele aus diesem Spektrum wollen nicht Teil eines aus ihrer Sicht liberalen Pluralismus sein. Die Frage ist nicht neu, aber eben relevant: Was steht dahinter für eine Weltsicht und – noch wichtiger – welche Erfahrungen drücken sich darin aus? Dass die Staatsmacht nicht nur Razzien durchführt und hochgerüstet bei der Demo präsent ist, sondern in vielen anderen Fällen selbst alternative Lebensformen zu unterlaufen versucht, muss Teil einer solchen Reflexion sein.

Es gab sicherlich viel situative und mackermäßige Lust auf Gewalt bei der Demo (vgl. ein anonymisiertes Interview in der taz vom 4. Juni 2007), aber eben gewollt von anarchistischen und autonomen Gruppen. In der Situation wird eruptiv Handlungsfähigkeit hergestellt und Gegenmacht symbo-

lisiert, die in andere Situationen getragen werden soll. Ihnen geht es nicht darum, über öffentliche Auseinandersetzungen und breite Bündnisse gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verschieben. Dass sie damit die Anliegen anderer Spektren konterkarieren, scheint ihnen uninteressant. Insofern waren die gut gemeinten Versuche der Interventionistischen Linken, diese Spektren einzubinden, ein Versuch, der vielleicht scheitern musste. Die IL muss sich fragen, ob sie nicht einem Absprachemythos aufgefressen ist. Hätte die Demonstration wirklich kontrolliert verlaufen können bzw. hätten sich alle in eine andere Demonstrationsdynamik einbinden lassen? Was im Vorfeld vielleicht auch gefehlt hat, waren Absprachen, wie man mit „Krawallen“ öffentlich umgeht, ohne dem Zwang zum spaltenden Bekenntnis zu erliegen. Wir sollten auch nicht der Gefahr erliegen, ein „vernünftiges“ post-autonomes Spektrum (Teile der IL, wobei diffus ist, was das bedeutet) von „irrationalen“ Autonomen abzugrenzen.

Daran schließt sich die Frage an: Warum hat sich aus dem autonomen Dissent!-Spektrum niemand geäußert? Denn das kann ja nicht nur daran liegen, dass niemand für das gesamte Spektrum spricht. Der zentrale Widerspruch anarchistischer und autonomer Gruppen bleibt, dass sie nicht Teil des Spektakels sein wollen – was sie anderen Spektren mit deren Blick auf eine breite Öffentlichkeit unterstellen –, es aber bei solchen Aktionen definitiv sind und dass sie die Aufrüstung der Staatsmacht legitimieren, die sie bekämpfen wollen.

Eine Stärkung der Linken kann nicht darüber geschehen, dass apodiktisch für den Ausschluss autonomer Positionen plädiert wird. Ich vermute (ich weiß es nicht und will es auch nicht wissen!), dass Menschen im Schwarzen Block mitlaufen und vielleicht sogar agieren, die sich ansonsten in ähnlichen politischen Zusammenhängen bewegen wie viele der anderen DemonstrationsteilnehmerInnen.

### **Das kapitalistische System über den Haufen rennen?**

Meines Erachtens müssen diese – ja keineswegs neuen – Sachverhalte in der aktuellen Situation diskutiert werden. Das kann mit der Orientierung hin zu einer „post-autonomen Linken“ laufen oder anderweitig. Es sollte aber nicht auf die „Gewaltfrage“ und die Frage der Instrumentalisierung reduziert werden; der Schwarze Block sollte nicht zum amorphen Gegenstand von Abgrenzungsdebatten werden. Wie kommen wir also darum herum, einen Teil der linksradikalen Szene, die eine lange theoretische und praktische Tradition hat, einfach auszugrenzen und einen politischen „Bruch“ zu fordern?

Dann geht es um Einschätzungen, inwieweit über Öffentlichkeit bzw. Spektakel gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden können. Jene (inklusive meiner selbst), die hegemoniepolitisch argumentieren, kommen nicht um die Tatsache herum, dass Hegemonie mit Zwang gepanzert bleibt und dass emanzipatorische Veränderung auch über Brüche geschieht. Ich selbst würde sagen, dass es durchaus um ein „reflektiertes Spektakel“ geht. Aber dabei sollte man ein positives Image in der Öffentlichkeit nicht mit dem

Unterlaufen der bestehenden neoliberalen und imperialen Hegemonie und dem Aufbau alternativer Lebensformen verwechseln. Der Kampf um die Köpfe und Herzen ist komplexer, und deshalb sollten die jüngsten Proteste auch keineswegs überschätzt werden. Die Kultur des Marktes, des an Konkurrenz orientierten Individualismus und die Kultur der Angst, die emanzipatorisches Denken und Handeln so schwierig machen, sind damit nicht beseitigt. Wie kann diesbezüglich die G8-Mobilisierung fruchtbar gemacht werden unter Einschluss linksradikaler Perspektiven (und in scharfer Abgrenzung von unnötiger physischer Gewalt gegen andere Menschen)?

## **Gesellschaftsveränderung, Hegemonie und Macht**

Ich komme zu keiner abschließenden Einschätzung, denn die Interpretation dessen, was der G8-Prozess war, ist Teil politischer Auseinandersetzungen und Imaginationen des Politischen. Wo öffnen sich Räume, was muss geschehen? Die Politisierung und (Selbst-)Organisation von Menschen ist zudem ein derartig vielfältiger Prozess, dass darüber nur begrenzt im Sinne eines „wie weiter?“ reflektiert werden kann.

Mobilisierungen setzen darauf, auf sich selbst zu vertrauen: To make a difference. Und die durch Heiligendamm markierte Differenz ist enorm. Gleichwohl bekam dieser Prozess eine Schlagseite, den man als Bewegungsfetischismus bezeichnen könnte und der sich insbesondere in der Flugschrift G8Xtra repräsentierte. Es wurde der Eindruck erweckt, dass „wir“ nur stark genug sein müssen, um das kapitalistische System buchstäblich über den Haufen zu rennen. Kommunismus. Die Fokussierung auf außerinstitutionelle Bewegung machte in Zeiten der Mobilisierung Sinn, müsste aber meines Erachtens nun deutlich ausgeweitet werden (etwa um die Auseinandersetzungen um Studiengebühren oder gewerkschaftliche Kämpfe in Unternehmen), ohne einseitig auf Repräsentation zu setzen, sondern um das Selbst-Vertrauen weiterzuentwickeln. Die Rolle von NGOs und kritischer Wissenschaft sind hier genauso zu thematisieren wie die drängende Frage nach der Position der Gewerkschaften.

Damit verbunden muss die „Organisierungsfrage“ schärfer konturiert werden, in die eben die Erfahrungen der letzten Monate einfließen. Denn die Mobilisierungen nach Heiligendamm zeigten auch, dass und wie viele unorganisierte Menschen daran teilnahmen. Organisation läuft wahrscheinlich nicht immer nach dem durchaus erfolgreichen Modell von Ortsgruppen und bundesweiten Arbeitsgruppen wie bei attac, aber es bedarf wohl schon der Anstöße durch über die lokale Gruppe hinausgehende Zusammenhänge.

Eine der dringendsten Aufgaben linker Analyse ist etwas, das im Mobilisierungsprozess unterging. Es wurde kaum der Versuch unternommen, zu einer Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse hierzulande zu kommen (deutlich etwa an der zentralen Mobilisierungsbroschüre „Die Deutung der Welt“ der Redaktionen von analyse & kritik, Fantômas, arranca! und so oder so). Ein Beispiel: Die abstrakte Rede von der notwendi-

gen „antagonistischen Politik“ (in G8Xtra und insbesondere durch die IL) lässt, auch wenn man sie dauernd wiederholt, die Frage unbeantwortet: Was ist historisch-konkret der Antagonismus? Macht der Begriff Sinn, oder peppt er einen unausgesprochenen Hauptwiderspruch auf? Das ist ja eine entscheidende Frage, und deren – wohl keineswegs einheitliche – Beantwortung muss ein kollektives Unterfangen sein. Aus der Analyse der gegenwärtigen Situation heraus können Korridore und Felder politischen Handelns bestimmt und in unterschiedliche Praxen „übersetzt“ werden.

Zur Frage von Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Veränderung: Die Entstehung anderer Formen des Zusammenlebens und von Politik, neuer Produktions- und Konsumnormen bedarf der Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und damit auch der bürgerlichen Öffentlichkeit. Dennoch ist das Politikmodell „gute Öffentlichkeit = immer mehr Menschen werden überzeugt = so kann eine linke Hegemonie entstehen“ unterkomplex. Es geht nicht nur um gute Argumente sowie geistige und moralische Überlegenheit, sondern um Machtfragen, die höchst asymmetrisch gestellt werden. Radikalere Veränderungsvorstellungen sind aktuell in einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Deshalb sollten sie aber trotzdem weiterhin entwickelt und gelebt werden. Was bedeutet das konkret? Das sollte nicht im Sinne einer „Zuspitzung der Widersprüche“ geschehen (der Staat zeigt seine Fratze), aber eben als Konstitutionsprozess anderer Lebensweisen und Politikformen, die mit den bestehenden brechen.

Im Anschluss an die oben angestellten Überlegungen: Wie geht die Linke damit um, dass der von den meisten praktizierte „liberale Pluralismus“ in weiten Teilen des anarchistischen und autonomen Spektrums als wenig erstrebenswert gesehen wird? Wie kann man verhindern, dass er von diesen Fraktionen instrumentalisiert wird? Was bedeutet „reflektiertes Spektakel“, das nur ein kleiner Teil jener vielfältigen Anstrengungen ist, Machtverhältnisse allerorten zu verändern und aufzulösen, Kräfteverhältnisse zu verschieben und konkrete Alternativen zu entwickeln?

Gefüllt werden muss hier auch, was man als „imperiale Leerstelle“ bezeichnen könnte. Inwieweit können in einer metropolitenen Gesellschaft wie der bundesdeutschen mit ihrer komplexen Integration in weltpolitische und weltwirtschaftliche Zusammenhänge Lebensformen derart radikal verändert werden, dass sie weltgesellschaftlich verallgemeinerbar sind? Die Thematisierung der Klimaerwärmung und der energetischen Ressourcen öffnet hier Spielräume, die inhaltlich und politisch-strategisch gefüllt werden müssen. Bislang handelt es sich weitgehend um einen blinden Fleck, der allenfalls von Vorschlägen ökologischer Modernisierung, höherer Energieeffizienz und moralischen Appellen des Energiesparens gefüllt wird.

## **Kein Zurück zur Fixierung auf den Staat!**

Schließlich das Verhältnis zu Parteien. Eine Woche nach dem Ende der G8-Proteste bestimmt wieder ein anderes Bild linker Politik die Medien: der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linkspartei. Auch auf diesem Feld wird die Pluralität weiterentwickelt werden müssen. Die Na-

mensgebung der Bundestagsfraktion als „Die Linke“ stößt ob ihres begrifflichen Repräsentationsanspruchs vielen parteikritischen Linken auf. Dennoch spielen die Linkspartei und mit Abstrichen die Grünen (obwohl deren Instrumentalisierungs- und Profilierungsstrategie vielen zuwider ist) natürlich weiterhin eine wichtige Rolle. Wie kann innerhalb der Partei, in den Bewegungen und in der Öffentlichkeit ein Unterordnungsverhältnis vermieden werden? Der intensive Mobilisierungsprozess müsste der Partei gezeigt haben, dass die Bewegungen sehr eigenständig sind und sich nicht einbinden lassen. Doch es stehen auch inhaltliche Diskussionen an.

Eine Fixierung auf den Staat kann man der Bewegung insgesamt nicht vorwerfen (eine Bereitschaft zur Unterordnung unter eine Partei schon gar nicht), obwohl die Fokussierung von G8 natürlich auch ambivalent ist. Die sich hoffentlich verstetigende und ausweitende Bewegung darf nicht in die Falle gehen, die über den Bezugspunkt der Mobilisierungen – G 8 – sperrangelweit offen steht: dass sich Politik zuvor-derst doch am Staat ausrichtet, der „die“ Globalisierung bzw. ihre negativen Auswüchse regulieren soll. Das wäre ein Rückschritt zu einem etatistischen Politikverständnis, das weder eine linke Partei noch linke Bewegungen als sinnvoll erachten können.

Exemplarisch für solch eine Falle ist ein Kommentar von Mathias Greffrath in der taz (6. Juni 2007): Die Bewegung solle ihren Erfolg anerkennen, den aus seiner Sicht peinlich und unproduktiv gewordenen „rituellen Karneval“ symbolischer Proteste unterlassen und nun die Umsetzung durch die politischen Exekutiven vorantreiben. Der Staat soll's dann doch richten. Das kann nur jemand behaupten, der keine Diskussionen mitbekommt (oder mitbekommen will). Der Kommentar deutet darauf hin, dass diese Staatsillusion immer wieder durch die Hintertür hereinzukommen droht, obwohl klar ist, dass der globale Kapitalismus sich komplexer reproduziert. So wichtig der Hinweis ist, dass die Proteste der Vermittlung in gesellschaftliche Institutionen bedürfen, so wenig dürfte sich die Bewegung auf eine Perspektive einlassen, es gehe nun nur um den Druck auf die Regierung. Wäre das der Fall, dann würde Heiligendamm einen politischen Rückschritt darstellen.

**Ulrich Brand**, 13.6.07

Für Anmerkungen danke ich Frauke Banse, Moe Hierlmeier, Caren Kunze, Jörg Nowak, Helen Schwenken, Heinz Steinert und Anne Tittor.

aus: ak 518, 22.6.2007

## Heiligendamm Retour: kein einfacher Weg

### Die Verknüpfung zwischen Event und Alltag bleibt eine offene Frage

**Die Staatschefs sind abgereist, Mecklenburg-Vorpommern ist wieder ein Bundesland im Osten mit schrumpfenden Städten und hoher Erwerbslosenquote. Der Gipfel war ein großer, symbolischer Medienstunt, bei dem erwartungsgemäß nichts Substanzielles herausgekommen ist. Inhalte standen selten im Vordergrund. Der Gegengipfel wurde, obwohl er nicht nur im Saale stattfand, kaum wahrgenommen. Während der Staat die Gelegenheit genutzt, die Grenzen im Inneren erneut zu verschieben, steht die Linke vor der Frage nach der sozialen Grundlage, auf der Vernetzungen und Proteste auch weiterhin wirksam sein können.**

Die Proteste gegen den G8-Gipfel erscheinen kurz danach als großes Puzzle. Die Eindrücke sind widersprüchlich. Leute, die am selben Ort waren, erzählen nicht dieselben Geschichten. Kann man das Puzzle zusammensetzen? In Norddeutschland haben die Proteste anders und früher angefangen als erwartet: Die Hausdurchsuchungen, die am 9. Mai in Hamburg, Bremen und Berlin stattfanden, waren der Beginn polizeilicher Provokationen. Schnell wurde klar, dass es um „präventive“ Durchsuchungen ging, um eine Art handgreifliche Sammlung von Daten. Fast 3.000 Menschen demonstrierten dagegen.

Dass die „Terrorgefahr“ als Argument für die massive Ein-

schränkung demokratischer Rechte dient, ist nichts Neues. Aber selten wurde es in der Bundesrepublik so offen verhandelt. In Hamburg ging es mit einer Demo weiter, die auf die weltweite Privatisierung und Ökonomisierung der Bildungssysteme hinweisen wollte. Vor der Demo lief ein „schwarzer Block“, der aus Hunderten von PolizistInnen bestand. Insgesamt überstieg deren Zahl die der DemonstrantInnen um ein Mehrfaches. Trotz des heftigen Drucks kam es nicht zu Auseinandersetzungen. Die kamen dann aber – wie bestellt – im Anschluss an die Proteste gegen den EU/Asien-Gipfel in Hamburg und während der Auftaktkundgebung in Rostock am 2. Juni. Im Anschluss kippte die „freundliche“ und teilweise sogar anti-repressive Berichterstattung der Presse in eine Hetze gegen „die Autonomen“ um. Es war zu befürchten, dass die Polizei dies als Blankoscheck für Repressionen nutzen würde. Dass trotzdem Zehntausende blieben oder anreisten, um sich an den Blockaden zu beteiligen, war vielleicht das schönste Teilstück des gesamten Puzzles.

### Die Proteste gegen G8 sind ein großes Puzzle

Dennoch kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass die Proteste weit entfernt von unserem Alltag geblieben sind. Die Camps waren durchweg wunderbar organisiert. Teils

funktionierte trotz der vielen Sprachen, die dort gesprochen wurden, sogar so etwas wie eine Camp-Demokratie. Aber es war bestenfalls eine Gegenwelt für eine kurze Zeit. Dass die Proteste vielfältig waren, ist insgesamt eine ihrer Qualitäten gewesen. Gleichzeitig hat insbesondere die Demo in Rostock gezeigt, dass Vielfalt nicht unbedingt eine Stärke ist. Es gab so gut wie kein gemeinsames Verhalten, weder in Bezug auf die Angriffe durch die gewaltbereiten Einheiten der Polizei noch gegenüber eines ungezielten und mitunter fast militäristischen Auftretens von GenossInnen.

Die anschließende Debatte über Gewalt, die von einem Teil der VeranstalterInnen der Demonstration ausging, war und ist mehr als hilflos: Was „die Autonomen“ sind, kann dort im Grunde niemand genau sagen. Dass die TeilnehmerInnen der Demonstration sozial und altersmäßig im Schnitt um Lichtjahre von einigen der Funktionäre entfernt sind, die sich danach „im Namen der Bewegung“ äußerten, vergrößert das Problem. Wie sich die Kritik an einer angeblich bestimmbar Gruppe von Leuten mit der Tatsache verbindet, dass die Auseinandersetzungen im Kontext einer repressiven Politik des Staates stattfinden, kann niemand so richtig erklären. Teilweise gilt hier der Einfachheit halber das Prinzip der Sippenhaft. Wenn das Ziel linker Politik ist, eine stärkere Verbindlichkeit und größere soziale und politische Handlungsfähigkeit bei derartigen öffentlichen Aktionen zu erreichen, dann sind Thesen kontraproduktiv, die das Thema „Gewalt“ auf ein Problem der individuellen Disposition einzelner Demo-TeilnehmerInnen reduzieren.

### **Gipfelstürmer und Streikende wissen wenig voneinander**

Denn in Wirklichkeit handelt es sich um ein Problem der gesamten Linken. Aus der Vielfalt, die sich in Hamburg, Rostock und Heiligendamm gezeigt hat, ergeben sich nicht automatisch Konsequenzen für eine Alltagsorganisation. In Rostock hat sich die Vielfalt unserer Bewegung als Auseinanderfallen und Desorganisation gezeigt, während der Blockaden erschien die „Diffusion“ als günstige widerständige Form. In beiden Fällen darf bezweifelt werden, dass die TeilnehmerInnen gemeinsame Ziele verbinden, die über das „Gipfelstürmen“ hinaus wirksam werden. Dass die Organisation rund um G8 sehr viele Kräfte verschluckt hat, spricht auch im Nachhinein nicht unbedingt gegen die Kampagne. Aber es spricht dafür, darüber nachzudenken, wie sie mit anderen sozialen Kämpfen verbunden war.

Zur selben Zeit wie der Gipfel lief zum Beispiel der Streik bei der Telekom. Verbindungen zwischen „Gipfelstürmern“ und Streikenden wurden bestenfalls am Rande der Rostocker Demo ausgedrückt. Vor Ort tendieren die Kenntnisse voneinander meist gegen Null. Netzwerke, die im Anschluss an die No-Global-Bewegung entstehen, können auf Dauer nur existieren, wenn sie sozial fundiert sind: Leute, die sich gegenseitig auch im Alltag helfen, über andere Formen des Zusammenlebens nachdenken, sich bei Ämtergängen und beim Protest gegen die Arbeitsagenturen helfen, Leute, die sich um eine Unterstützung für Flüchtlinge, für ein bedrohtes soziales Zentrum oder Wohnprojekt oder um die Streikenden eines in der Nachbarschaft gelegenen Betriebs küm-

mern. Was sich in Sozialforen und Gipfelprotesten äußern kann, kommt ohne solche Grundlagen nicht aus. Je weniger sie vorhanden sind, desto abstrakter werden die Debatten. Je mehr sie in Zukunft geschaffen werden, desto eher werden die erfolgreichen Blockaden in Erinnerung bleiben.

**Peter Birke**

*aus: ak 518, 22.6.2007*

---

# Block around the clock

## Das richtige Konzept zur richtigen Zeit: Massenblockaden

Die Vision von massenhaften Blockaden des Gipfels, von der Delegitimierung der G8 in der Aktion ist Wirklichkeit geworden. Das bleibende Bild des Gipfels 2007 sind Tausende, die durch Wälder, über Wiesen und Felder unaufhaltsam den Blockadepunkten entgegen streben und sich dabei von der völlig desorganisierten Polizei weder provozieren noch aufhalten lassen. Heiligendamm war zeitweise landseitig komplett eingeschlossen, der Transport von Delegierten und JournalistInnen nach Heiligendamm musste per Hubschrauber oder auf Booten durchgeführt werden. An Vorbereitung und Durchführung dieser Blockaden hatte die Kampagne Block G8 entscheidenden Anteil. Der Triumph der Bewegung gelang aber nur durch das Zusammenwirken aller unterschiedlichen Blockadekonzepte.

Die Grundlagen für den Erfolg von Block G8 wurden lange vor dem Gipfel gelegt: In den Zeit raubenden, manchmal nervenaufreibenden Debatten um das gemeinsame Aktionskonzept ging es darum, eine strömungsübergreifende Kampagne zu formen, in der sich Linksradikale aus dem Spektrum der Interventionistischen Linken ebenso wiederfinden konnten wie explizit gewaltfreie Gruppen wie z.B. X-tausendmal-quer, und die schließlich anschlussfähig war für über 120 weitere Organisationen aus allen Spektren der linken und globalisierungskritischen Bewegung.

Der strategische Ausgangspunkt für Avanti, ebenso wie für viele andere Beteiligte aus der radikalen Linken, war, die praktische Delegitimierung des G8-Gipfels zu organisieren: Aktionen, in denen ein symbolischer und praktischer Bruch mit dem globalen Kapitalismus vollzogen wird und in denen gleichzeitig viele Menschen positive Aktionserfahrungen machen, Ohnmacht überwinden und erkennen, dass kollektiver Widerstand möglich ist. Deshalb ging es nicht um die radikalste aller Aktionsformen, sondern um diejenige, die am besten geeignet ist, mit vielen Menschen gemeinsam einen bewussten Schritt vom Protest zum Widerstand zu gehen.

Die Suche nach einem Aktionsvorschlag, der viele in die Radikalisierung mitnehmen kann, schlägt sich auch im Block-G8-Aktionskonzept nieder: Die Aktionen von Block G8 sind der Idee des Zivilen Ungehorsam verpflichtet und ganz ausdrücklich nicht eskalativ. Ein ideologisches Bekenntnis zur Gewaltfreiheit wird vermieden, der Begriff von Block G8 bewusst nicht benutzt. Das wichtigste Mittel gegen die Polizeiübermacht sollte die schiere Zahl der Teilnehmenden sein. Das Aktionskonzept legte aber ebenso unmissverständlich fest, dass es um effektive und lang andauernde Blockaden geht und nicht etwa um rein symbolische Aktionen, die den Gipfelbetrieb gar nicht stören.

Das Aktionskonzept ist zwei unterschiedlichen Aufgaben sehr gut gerecht geworden: Es musste einerseits die Einigung von unterschiedlichen politischen Strömungen ermöglichen und andererseits für die erwartete Masse von Teilnehmenden eine realistische und attraktive Handlungsperspektive

eröffnen.

Um letzteres ging es Block G8 ganz besonders: Den AktivistInnen Mut zu machen und Selbstvertrauen zu geben, damit sie gegen die riesige Polizeiarmee und gegen die drohende staatliche Gewalt ihre Handlungsmöglichkeiten erkennen. Denn die Aktionserfahrenen und Risikobereiten allein hätten niemals ausgereicht, um die Blockaden des G8-Gipfels tatsächlich zu Massenblockaden zu machen. Transparenz in den Aktionsformen und -abläufen war entscheidend, um auch Menschen ohne Aktionserfahrung in größerer Zahl zu mobilisieren.

Von überragender Bedeutung für die Mobilisierung waren die Aktionstrainings. Nach Schätzungen haben bis zu 4.000 Menschen daran teilgenommen. Das ist fast die Hälfte aller Menschen, die schließlich gemeinsam mit Block G8 aufgebrochen sind. Die Trainings haben vor allem eines vermittelt: Widerstand ist möglich, eine Polizeikette ist nicht unüberwindlich. Dieses Bewusstsein der Teilnehmenden war mindestens so wichtig für den Erfolg, wie die konkrete Bewegung der Finger in der Landschaft.

### Kollektiver Widerstand ist möglich

Begleitet wurde Block G8 von einer intensiven Presse- und Medienarbeit. Sie hatte vor allem ein Ziel: Die Legitimität der geplanten Blockaden öffentlich deutlich zu machen und damit sowohl zu mobilisieren und zu ermutigen, wie gleichzeitig die Repression und die Polizeigewalt gegen die Blockaden zu erschweren. Ein besonders wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit waren die öffentlichen Aktionstrainings, um die sich die Presse geradezu gerissen hat. Gleichzeitig wurde damit vermittelt, dass Block G8 tatsächlich ein Konzept hat, wie Blockaden zu organisieren sind und dass dieses Konzept ohne Eskalation funktionieren kann.

Block G8 strebte von Beginn an keine Exklusivität an. Andere Blockadekonzepte, seien es die dezentralen von Paula oder die Blockaden am Flughafen Rostock-Laage, wurden stets begrüßt und als wichtig für das Gelingen der Gipfelaktionen insgesamt angesehen. Dass manche AktivistInnen angesichts der hohen medialen Präsenz von Block G8 und dem Phänomen, dass von der Presse oft alle Aktionen Block G8 zugerechnet wurden, eine zu starke Dominanz beklagten, war wohl unvermeidlich.

Als nach Monaten der öffentlichen Ankündigung der Tag der Blockaden gekommen war, fanden die Aktionen in einer besonderen Stimmung statt. Die Gewalteskalation am Rande der Großdemonstration am Samstag war der Auftakt zu Tagen voller Polizeischikane und Drohungen gegen die AktivistInnen. In dieser Situation machte sich eine starke Verunsicherung in Teilen des Protestspektrums – insbesondere bei der attac-Führung – bemerkbar. Die Forderung wurde laut, dass Block G8 von der Ankündigung von „effektiven und dauerhaften Blockaden“ Abstand nehmen sollte. Ein

solcher Schritt stand jedoch für den überwiegenden Teil von Block G8 nie zur Diskussion. Er hätte eine Kapitulation vor der Polizeigewalt bedeutet, obwohl Block G8 doch gerade als ein Konzept gedacht war, trotz der staatlichen Übermacht handlungsfähig zu sein.

Während sich bei den FunktionärInnen Verunsicherung breit machte, stieg die Entschlossenheit bei den AktivistInnen. Viele waren einfach wütend über die ständigen Polizeiprovokationen, andere wollten es nach der Eskalation am Samstag ganz bewusst noch einmal mit einem anderen Konzept versuchen. Und ganz viele waren ja hauptsächlich wegen der Blockaden an die Ostsee gekommen.

Block G8 unternahm noch einen öffentlichkeitswirksamen Schritt zur Deeskalation, um den sich abzeichnenden Polizeierror zu delegitimieren: Unter Vermittlung des Rostocker Superintendenten wurde die Polizeiführung zu einem Gespräch am Montagabend eingeladen. Hierbei ging es nicht um Verhandlungen, sondern um Transparenz. Block G8 hat noch ein letztes Mal sein Vorgehen beschrieben: Tausende von Menschen werden sich auf den Weg machen, sie werden die Polizei nicht angreifen, aber sie werden immer weitergehen, bis sie die Blockadepunkte erreicht haben. Dort werden sie bleiben und auch auf Aufforderung nicht gehen. Die Polizei sicherte in allgemeinen Worten „angemessenes“ Vorgehen zu. Absprachen wurden keine getroffen, aber der beabsichtigte Effekt, die veröffentlichte Meinung zugunsten der Blockaden zu beeinflussen, gelang.

### **Der „Schwarze Block“ war Teil von Block G8**

In der Presse wurde oft der Eindruck erweckt, als gebe es eine scharfe Trennung zwischen dem „Schwarzen Block“ vom Samstag und den bunten BlockiererInnen vom Mittwoch und Donnerstag. Dieser Eindruck ist grundfalsch. Die SprecherInnen von Block G8 haben mehr als einmal versucht, die Dinge gerade zu rücken: Der Erfolg der Blockaden beruhte darauf, dass alle mitgemacht und zusammen gehalten haben. Block G8 hat niemanden ausgeschlossen, sondern im Gegenteil alle eingeladen mitzumachen. Der „Schwarze Block“, der ja ohnehin keine Organisation, sondern eher eine Aktionsform ist, war ein Teil von Block G8, auch wenn das für die bürgerlichen Medien nicht leicht zu erkennen war.

Am Morgen des 6. Juni wurden dann die kühnsten Erwartungen der Block-G8-OrganisatorInnen übertroffen. Mehr als 6.000 Menschen machten sich von Reddelich aus auf den Weg, ca. 4.000 starteten vom Camp Rostock aus. Die Stimmung war geprägt von freudiger Entschlossenheit. Der Zug von Reddelich erreichte sein Ziel, die Straße direkt vor dem Osttor des Sperrzauns an der Galopprennbahn ohne nennenswerten Widerstand der Polizei, die einfach perplex zu sein schien, dass nicht die Straßen benutzt wurden, sondern sich der riesige Zug seinen Weg durch Feld und Wiesen bahnte. Tatsächlich waren an der Galopprennbahn so wenige PolizistInnen aufgeboten, dass die Menge wohl auch durch den Sperrzaun hätte marschieren können, wenn sie es denn gewollt hätte.

Der Zug vom Camp Rostock hatte mehr unangenehmen Polizeikontakt. Viermal mussten Absperungen umgangen

oder wie geübt „durchflossen“ werden. Dabei sind AktivistInnen mit Wasserwerfern, Pfefferspray und Schlagstöcken angegriffen und verletzt worden – aber der Zug ließ sich nicht aufhalten, bis schließlich bei Börgerende eine feste Blockade formiert wurde, die die Küstenstraße nach Heiligendamm sperrte. Damit hatte Block G8 zwei wichtige Zufahrtsstraßen blockiert.

Entscheidend für den letztendlichen Erfolg der Gipfelblockaden war aber, dass weitere Aktionen – z.B. am Flughafen Rostock-Laage – Polizeikräfte gebunden haben und dass die dezentralen Blockaden es geschafft haben, die Schmalspurbahn Molli bei Kühlungsborn zu unterbrechen und dass sich Tausende von der Galopprennbahn auf den Weg zum Westtor im Zaun bei Hinter Bollhagen machten. Dort wurden selbstorganisiert Fünf-Finger-Taktik und viele andere Elemente von Block G8 praktiziert. Am Nachmittag war dann klar, dass die GipfelgegnerInnen gewonnen hatten: Heiligendamm war landseitig eingeschlossen. 16.000 PolizistInnen scheiterten an fünf Fingern.

Während das Westtor Schauplatz von Blockadeversuchen blieb und die Polizei dort am Mittwoch und vor allem am Donnerstag mit massiver Gewalt gegen BlockiererInnen vorging, hielten die Blockaden an der Galopprennbahn und in Börgerende. Hier übernachteten die Leute zwei Nächte auf der Straße, bis sie am Freitag unter Jubelgesängen „So sehen Sieger aus“ zur Abschlusskundgebung nach Rostock fuhren.

Mit der Dauer der Blockaden waren die Strukturen von Block G8 völlig überfordert. In der Vorbereitung und auf dem Weg hatte (fast) alles perfekt geklappt, aber dann fielen die Leute einfach wegen Übermüdung reihenweise aus und für eine ordentliche Rotation war die Personaldecke zu dünn. In dieser Situation kam die Selbstorganisation der BlockiererInnen ins Spiel, die in den Delegiertenplena oft mehr Motivation und Durchhaltewillen zeigten als die Blockade-OrganisatorInnen. Das ging zunächst nicht ganz konfliktfrei ab. So wurde von vielen bei der Blockade an der Galopprennbahn das Vorgehen der OrganisatorInnen am Mittwoch Abend zu Recht als intransparent und wenig demokratisch empfunden. Doch schließlich hat sich auch bei Block G8 die Erkenntnis durchgesetzt, dass es ein ganz wunderbares Ergebnis ist, wenn die Basis über die OrganisatorInnen hinausgeht und sich die Bewegung als ganzes die Aktion und den Sieg aneignet.

### **Die Bewegung hat erfahren, dass sie siegen kann**

Block G8 hat seine Ziele erreicht: Widerstand gegen hochgerüstete Polizeitruppen ist möglich. Der Gipfel wurde real und andauernd blockiert. Für den Augenblick des Juni 2007 wurde deutlich, wie eine linksradikale Praxis aussehen kann, die nicht der Eskalationslogik folgt, wie sie nach Genua (und zunächst auch in Rostock) zwangsläufig zu sein schien. Strategisch geht es aber nicht um Aktionsformen, sondern um die Interventionsfähigkeit einer radikalen Linken, deren inhaltliche und praktische Angebote bündnis- und anschlussfähig sein müssen, ohne dabei zahnlos zu werden und in eine systemimmanente Logik zu verfallen. Ziviler Ungehorsam und Fünf-Finger-Taktik waren in diesem Sinne die

richtigen taktischen Antworten für den Gipfel 2007. Aber sie sind nicht die Blaupause für die gesamte Bewegungspraxis der kommenden Jahre.

Wichtiger als Aktionsvereinbarungen und Marschordnungen ist, dass die Bewegung praktisch erfahren hat, dass sie siegen kann. Die Aktionen des Juni 2007 werden allen, die dabei waren, noch sehr lange im Gedächtnis bleiben und

ihnen Kraft geben für die Auseinandersetzungen, die noch auf uns warten.

**Christoph Kleine,**  
aktiv bei Avanti – Projekt undogmatische Linke

aus: ak 518, 22.6.2007

---

## Leben im Gemeinsamen in Rostock

Als wir im letzten Juni nach Athen zurückfahren, war unser Gefühl, dass die Zeit, die wir in Rostock während der Proteste gegen den G8-Gipfel verbracht hatten, eine der besten Wochen unseres Lebens gewesen war. Auch heute, neun Monate später, hat sich dieses Gefühl noch nicht geändert. Wir haben an der Bewegung der No-Globals seit ihren frühen Anfängen teilgenommen und hatten bereits bedeutende Erfahrungen in den Euromärschen, aus Prag, Genua, Porto Alegre, Florenz und Athen. Es war also nicht unser erstes Experiment innerhalb der No-Globals. Nichtsdestotrotz, wir haben jeden Moment in Rostock genossen, als ob es unser erstes Mal gewesen wäre. Wie aber lässt sich so ein positiver Eindruck von Rostock erklären?

Zunächst, weil die Mobilisierung von Rostock ein großartiger riesiger Erfolg war. Niemand aus dem Ausland hatte vor dem Juni geglaubt, dass die Bewegung in Deutschland zu so einer herausragenden Leistung fähig sein könnte. Wie konnte in so einer konservativen Gesellschaft eine so große Mobilisierung gelingen? Wie konnte die zersplitterte Bewegung ein derart anspruchsvolles Projekt organisieren? Und wie konnte dieser Archipel kleiner radikaler Gruppen eine subversive Perspektive in Hinblick einer Massenbewegung eröffnen? Aber die besten Überraschungen treten gewöhnlich dann ein, wenn wir sie wirklich brauchen.

So stellte sich heraus, dass unsere bisherigen Ansichten falsch waren. Die Gesellschaft ist gar nicht so konservativ, auch wenn ihre radikale Opposition nach neuen Ausdrucksformen sucht. Die Bewegung ist gar nicht so zersplittert, auch wenn ihre Gemeinsamkeiten nach neuen Allianzen verlangen. Und der radikale Archipel schuf etwas Großes. „Mit wem gehst du demonstrieren? Mit der IL.“ Die IL (Interventionistische Linke) ist etwas, dass jeder kennt, etwas, dass wirklich zählt.

Zusätzlich wollen wir unterstreichen, dass für tausende DemonstrantInnen Block G8 ein wirkliches Abenteuer war. Und subversive Politik sollte immer ein Abenteuer sein! Für tausende war es ihre erste „illegale“ Aktion. Der Grad der Gewalt ist dabei nicht so wichtig. Es ist die Wirkung in die Gesellschaft und auf die Teilnehmenden selbst, die eine Aktion subversiv macht oder nicht. Die Blockaden waren die

richtige Taktik für die richtigen Leute zum richtigen Zeitpunkt. Aber natürlich sollten wir uns immer davor hüten, aus taktischen Entscheidungen ein ideologisches System zu machen.

Schließlich müssen wir über die Camps in Rostock sprechen. Für manche Leute war das vielleicht der beste Teil. Die Deutschen hatten die brillante Idee, die Camps einige Tage vor dem Beginn der Demonstrationen zu eröffnen. Diese Entscheidung ermöglichte einen prächtigen Raum der Freiheit, Solidarität und Kommunikation. Einen Ort, um sich zu treffen, zu lernen, Erfahrungen auszutauschen und die Freude des Widerstandes miteinander zu teilen. In der Realität wurden die Camps in Rostock so zu einer Werkstatt von biopolitischer Kreativität, eine Fabrik der ontologischen Produktion. (1) Diese greifbaren Erfahrungen des Lebens im Gemeinsamen in Rostock verwandelten sich in eine neue Bedeutung von internationaler Gemeinschaft. Leben im Gemeinsamen bedeutete nicht nur, einige Tage in Solidarität und Autogestion (2) zu verbringen, sondern auch die Herstellung neuer Beziehungen auf der Grundlage von gemeinsamen Überzeugungen und Interpretationen der Welt. Für ein paar Tage wurde das Leben im Gemeinsamen zu einem vitalen Prinzip und einer Orientierung im politischen Kampf. Es geht nicht allein um den Widerstand gegen die G8, sondern ebenso um den Ausdruck der Notwendigkeit eines neuen universellen Träumens:

Einheit, Abenteuer, internationale Gemeinschaft, neue Universalität, Leben im Gemeinsamen, Traum – wir haben die ersten Elemente.

**Yannis Almpanis,**  
Network for Political and Social Rights

Anmerkungen:

1) ontologische Produktion: in der Philosophie umfasst die Ontologie die Grundstrukturen der Realität, das Seiende im Allgemeinen, bzw. wie sich das Sein zum Seienden verhält.

2) „Autogestion“, politischer Begriff aus den Kämpfen um Arbeiter-Selbstverwaltung in der spanischen Revolution, im Pariser Mai 1968 und im ehemaligen Jugoslawien, aktuell in den Fabrikbesetzungen in Argentinien und innerhalb der baskischen Kooperationsbewegung.

## Mythos Heiligendamm

### Schwärmereien verstellen den Blick auf die Herausforderungen

**44** Atmosphärisch, taktisch, optisch und selbst akustisch haben sich die G8-Gipfelproteste als echtes Husarenstück entpuppt. Zum unbeschwerten Frohlocken besteht dennoch kein Anlass. Zu sehr sind nicht nur im Vorfeld, sondern auch in Heiligendamm all jene Schwächen, Befangenheiten und Defizite sichtbar geworden, welche die (bewegungspolitische) Linke hier zu Lande auszeichnen. Um so erstaunlicher ist, dass in etlichen Auswertungstexten tollkühne, mitunter kitschige Verklärungen die Runde machen. Die Rede ist etwa von einer „Verschiebung des politischen Felds nach links“ (Thomas Seibert) oder der „Delegitimierung in der Aktion“ durch Block G8 (Christoph Kleine) oder davon, dass die Bewegung in Heiligendamm einen Prozess der „Neuformierung“ durchlaufen habe (Ben Trott).

Dies darf nicht unwidersprochen bleiben. Denn wer jetzt zweckoptimistischer, häufig postoperaistisch angehauchter Mythenbildung Vorschub leistet – aus Angst, der Erfolg könne „zerredet“ werden (Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.), läuft Gefahr, an der Wirklichkeit vorbeizuschlittern und somit das zweifelsohne große Potenzial der G8-Proteste allenfalls bruchstückhaft auszuschöpfen.

Das weitestreichende Deutungsangebot in Sachen G8-Protest dürfte die von Thomas Seibert (1) und Werner Rätz (2) unabhängig voneinander ins Spiel gebrachte These einer „Linksverschiebung im politischen Spektrum“ (Werner Rätz) sein. Begründet wird dies erstens mit der großen Zahl vornehmlich junger AktivistInnen während der gesamten Aktionswoche, zweitens mit dem hohen Level medialer Aufmerksamkeit rund um den Gipfel und drittens mit dem Umstand, dass sich die unterschiedlichen Spektren und Module des G8-Protests trotz politischer Differenzen immer wieder solidarisch aufeinander bezogen hätten. Zudem gälte es, so Thomas Seibert, die erst jüngst über die Bühne gegangene Gründung der „(neo-)linkssozialistischen“ Partei DIE LINKE ebenfalls als bedeutsame Variable im Rahmen der aktuellen Entwicklung zu beachten.

So verlockend die Argumentation rüberkommen mag, sie ist aus mindestens zwei Gründen fragwürdig: Einerseits entwerfen Thomas Seibert und Werner Rätz – wie noch ausführlich gezeigt werden soll – ein in vielfacher Hinsicht geschöntes, mithin projektiv aufgeladenes Bild der zivilgesellschaftlichen und bewegungspolitischen Anti-G8-Landschaft. Andererseits ist ihre These der Verschiebung des politischen Felds nach links eine pure Kunstfigur. Denn eine empirisch fundierte Rückkoppelung mit den gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in Deutschland bzw. Europa erfolgt nicht.

Das aber wäre erforderlich, um überhaupt tragfähige Aussagen darüber treffen zu können, inwieweit die (behaupteten) Verschiebungen am linken Pol des politischen Feldes Anlass zu berechtigten Hoffnungen geben. Gemeinhin wird an dieser Stelle angemerkt, dass erfolgreiche Massenmobili-

sierungen à la Heiligendamm einen wichtigen Beitrag zur diskursiven Unterwanderung des herrschenden Meinungsklimas leisten und auf diese Weise Räume für emanzipatorische Weiterentwicklungen öffnen würden. Das ist sicherlich richtig, strittig ist allerdings, unter welchen Bedingungen es zu einer „Übersetzung“ diskursiver Punktsiege in handfeste Verbesserungen kommt.

Dass es sich mitnichten um einen Automatismus handelt, zeigt insbesondere die lateinamerikanische Erfahrung (die auch deshalb interessant ist, weil die sozialen Bewegungen in Lateinamerika den wohl stärksten Flügel innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung verkörpern): Mit tendenzieller Ausnahme von Bolivien und Venezuela hat bislang keine der Mitte-Links-Regierungen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt, und das obwohl sämtliche von ihnen unter anti-neoliberalen Vorzeichen an die Macht gelangt sind.

Zwar ist es zu einer gewissen Rehabilitierung staatlicher Regulierung gekommen, d.h. Sozialprogramme wurden neu aufgelegt, staatliche Nachfragepolitiken angekurbelt, regionale Wirtschaftsbündnisse aus der Taufe gehoben etc., doch all dies sind (bislang) Tropfen auf den heißen Stein geblieben, vorsichtige Versuche, zumindest die wüstesten Auswirkungen von zwei Dekaden neoliberaler Umstrukturierungspolitik einzudämmen.

Im Kern sind hingegen wesentliche Elemente der neoliberalen Agenda fortgeführt worden: Weder wurden Marktöffnungen, Zollsenkungen oder Privatisierungen rückgängig gemacht noch die systematische Exportförderung aufgegeben. Insbesondere liegt weiterhin eine hohe Priorität auf orthodoxer bzw. restriktiver Geldmengenspolitik, also jenen Maßnahmen, die in Europa als „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ bekannt geworden sind (Inflationsbekämpfung, ausgeglichene Haushaltsführung, Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen etc.).

Dass sich die überwiegend von sozialen Bewegungen ins Amt gespülten Mitte-Links-Regierungen nur mit aller größter Mühe zu nicht-marktradikalen Wirtschaftspolitiken durchringen können (von mehr ganz zu schweigen), hat in erster Linie mit den berühmt-berüchtigten Sachzwängen des Weltmarktes zu tun. Denn immer noch sind die meisten Länder Lateinamerikas a) hochverschuldet, b) auf vielfältige Weise in die globalen Warenströme integriert, c) vertraglich an transnationale Konzerne gebunden und d) auf frisches Kapital aus dem Ausland angewiesen.

Das lässt nicht nur die Handlungsspielräume zusammenschnurren, sondern auch begründete Zweifel daran aufkommen, ob es wirklich gerechtfertigt ist, von einem Ende neoliberaler Hegemonie in Lateinamerika zu sprechen: „Im gegenwärtigen Moment ist ein bemerkenswertes Auseinanderklaffen zwischen einer unüberschaubaren Schwächung neoliberaler Impulse in den Bereichen der Kultur, des öffentlichen Bewusstseins und der Politik einerseits, und zur gleichen Zeit deren eingewurzelter Fortdauer auf dem ent-

scheidenden Terrain der Wirtschaft und des ‚Policy-Making‘ andererseits festzustellen.“ (3)

Zurück nach Deutschland, wo ebenfalls eine komplexe, ja widersprüchliche Konstellation herrscht: Einerseits hat die Diskurshegemonie des Neoliberalismus in den vergangenen Jahren reichlich Blessuren davongetragen – und es spricht vieles dafür, dass dieser Prozess durch die G8-Proteste neuen Schwung erhalten hat.

### **Mythenbildungen entgegentreten**

Andererseits scheint das neoliberale Regime fester denn je im Sattel zu sitzen: Nicht nur auf der internationalen Ebene, wo sich Deutschland, um nur einige Beispiele zu nennen, unverdrossen für Patentschutz, Investitionssicherheit und offene Märkte ins Zeug legt – mit verheerenden Konsequenzen insbesondere im Süden des Globus. Nein, auch hier zu Lande geht die neoliberale Ummodellierung der Gesellschaft unvermindert weiter – und das unter Zustimmung beträchtlicher Teile der Bevölkerung. Beispiele aus jüngerer Zeit sind etwa die geplante Privatisierung der Bahn, die erfolgreiche Etablierung von Niedriglohnssektoren oder die völlige Umkämpfung des Bildungssektors.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte deutlich werden, weshalb romantische, autosuggestiv unterwanderte Multitude-Schmonzetten schlicht in die Irre führen. Markantestes Beispiel dürfte in dieser Hinsicht die Abschlusserklärung der 3. Rostocker Aktionskonferenz gewesen sein, wo es allen Ernstes heißt: „Während ihre Zeit abläuft, fängt unsere gerade erst an (...) Heiligendamm wird ein Anfang sein. Unser Anfang.“

Erforderlich ist stattdessen, Bestimmungen des politischen Feldes stets mit der Analyse gesamtgesellschaftlicher Dynamiken, mithin Kräfteverhältnisse zu verknüpfen. Dies umfasst auch die Bereitschaft, Dinge ungeschminkt beim Namen zu nennen, etwa dass die (globale) Linke – allen punktuellen Erfolgen zum Trotz – in der Defensive steckt. Ansonsten wird es kaum gelingen, einen angemessenen Umgang mit den anstehenden Herausforderungen zu finden. Beispielsweise mit der Frage, ob und wie es in Zeiten des zugespitzten Erwerbsarbeitszwangs gelingen kann, die durch die G8-Proteste (wieder) auf den Geschmack gekommenen älteren Semester (30 Jahre + X) niedrigschwellig in langfristige Organisationsprozesse einzubinden.

Politische Auseinandersetzungen unter expliziter Berücksichtigung der eigenen Marginalität zu führen, hat im Übrigen nichts mit Negativismus oder Selbstentmächtigung zu tun. Einerseits weil auch aus der Defensive heraus Einfluss geltend gemacht werden kann – der Begriff des Kräfteverhältnisses sagt es bereits. Andererseits weil jeder Phase der Schwäche konstitutiv eine Phase der Stärke vorausgegangen ist, und umgekehrt. Erinnert sei etwa, dass die neoliberale Globalisierungsoffensive ursprünglich eine Reaktion auf die in den 1970er Jahren entstandene Profitabilitätskrise des Kapitals war – was seinerseits viel mit Druck und (Verhandlungs-)Macht nicht nur der Länder des Südens, sondern auch der (organisierten) Arbeiterschaft im Norden zu tun hatte.

Die mit mehr oder weniger Schmackes artikulierte The-

se einer in der Luft liegenden Linksverschiebung kommt auch in überaus optimistischen Bewertungen der medialen Geschehnisse vor und während des Gipfels zum Ausdruck. Selbst Ulrich Brand vertritt in seiner ansonsten eher nüchternen Analyse der G8-Proteste die Einschätzung, dass im Laufe der Mobilisierung „wie selten zuvor über die Anliegen der linken Bewegungen und NGOs informiert (wurde): über vielfältige Triebkräfte und Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung, über konkrete Kampagnen und Alternativen.“ (ak 518) Ins gleiche Horn stößt das Editorial der aktuellen Ausgabe des elektronischen Rundbriefs der internationalen attac-Bewegung (Sand im Getriebe): „Noch nie wurden in Vorbereitung auf das G8-Treffen globalisierungskritische Themen in einer solchen Breite und manchmal auch Tiefe bis hinein in den Mainstream diskutiert.“ Sicherlich, es lässt sich schlechterdings leugnen, dass der Gipfel, mithin die Gipfelproteste im Frühsommer eine verblüffende Karriere zum medialen Shootingstar durchlaufen haben. Doch dies sollte nicht vergessen machen, dass sich nicht nur das mediale Interesse lange in äußerst überschaubaren Grenzen gehalten hat. Noch im April grassierte bei zahlreichen OrganisatorInnen die Angst, einige der hoch gesteckten Ziele – insbesondere die Marke von 100.000 TeilnehmerInnen auf der Auftaktdemo am 2. Juni – könnten auf blamable Weise verfehlt werden. Zum Durchbruch ist es indessen erst durch die Hausdurchsuchungen am 9. Mai sowie die zeitgleiche Verfügung einer kundgebungsfreien Zone rund um den Sicherheitszaun nebst Sternmarsch-Verbot gekommen. Denn erst jener Doppel-Anschlag auf die zivilen und politischen Grundrechte ist es gewesen, der relevante Teile nicht nur der linken Öffentlichkeit, sondern auch der Medien auf Trab in Sachen G8 gebracht hat.

Der G8-Protest hat es demnach nicht durch Inhalte in die Schlagzeilen geschafft, ausschlaggebend ist vielmehr der Versuch des Staates gewesen, die Äußerung von Inhalten zu sabotieren. Unverblümt, ja schmälicher hätte die derzeitige Gebrechlichkeit der Linken nicht auf den Punkt gebracht werden können: Statt die neoliberale und imperiale Globalisierung – verstanden als zeitgenössische Form des Kapitalismus – in der Öffentlichkeit einer grundlegenden Kritik zu unterziehen, geisterte der G8-Protest ungewollterweise unter Schlagworten wie „Geruchsproben“, „Präventivhaft“ oder „Demoverbote“ durch den Raum. Offensivkraft konnte folglich nur noch darüber entfaltet werden, dass der bürgerliche Staat mit kräftiger Unterstützung durch die Medien – allen voran der taz – zur Einhaltung seiner eigenen Spielregeln aufgefordert wurde.

Die aus hegemonialer Sicht äußerst nützliche Degradierung globalisierungskritischer Inhalte zu bloßem Zierrat hat ihren Höhepunkt während der Gipfelwoche selbst erreicht. Deutlich ist das nicht zuletzt an den drei thematischen Aktionstagen (Globale Landwirtschaft, Migration und Krieg/Folter) geworden, die im diskursiven Geknatter um die Auseinandersetzungen am 2. Juni, die permanenten Polizeiübergriffe und die bevorstehenden Blockaden sang- und klanglos untergegangen sind (was allerdings ihre bewegungsinterne Bedeutsamkeit kaum geschmälert hat).

Unter den liberalen Meinungsführern ist es vor allem die Süddeutsche Zeitung gewesen, die besagte Diskrepanz gleichsam in Reinform verkörperte: Einerseits haben sich

Heribert Prantl & Co. in immer neuen Anläufen für ein in jedweder Hinsicht starkes Demonstrationsrecht ins Zeug geworfen – Höhepunkt dürfte ein Leitkommentar am Dienstag, den 5. Juni, gewesen sein, der den Blockaden ihren demokratiethoretischen Vorab-Segen erteilte. Andererseits wurde an gleicher Stelle bereits am 4. Juni klar gestellt, was von den DemonstrantInnen zu halten sei: „Außer Utopien aber haben die Kritiker nicht viel anzubieten.“ Entsprechend unbeeindruckt hat sich die traditionell marktradikal aufgestellte SZ von globalisierungskritischen Perspektiven gezeigt.

### **Eigene Marginalität explizit berücksichtigen**

Und doch – es hat auch in der Mainstreampresse etliche Artikel gegeben, die sich – jedenfalls vordergründig – mit globalisierungskritischen Themen befasst haben. Was hat es mit ihnen auf sich? Drei Antworten: a) Heiner Geißler hat recht: Globalisierungskritik ist schon lange in der Mitte der Gesellschaft angekommen – allerdings jeder antikapitalistischen Stoßrichtung beraubt. Beispielhaft sei die Titelgeschichte des Spiegel vom 4. Juni erwähnt: Unter der Überschrift „Gipfel der Ungerechtigkeit“ wird dort auf der Basis zahlreicher Beispiele Klartext geredet: „Der moderne Kapitalismus (...) hat den Wohlstand vermehrt, zugleich vertieft er die ökonomische Spaltung der Gesellschaft. Eine weltweite Klassengesellschaft formiert sich, ihre Mitglieder leben zuweilen in direkter Nachbarschaft.“ Einziger Haken: Auf der Ebene der Schlussfolgerungen wird's mager, dort wird gefordert, was auch Neu-attacie Heiner Geißler will: Einen Global Marshall Plan, finanziert durch eine internationale Börsenumsatzsteuer und eine Kerosinsteuer.

Aus linker Perspektive sind derartige Artikel hochgradig ambivalent: Einerseits artikuliert sich in ihnen kritisches Bewusstsein, auf dem sich aufbauen lässt. Andererseits wird der Horizont von vornherein auf die Grenzen des herrschenden status quo eingeengt, weiterreichende Perspektiven können so gar nicht erst entstehen. Sie sind mit anderen Worten keinen Deut weniger problematisch als die von Bono & Co. organisierten Life8-Konzerte und sollten deshalb zumindest nicht umstandslos auf der Habenseite globalisierungskritischer Berichterstattung verbucht werden.

b) Noch problematischer sind jene Beiträge, die dem äußeren Anschein nach als Globalisierungskritik daherkommen, de facto jedoch etwas völlig anderes sind. Verwiesen sei auf eine von Spiegel TV und ZDF produzierte DVD, die just jener Spiegel-Ausgabe beigelegt war, in der auch oben besagte Titelgeschichte erschienen ist (4. Juni): Denn unter dem vermeintlich kritischen Titel „Wettlauf um die Welt“ wird dort nicht weniger als ein widerwärtiges sozialdarwinistisches Kriegsszenario heraufbeschworen: „Deutschland exportiert soviel wie nie zuvor, muss aber jeden Tag um den Vorsprung kämpfen (...) Millionen Menschen nehmen Teil am Wettkampf um die Welt, am Kampf um Wohlstand. Und es ist nicht sicher, dass der vorn bleibt, der bislang vorn war (...) Die armen Länder sind auf dem Vormarsch, eine Herausforderung. Die Globalisierung kennt kein Pardon.“ Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass der Spiegel etwa sieben Millionen LeserInnen erreicht!

c) Wann immer die bewegungspolitische Linke in den Blickfang der Mainstream-Medien geraten ist, erfolgte dies im Format der zoologischen Reportage: Im Vordergrund standen weniger politische Inhalte, vielmehr drehte sich alles um selbstgebaute Duschen, die Organisation von Volksküchen oder das Beziehungs- und Sexualleben einzelner ProtagonistInnen. Zugestanden, Selbstorganisation bzw. alternative Formen der Soziabilität sind ein elementarer Bestandteil im Ringen um eine andere Welt – genauso wie die Reportage eine ehrwürdige Rolle im Journalismus spielt. Wo all dies jedoch zum Substitut sachlicher Berichterstattung gerinnt – einfach deshalb, weil linke Inhalte nicht als respektabel, ja satisfaktionsfähig gelten, handelt es sich um eine unmissverständliche Aussage über aktuelle Kräfteverhältnisse in der diskursiven Arena.

Lange Rede, kurzer Sinn: Es wäre krude, das mediale Geschehen auf Massenbetrug und Manipulation zu reduzieren, wie das unter simplifizierten Rückgriff auf Theodor W. Adorno und Max Horkheimer zuweilen geschieht. Fakt bleibt aber auch: Medien im Kapitalismus sind „Bewusstseinsindustrie“ (Hans Magnus Enzensberger). Einer ihrer wesentlichen Funktionen ist es, Massenloyalität, Konsumorientierung und Akzeptanz der vorgeblichen Imperative kapitalistischer, sexistischer etc. Vergesellschaftung herzustellen. Aufklärung im emphatischen Sinne wird also keineswegs groß geschrieben, ungleich wichtiger sind Storys, in denen Elemente wie Spannung, Gewalt oder Moral den Takt vorgeben.

Die G8-Gipfelwoche war für den medialen Mainstream deswegen ein gefundenes Fressen – mit den Blockaden als unerwartetes, aber durchaus medienkompatibles Happy End! Auch nach dem G8-Gipfel gibt es folglich keinen Grund – allen medialen Streicheleinheiten zum Trotz, einseitig auf Repräsentation in den Mainstreammedien zu setzen. Vielmehr gilt weiterhin, die Spreu vom Weizen zu trennen – beispielhaft sei die Afrika-Berichterstattung in der taz erwähnt, die nicht nur anlässlich des G8-Gipfels ausgesprochen instruktiv gewesen ist. Losgelöst davon bleibt die Frage von Gegenöffentlichkeit und eigener Medieninfrastruktur unverändert virulent.

### **Die Formierung einer neuen Linken ist kein Selbstläufer**

Es ist bereits angeklungen: Die These der Linksverschiebung des politischen Feldes ist eng verzahnt mit der These einer Neuformierung der Linken, wie sie sich im Zuge der Gipfelproteste angebahnt habe. Einer der diesbezüglich entschiedensten ProtagonistInnen ist Ben Trott: „Die Aktionstage in Rostock und um Heiligendamm waren mehr als der Ausdruck von ‚Einheit in Verschiedenheit‘, sie verkörperten vielmehr ein ‚Anders-Werden‘. Durch Koordinierung, Kooperation und die ständige Suche nach Gemeinsamkeit sind wir zu einer wirklichen ‚Bewegung der Bewegungen‘ geworden – mehr als nur die Summe unserer Einzelteile.“ (4)

Keine Frage: Unter sozialen, politischen und atmosphärischen Gesichtspunkten ist die Gipfelwoche für viele AktivistInnen eine ungemein inspirierende, ja betörende Massen- bzw. Kollektiverfahrung gewesen. Dennoch spricht vieles dafür, dass der bewegungspolitische Raum steiniger, banaler

und widersprüchlicher ist, als es Ben Trotts (postoperaitisch) aufgeblähte Begrifflichkeit Glauben machen möchte. Gerade in strategischer Hinsicht sollte dies auf keinen Fall aus dem Blick geraten:

a) Bezogen auf die Größe des Ereignisses haben bis zum Schluss verdammt wenige Leute bzw. Gruppen verbindlich Verantwortung für die praktische Organisation der Proteste übernommen. Nicht minder problematisch war, dass der Anteil älterer AktivistInnen überproportional hoch gewesen ist, zumindest dürfte der Altersdurchschnitt in den einzelnen Vorbereitungsmodulen durchgehend um 10-15 Jahre höher gelegen haben als später auf der Straße bzw. im Feld. Dieser auch aus anderen Teilbereichsbewegungen hinlänglich bekannte Umstand – größte Ausnahme dürfte weiterhin die Antifa sein – verweist darauf, dass sich die materiellen und soziokulturellen Bedingungen bewegungspolitischer Arbeit in den vergangenen 20 Jahren grundlegend geändert haben.

Erstens reduziert die Umwandlung der Hochschulen in neoliberale Dienstleistungsbetriebe die zeitlichen und mentalen Freiräume für politischen Aktivismus im Rahmen des Studiums enorm. Zweitens ist es kaum noch möglich, eine Nischenexistenz als Berufsdemonstrant zu führen – irgendwo im Niemandsland zwischen besetztem Haus, kollektivem Betrieb und Arbeitsamt. Drittens stehen unqualifizierte Jobverhältnisse auch in linken Zusammenhängen immer niedriger im Kurs, denn die Lust auf anspruchsvolle und somit umfassende Erwerbsarbeit wächst – sicherlich auch deshalb, weil kaum noch jemand auf Beschäftigungsmöglichkeiten im Zuge revolutionärer Umwälzungen zu hoffen wagt (eine mittlerweile kaum noch nachvollziehbare Überlegung).

Kurzum: Vieles deutet darauf hin, dass heutzutage sowohl jüngere als auch ältere AktivistInnen politisch weniger organisiert sind als einst. Hiermit muss ein angemessener Umgang gefunden werden.

b) Die viel beschworene „Bewegung der Bewegungen“ war in Heiligendamm alles andere als heterogen, bestenfalls hat sie einen schwachen Abglanz von der tatsächlichen, das heißt der globalen Bewegungsvielfalt rübergebracht. Darauf hat vornehmlich (und mit Nachdruck) der indische Aktivist Jai Sen hingewiesen: „Wir und unsere TheoretikerInnen nennen unsere Bewegung gerne ‚Globalisierung von unten‘. Aber wir kommen gar nicht von unten, eher aus der Mitte. Die, die die Welt wirklich von unten bewegen, sind andere, z.B. die MigrantInnen auf der ganzen Welt. Oder die Bewegungen wie die in Bolivien.“ (ak 518)

Freilich, es ist niemandes Schuld, dass bei den Gipfelprotesten keine Fischerkarawane aus Ghana aufgeschlagen ist. Und doch, es besteht diesbezüglich ein gravierendes Problem. Das wurde spätestens daran ersichtlich, dass es im Zuge der G8-Mobilisierung lediglich ansatzweise gelungen ist, Brücken zu hiesigen Kämpfen zu bauen, ob zu selbstorganisierten Erwerbslosengruppen, zu Obdachloseninitiativen oder zu (übrig gebliebenen) AktivistInnen aus dem Gate-Gourmet-, dem Siemens- oder dem Opel-Streik.

Die Formierung einer pluralen und interventionsfähigen Linken ist mit anderen Worten kein Selbstläufer, wie etwa Ben Trott mit seiner stürmischen These vermuten lässt, wonach die globalisierungskritische Bewegung in Heiligendamm ihre neu gewonnene Stärke als „ernstzunehmender

sozialer Akteur“ unter Beweis gestellt habe – einschließlich der „Fähigkeit, die Richtung globaler Ereignisse und Politiken zu beeinflussen“. Es handelt sich vielmehr um einen langfristigen und äußerst komplexen Organisationsprozess, der größtenteils noch nicht einmal begonnen wurde.

c) Dass die G8-Proteste relativ koordiniert – Stichwort: Gesamtchoreografie des Widerstands – und obendrein strömungsübergreifend von statten gegangen sind, dürfte nicht zuletzt mit der Existenz des Hannoveraner G8-Koordinierungskreises zu tun gehabt haben – einschließlich der von ihm initiierten Aktionskonferenzen. Entsprechend positiv fällt auch die Bewertung der generellen Bündnispolitik aus. Ulrich Brand sieht zum Beispiel jene „Pluralität“ verwirklicht, „die Bewegungen heute benötigen: gegenseitige Bezugnahme aufeinander, gemeinsames Tun, aber auch Streit und markierte Differenz“. (ak 518) Thomas Seibert stößt ins gleiche Horn, er will sogar „die Reife einer Neuformierung“ ausgemacht haben, „in der sich eine weit vorangeschrittene, wenn auch noch nicht abgeschlossene (Selbst-)Kritik des Linksradikalismus der 1970-1990er Jahre mit strategischen Reflexionen auflädt, die ihren Bezugspunkt in den Ereignissen von Seattle und Genua finden.“ (ak 518)

Indes: Auch in dieser Hinsicht scheint es angebracht, den Ball ungleich flacher zu halten: Erstens weil nur ein Bruchteil der AktivistInnen aus den jeweiligen Spektren tatsächlich an der Bündnisarbeit beteiligt war. Zweitens weil überall dort, wo eigene Interessen auf dem Spiel standen, diese ohne größeres Fackeln durchgesetzt wurden. Beispielhaft erwähnt sei das hochgradig umstrittene Grönemeyer-Konzert, die eigenwillige Terminierung des Alternativgipfels trotz unmissverständlicher und breiter Kritik oder der Wille zur offensiven Auseinandersetzung mit der Polizei im Rahmen der spektrenübergreifenden Großdemo am 2. Juni.

Drittens weil entscheidende Diskussionen um des lieben Friedens willen unter den Teppich gekehrt wurden – jüngstes und wohl wichtigstes Beispiel dürfte die vehemente BUKO-Kritik am so genannten G8-Forderungspapier der NGOs gewesen sein. Viertens weil es in vielen Fragen bis zum Schluss nicht möglich war, wirkliches Einverständnis (geschweige denn Verstehen) zu erzielen; dies betraf vor allem Fragen rund um die Schule bzw. die Camps. Fünftens weil es in entscheidenden Momenten wie z.B. nach den Auseinandersetzungen am 2. Juni von VertreterInnen des moderaten Spektrums zu krassen Beleidigungen und Respektlosigkeiten gekommen ist (inklusive systematischer Verniedlichung der Polizeigewalt).

Und sechstens weil sich nicht zuletzt anhand des Themenkomplexes „Militanz“ bzw. „Gewalt“ tiefreichende Gräben aufgetan haben (verwiesen sei nur auf die derzeit sehr lebendig geführte Debatte in linksradikalen Zusammenhängen). (5) Mit anderen Worten: So erfolgreich die Bündnisarbeit faktisch gewesen sein mag, es muss noch viel passieren, bis zu Recht von einer diesbezüglich veränderten Kultur gesprochen werden kann. Denn klar ist auch: Auf der Grundlage des bislang Erreichten wäre eine längerfristige, d.h. mehrjährige Kooperation schlicht nicht möglich.

Bei aller Skepsis – die Gipfelproteste haben sich durch dreierlei ausgezeichnet: Sie haben erstens (was keinesfalls selbstverständlich ist) Inspiration und Politik kurzgeschlossen, in dieser Hinsicht hat Alex Foti bereits passende Worte gefun-

den: „Das Kaleidoskop der Emotionen und Inspirationen, die in Rostock herumschwirren, auf den Demos, Aktionen, Camps, Medien- und Kunstzentren, lässt sich nicht einfach beschreiben. Es war ein manischer Rausch, eine unglaubliche Darbietung radikaler und post-nationaler Solidarität.“ (6)

Sie haben zweitens eine angemessene Vorstellung davon vermittelt, welche enormen Potenziale das Handeln in der Masse birgt – dies ist zweifelsohne das besondere Verdienst von Block G8 gewesen. Und sie haben drittens auf überzeugende Weise dargeboten, inwieweit Bündnispolitik Dinge ermöglicht, die ansonsten kaum erreichbar gewesen wären. Die entscheidende Herausforderung wird es nun sein, diese Erfahrungen und Einsichten in alltagstaugliche Politik zu übersetzen – unter realistischer Berücksichtigung der herrschenden Kräfteverhältnisse.

**Gregor Samsa (NoLager Bremen)**

Anmerkung:

1) Thomas Seibert: Zehn Thesen zur Heiligendamm-Mobilisierung. In: Sand im Getriebe Nr. 60; vgl. [www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/](http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/)

2) Werner Rätz: Wo steht die Bewegung? Relative Erfolge und viel Klärungsbedarf. In: *ila* 307; [www.ila-bonn.de/solidaritaet/307heiligendamm1.htm](http://www.ila-bonn.de/solidaritaet/307heiligendamm1.htm)

3) Atilio Borón zit.n. Dieter Boris, Stefan Schmalz, Anne Tittor: Reflexionen zur „neoliberalen Hegemonie“ in Lateinamerika. In: dies. (Hrsg): Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie. Hamburg 2005

4) Ben Trott: Five Fingers Beat 16,000 G8 Cops: Are we winning, again?; [http://gipfelsoli.org/Home/Heiligendamm\\_2007/Texte\\_danach/3308.html](http://gipfelsoli.org/Home/Heiligendamm_2007/Texte_danach/3308.html) (Übersetzung GS)

5) vgl. [www.gipfelsoli.org](http://www.gipfelsoli.org)

6) Alex Foti: Nach dem Flaschen schmeißen an den Barrikaden zurück auf den Webseiten der ketzerischen Linken; <http://gipfelsoli.org/Texte/Militanz/3332.html>

*aus: ak 519, 17.8.2007*

## Den Absprung wagen

### Zu den Perspektiven der Linken nach Heiligendamm

**Es ist nicht leicht, kontrovers auf einen Beitrag zu antworten, dem man im Wesentlichen zustimmt. Gregor Samsa hat in ak 519 eine Analyse der Heiligendamm-Mobilisierung unternommen, die ich in fast allen Punkten für richtig halte. Wenn ich ihm widerspreche, dann, weil es mir weniger um den Befund als um seine Bewertung geht.**

So stimme ich Gregor völlig zu, wenn er schreibt, dass (a) die neoliberale Hegemonie in globaler Hinsicht ungebrochen und auch in Lateinamerika bestenfalls geschwächt ist, (b) die Realpolitik hier „unvermindert“ auf die „neoliberale Modellierung der Gesellschaft“ zielt, (c) die Mobilisierung nach Heiligendamm ihren letzten Schub erst aus der Empörung über die Repression im Vorfeld erfuhr, (d) die mediale Beachtung der Proteste mindestens ambivalent war, (e) die wachsende Anerkennung von Globalisierungskritik nicht mit einer wachsenden Anerkennung von Kapitalismuskritik verwechselt werden darf, (f) das breite Mobilisierungsbündnis ein brüchiges war und nicht von einer wirklichen „Kultur“ der Kooperation zwischen moderaten und radikalen Linken getragen wurde, (g) in der Militanzfrage nur schwer zu überbrückende Gräben aufgebrochen sind, (h) es nicht gelungen ist, Verbindungen zu Alltagskämpfen und Auseinandersetzungen in den Betrieben zu schaffen. Uff, und jetzt? Ganz einfach: Ich halte zunächst einmal trotzdem an der von Gregor bestrittenen Einschätzung fest, dass wir (a) eine „Linksverschiebung des politischen Feldes“ unterstellen dürfen und dass die Linke (nicht nur) in Deutschland (b) einen Prozess der „Neuformierung“ durchläuft.

### Keine Differenz im Befund, aber in der Bewertung

(a) Mit „Linksverschiebung des politischen Feldes“ meine ich zunächst nur das, was Gregor selbst einräumt: dass „die Diskurshegemonie des Neoliberalismus in den vergangenen Jahren reichlich Blessuren davongetragen“ hat. Natürlich schlägt sich das erst mal nur in der Verstärkung allseits beklagter „Politikverdrossenheit“ nieder. Die kann nach links wie nach rechts ausschlagen, wird wahrscheinlicher aber, das ist mein Pessimismus, einem Verschwinden des Politischen und der Tendenz zu „post-politischen“ Verhältnissen zuarbeiten.

„Post-politisch“ nenne ich Verhältnisse, in denen – ein Punkt nur, aber ein zentraler – die uns vertraute Zuordnung von privatem und öffentlichem Raum insoweit kollabiert, als der Mehrheit der Gesellschaft nur noch ein Privatleben zugestanden wird (dass das ein ärmliches sein wird, ist nur die Hälfte des Problems. Schlimmer könnte werden, dass die Leute die Privatisierung des Lebens von sich aus gar nicht mehr in Frage stellen). Sofern der Neoliberalismus als selbst noch politische Formation auf eine solche Option radikalisiert werden könnte (seine Besonderheit liegt darin, Post-Politik denkbar zu machen), kann die „vielbeschworene Bewegung der Bewegungen“ als Bewegung der Verteidigung des Politischen gewertet werden, d.h. als Bewegung für die Verteidigung der Konzeption einer Gesellschaft, die sich selbst öffentlich zum Problem macht.

Ich glaube, dass die spezifische Politisierung der für die Woche von Heiligendamm so wichtigen jüngeren Aktivis-

Innen ihren drive in einem solchen Anspruch auf Politik hat und dass die schiere Präsenz von 20.000 Leuten während der Protestwoche, die „temporären autonomen Zonen“ der Camps, Demonstrationen und Blockaden, auch die Debatten des Alternativgipfels erfahrbar gemacht haben, was Öffentlichkeit sein kann. Ich glaube auch, dass in diesem Moment der Grund für das hohe Maß an Selbsttätigkeit und -bestimmung lag, das die jüngeren und älteren AktivistInnen vor Ort an den Tag gelegt haben: Die attac-Chefs können davon ihr Lied singen ... Die Wiederinanspruchnahme des Politischen ist dann auch der Grund für die natürlich begrenzte und selbst wieder zweideutige Offenheit der Medien gewesen: „Politik“ teilt sich mit oder ist nicht.

Um an dieser Stelle einen Haken zu schlagen: Wo genau bitte liegt das Problem, dass die Mobilisierung selbst (in ihrem moderaten wie in ihrem radikalen Flügel) von einer Minderheit von „Kadern“ getragen wurde – Gregor spricht von Leuten, die im Durchschnitt „10-15 Jahre älter“ waren als diejenigen, die später die „Straße“ oder das „Feld“ besetzt haben? Doch nicht im Faktum selbst – so viel Leninismus muss sein. Problematisch wäre, wenn diese Kader gar nicht oder in unangemessener Weise organisiert wären. Und damit bin ich beim zweiten Punkt, der „Neuformierung“ der Linken.

(b) Diese – ich gebe zu: zarte – Hoffnung hat sich in der Heiligendamm-Mobilisierung in der Bedeutung verdichtet, die der Interventionistischen Linken (IL), aber auch dem dissent!-Netz zufiel, sie artikuliert sich (nur scheinbar paradox) in der Krise von attac, und sie formiert sich (vielleicht) in der LINKEN.

### **Wir werden nicht die Linke bleiben können, die wir sind**

Um mit letzterer anzufangen: Lasst uns bitte nicht über die strukturellen Grenzen einer linkssozialistischen Wahlpartei diskutieren – das Desaster von Rifondazione Comunista bringt hier alles auf den Punkt. Dennoch ist der (internationale) Prozess der Formierung solcher Parteien insoweit offen, als er (noch) nicht auf die Erfahrungen verrechnet werden kann, die mit den historischen SP- und KPen gemacht wurden. Tatsächlich wissen nicht wenige der Beteiligten, dass es um die Formierung eines neuen Typs solcher Parteien geht: bezeichnenderweise sind das oft solche, die nicht zu deren rhetorisch „linken“ Flügen gehören.

Offen ist auch, was aus der IL werden kann, die bis jetzt nur ein Anfang ist, wenn auch ein viel versprechender. Offen ist schließlich, ob die Krise von attac ein Neubeginn wird: gesichert scheint mir zu sein, dass auch der attac-Prozess, der mehr umfasst als das Organisationsgeschehen, einer Wiederinanspruchnahme von Öffentlichkeit und Politik Ausdruck verleiht. Was an all‘ dem neu ist? Die Selbstartikulation einer gesellschaftlichen Linken, die ihre konstitutive Pluralität bejaht. Darunter verstehe ich zum Beispiel, dass moderate und radikale Linke sich weniger einem Problem des Entweder-Oder als dem einer auf Dauer gestellten Arbeitsteilung konfrontiert sehen. Auf Dauer zu stellen und strategisch zu bejahen ist diese Arbeitsteilung, weil sie auf strukturell unterschiedliche, aber zumindest prinzipiell

gleichwichtige und deshalb nicht einfach ideologisch abzuwählende Möglichkeiten politischen Handelns bezogen ist.

(c) Was ist dann aber, darauf wollte Gregor ja hinaus, die Herausforderung, die uns gestellt ist? Wir müssen das eine (die Neuformierung einer strukturell pluralen Linken) auf das andere (die Linksverschiebung des politischen Feldes) beziehen, und das nach Möglichkeit in strategisch reflektierter Form. Wir werden also nicht die Linken bleiben können, die wir waren, werden neu bestimmen müssen, was moderat und radikal ist und wie beides in produktive Reibung gebracht werden kann. Wir werden lernen müssen, dass moderat und radikal keine Frage der politischen Identität, sondern der Notwendigkeiten des Tages ist. Ich glaube wirklich, dass sich davon in der Mobilisierung und vor Ort schon einiges gezeigt hat. Trotzdem.

**Thomas Seibert**

*aus: ak 520, 21.9.2007*

---

# Wenn der Staub sich legt

**oder: Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend**

50

**Auch wenn die Vielfalt sozialer Kämpfe prinzipiell keine bestimmbare Grenze hat, verdichten sich Revolten und Alternativen stets in besonderen Auseinandersetzungen. Für die Interventionistische Linke (IL) war die Beteiligung an den Protesten gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm das erste große und gemeinsame Projekt. Mit allen anderen Spektren der Bewegung haben wir den Kadern der herrschenden Klasse kräftig in die Propagandasuppe gespuckt. Der Gipfel von Heiligendamm wird in Deutschland sicherlich der letzte dieser Form gewesen sein: Noch einmal 100 Mio. Euros nur um über das Wetter zu reden?**

Vielen ist heute deutlicher, dass das G8-Projekt welthistorisch nichts mehr reißen wird, dass der vom Sozialkrepel aus Zeiten der Systemkonkurrenz befreite Kapitalismus jetzt einfach macht, was er am besten kann: die von ihm beherrschten Gesellschaften immer wieder ordentlich durchrütteln, Kriege führen und ganze Kontinente verwüsten – das volle Programm. So hat Heiligendamm seinen Teil zum wachsenden Hegemoniedefizit der Großen Koalition und ihres Oppositionspondants beigetragen: Fast 50 Prozent der Leute halten sich diffus für „links“, nur noch zehn Prozent meinen, die SPD solle sich „um Gleichheit in der Gesellschaft“. Das ist erfreulich, auch wenn wir nicht vergessen, dass 80 Prozent schon „mit der Arbeit von Bundespräsident Köhler zufrieden“ sind, wenn der ab und an den eigenen Politikbetrieb anblafft.

## Wer mit wem und wie

Im Folgenden reden wir von uns und unseren eigenen Erfahrungen. Wir tun dies zur Selbstverständigung und weil wir von allen Seiten dazu aufgefordert werden. Von denen, denen wir nicht „friedlich“ genug waren und für die wir „ordnungspolitisch“ versagt haben. Von denen, die uns umgekehrt für „AbwieglerInnen“ halten. Von denen nicht zuletzt, mit denen wir in der zweijährigen Mobilisierung und vor Ort erfolgreich und solidarisch zusammengearbeitet haben. Auch wenn andere sich längst gemeldet haben, kommt unsere Einschätzung der Protesttage nicht zu spät. Tatsächlich sind wir mit unserer Diskussion längst nicht am Ende, haben damit erst begonnen. Das ist nicht relativierend gemeint, sondern unterstreicht den fragmentarischen Charakter unserer Äußerungen: Die Anti-G8-Mobilisierung war schließlich der erste Praxistext unseres Projekts einer interventionistischen Linken. Der für uns entscheidende Maßstab der Kritik ist die Orientierung auf eine Politik, die von links her auf gesellschaftlich relevante Interventionen in (die Doppelung ist gewollt) gesellschaftlich relevante Auseinandersetzungen zielt. Dazu bedarf es einerseits offener und breiter Bündnis-Konstellationen und andererseits einer Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte in antagonistischer Perspektive.

Der G8-Protest war die seit Jahren größte Mobilisierung der radikalen Linken in Deutschland. Gemeinsam mit moderaten Linken und mit GenossInnen und AktivistInnen aus anderen Ländern haben wir den Gipfel effektiv blockiert und mit der Demonstration, in den Camps und während der Aktionstage eine rebellische Welt lebendig werden lassen: Globalisierungskritik wurde Massenpraxis.

Staatstragende Meinungsmache und gezielte Repression wollten das schon im Vorfeld verhindern. Eingetreten ist das Gegenteil: Die bundesweiten Hausdurchsuchungen nach §129a („Gründung einer terroristischen Vereinigung zur Verhinderung des G8-Gipfels“) stärkten die kämpferische Ausrichtung der Bewegung. Dabei blieben die Polizeigriffe kein Privileg der Rostocker Samstagsdemonstration. Trotz des medialen Versuchs, die „Friedfertigkeit“ der Blockaden gegen die Demonstration auszuspielen, kam es zu den meisten Schwerverletzten nicht am Samstag, sondern am Donnerstag, als die Polizei die AktivistInnen am Westtor des Sicherheitszaunes mit Knüppeln, CS-Gas und Wasserwerfern angriff. Hunderte saßen tagelang in den Hundezwingern der Staatsgewalt; auch nach Rostock kam es zu Hausdurchsuchungen. Nicht zu vergessen schließlich der tendenziell übergeschnappte Polizeichef, der zur militärischen Luftaufklärung mal eben Bundeswehr-Tornados über das Camp in Reddelich schickte.

## Der 2. Juni

Unbemerkt blieb beinahe, dass die Rostocker Demonstration am 40. Jahrestag der Erschießung Benno Ohnesorgs stattfand – symbolisches Datum für den Aufbruch einer emanzipatorischen Linken, materieller Beleg aber für die Bereitschaft der Polizei, gegen „Staatsfeinde“ mit allen Mitteln vorzugehen. Wie werden wir (und nicht nur wir) den 2. Juni 2007 erinnern, der schon deshalb zum Erfolg wurde, weil an der Demonstration 80.000 Menschen teilnahmen? Umstritten sind die als solche längst bekannten Geschehnisse am Stadthafen: ein zerstörtes Polizeiauto, Steinwürfe, die auch eigene Leute trafen, Bullenangriffe, die zurückgeschlagen wurden, DemonstrantInnen, die genervt oder verängstigt weggingen. Gedeutet wird all das in einer Vielzahl von Geschichten. Geschichten von Desorientierung und Übermut, Ohnmacht und Kollektivität, Freude und Angst. Für die einen sind es die „Krawalle von Rostock“, für die anderen der Tag, an dem die Bullen mal wieder rennen mussten und die Staatsmacht für einen Moment die Kontrolle verlor. Für die einen hat der „Schwarze Block“ die Polizei angegriffen, für andere die Polizei provozierend angefangen und die passende Antwort bekommen. Und für wieder andere sind klirrende Schaufenster bei einem solchen „Großereignis“ eine notwendige Bildstörung, ob man das nun schätzt oder nicht. Sichtweisen und Geschichten, die weit auseinanderklaffen und sich zu einem guten Teil auch widersprechen.

Die Diskussion durchzieht und polarisiert auch die IL. Um es zugespitzt und provozierend zu sagen: Wir sind „KrawallantInnen“ und „AbwieglerInnen“ in einem, sind der Schwarze Block und die Deeskalationscombo. Unsere teils widersprüchlichen Aussagen und unsere Fehleinschätzungen müssen auch vor diesem Hintergrund gelesen werden. Wir waren eine gewichtige Stimme in der Demoleitung und wollten mit dem offenen Make-capitalism-history-Block die Vielfalt unseres Zusammenhangs präsentieren, als gemeinsame Initiative für eine linksradikale, weil antagonistische Strömung im breiten Bündnis des G8-Protestes.

Keine Frage, dass wir die gemeinsame Absprache des Vorbereitungskreises trugen und unterstützten, nach der Auseinandersetzungen auf der Demonstration vermieden werden und von uns deswegen auch keine Angriffe ausgehen sollten. Die unmissverständliche Zustimmung zum Bündniskonsens schloss ein, dass wir immer gesagt haben, im Fall von Angriffen der Polizei auf militante Gegenwehr nicht zu verzichten. Keine Zusage trafen wir über Kleiderregeln. Obwohl es keinen Beschluss gab, uns zu verummeln, haben das viele von uns getan: eine Abstimmung mit den Tüchern, die, das müssen wir auch feststellen, anziehend und ausgrenzend zugleich wirkte, auch für einige von uns.

Keine Frage nun aber auch, dass sich GenossInnen aus dem Block Make capitalism history bewusst für Steine entschieden haben. Wir sind nun allerdings nicht der Generalvertreter aller Linksradikalen, auch wenn das viele im Bündnis meinten. Das eigentliche Problem am Rostocker 2. Juni bestand für uns dabei nicht darin, dass es überhaupt Auseinandersetzungen mit der Polizei gab, dass Scheiben klirrten und Steine flogen. Problematisch war, dass – jedenfalls für eine bestimmte Zeit – keiner der Akteure „das Ganze“ im Blick behielt: die Reihen geschlossen zu halten und die Demonstration auch gegen die Staatsgewalt zu Ende zu bringen. An einer Stelle fand ein nettes Konzert statt und an anderer Stelle flogen die Fetzen. Statt die Reihen zu schließen, wurde der KAVALA und ihren Hundertschaften immer wieder die Gelegenheit gegeben, brutal in die Demo reinzugehen, während sich andere schon zu dieser Zeit mit wohlfeiler Distanzierung und Verharmlosung der Polizeigewalt in Szene setzten.

Besonders bitter für uns, dass auch einige von uns öffentlich (und andere in weniger öffentlichen Diskussionen) bruchlos in die Distanzierung einstimmten. Im Ergebnis fehlte uns in der einen Situation die Wachsamkeit und in der anderen der kühle Kopf. So ist eine Demo eben erst nach der Abschlusskundgebung zu Ende. Doch lösten sich, als unser Block am Stadthafen ankam und dem entgegenkommenden zweiten Zug begegnete, die Demospitze und auch ein Großteil unserer Reihen auf, obwohl eine polizeiliche Reaktion auf den demolierten Einsatzwagen nicht ausgeschlossen war. Danach brauchten wir viel zu lange, um unsere kollektive Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und der Verantwortung für unseren Block und die ganze Demonstration gerecht zu werden. Trotz dieser Selbstkritik bleibt festzuhalten, dass es uns mit vielen anderen zuletzt gelang, zum Schutz der Demonstration Ketten um den Versammlungsplatz zu bilden und damit Fortsetzung und Abschluss von Konzert und Kundgebung zu ermöglichen.

## **A-Anti-Anticapitalista!**

In den Tagen nach der Großdemonstration setzte sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit der letzten Jahre gegen die Abgrenzungsreflexe durch. Dabei waren viele Leute auch aus den IL-Gruppen, aus den Reihen der verschiedenen Bündnispartner und in den Camps zunächst in doppelter Hinsicht verunsichert. Zum einen über die Grundlage, auf der wir uns über Gemeinsames und Trennendes verständigen und Absprachen eingehen, um weiter offensiv handeln zu können. Verunsichert zum anderen über das Verhalten eines Polizeiapparats, der für massive Gewalt gegen DemonstrantInnen weitgehend öffentliche Rückendeckung zu haben schien.

Die gemeinsamen Diskussionen waren mitentscheidend, sich nicht entmutigen zu lassen. Dafür war es notwendig und richtig, nicht nur intern, sondern auch öffentlich zu sagen, dass wir die Zuspitzung am Samstag in dieser Form nicht geplant hatten (ein Großteil der Demonstration war noch gar nicht angekommen). Es ist uns jedoch nicht gelungen, deutlich zu machen, dass wir damit eine konkrete Situation kritisierten, ohne uns generell von einer Aktionsform oder gar einem Teil der DemonstrantInnen zu distanzieren. Zwei Beispiele nur. Es war idiotisch, sich nach dem Samstag öffentlich von „den Autonomen“ zu distanzieren, schon deshalb, weil wir auch die Autonomen sind. Ebenso idiotisch war, ausgerechnet gegenüber der Springer-Presse kleinbürgerliche Ressentiments zu bedienen und von „einer wilden Mischung aus Hooligans, Jugendlichen aus der Gegend und Leuten aus dem Ausland“ zu quatschen. Im Sinne der alten Weisheit des Vorsitzenden Mao, nach der einE jedeR vor der eigenen Haustür kehren und sich zuerst an die eigene Nase fassen soll, waren wir da offenbar selbst von Repräsentationsproblemen getrieben.

Im Ergebnis ergab das den scheinbaren Gleichklang eines Distanzierungschors, in dem Tenöre aus anderen Reihen dann nicht einmal davor zurückschreckten, GenossInnen („Straftäter“) bei Bedarf der Polizei ausliefern zu wollen. Bezeichnenderweise waren das dann aber dieselben, die in den folgenden Tagen fassungslos über den Mut und die Entschlossenheit der AktivistInnen staunten. Tausende blieben oder kamen während der Aktionswoche wieder an die Küste. Keine Intrigen und Horrorszenarien konnten das gewonnene Selbstvertrauen in Frage stellen; eine Absage der Blockaden kam gar nicht in Frage. Die Belagerung des Gipfels wurde zum Riesenerfolg – und zum emanzipatorischen Bildersturm: Unzählige AktivistInnen ließen die Robocops rechts liegen, besetzten die Zugangswege vor dem Sperrwall und machten die G8-Show hinterm Zaun für zwei Tage einfach dicht.

Dass diese kollektive Selbstermächtigung in ihrer politischen Perspektive über das unmittelbare Ergebnis hinausweisen kann, ahnt der konservative Klasseninstinkt naturgemäß am besten. „Schlimmes ist geschehen“, resümierte der Leitartikler der FAZ den „Erfolg von Heiligendamm“ und machte folgende Feindmarkierung: „Es geht um Organisationen, die ‚begrenzte Regelverletzungen‘ für legitim halten, diese Strategie geradezu zum Programm erhoben haben und damit in den Rechtsstaat eine Bresche schlugen, die dann diejenigen nutzen, denen es um entgrenzte Regelverletzung,

also um schiere Gewalt, geht. Man sollte es in Deutschland wissen: auf die ‚Gewalt gegen Sachen‘ folgt die ‚Gewalt gegen Personen‘, das heißt: der politisch motivierte Mord.“ Richtig daran ist nicht die zuletzt unterstellte Kausalität als vielmehr der Verweis auf die Bedeutung massenhafter Grenzüberschreitung: die Sachen wieder gemeinsam in unsere Hände zu nehmen, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen, aus gemeinsamen Erfahrungen Solidarität zu organisieren und gegen Staat und Kapital zu richten – ein, zwei, viele Breschen schlagen.

### **Mobilisierung des Gemeinsamen**

Dabei weist die „Choreografie des Widerstandes“ noch in einer anderen Perspektive über den unmittelbaren Erfolg hinaus. Sie zeichnete sich vor allem anderen nämlich dadurch aus, dass Demonstration, Aktionstage, Alternativgipfel, Camps und Blockaden ohne die großen Apparate linker Gewerkschaften und Parteien organisiert wurden, die in anderen Ländern Europas dafür „zuständig“ sind. Die Gewerkschaften waren, sieht man von wenigen linken Funktionären ab, an den Protesten kaum interessiert, die neue Linkspartei ist jedenfalls aktuell nicht bewegungsorientiert, und attac, der größte Akteur neben der radikalen Linken, verfügt über weniger Ressourcen, als viele meinen. So entsprang das ganze Geschehen einer Basismobilisierung im besten Sinn des Worts, ohne Sponsoring und Hauptamtliche, gestützt allein auf die Erfahrung und den Einsatz der AktivistInnen selbst. Das bewiesen während der Gipfeltage nicht nur die großartige Camp-AG, sondern im Vorfeld schon die dissent-Infotour und die internationalen linksradikalen Vernetzungstreffen, die europaweit für die Protesttage mobilisierten. Es ging aber auch nicht ohne die Zusammenarbeit aller Teile der Bewegung, die quer zu scheinbar unüberwindlichen Widersprüchen das gemeinsame Handeln in die erste Reihe rückte und von der radikalen über die moderate Linke und attac bis zu einigen NGOs reichte. Das lief nicht ohne harte Kompromisse: Das „Hannoveraner Treffen“ ließ nicht mehr zu als eine technische Koordination ohne gemeinsame politische Grundsätze und gemeinsame Kasse. Dabei mussten wir uns als Bewegungslinke eines miesen Klientelismus erwehren, der zugunsten der an der Mobilisierung gar nicht beteiligten Grünen die Linkspartei unsichtbar machen wollte und das mit dem Taschenspielertrick einer „parteiunabhängigen Zivilgesellschaft“ begründete. Im Vorfeld bereits absurd, war das vor Ort nur noch abgeschmackt: Haben doch gerade Leute aus der LINKEN wesentlich dazu beigetragen, das Demobündnis am Samstagabend zusammenzuhalten. Dennoch: Aufs Ganze gesehen funktionierte die Kooperation, stiftete hoffentlich bleibendes Vertrauen und bestätigte derart auch unsere Kritik an der Selbstgenügsamkeit einiger linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen.

### **Die kommende Zeit**

In der Vorbereitung und vor Ort wurde die IL vielfach als ein etablierter Akteur behandelt. Dabei wurden inhaltliche und organisatorische Anforderungen an uns herangetragen, die wir zu diesem Zeitpunkt nur situativ lösen konnten, weil wir über entsprechende Arbeits- und Entscheidungsstrukturen noch gar nicht verfügen, uns über solche nicht einmal einig sind. Diese Entwicklung ein- und nachzuholen ist die jetzt vor uns liegende Aufgabe.

So setzten wir zwar großspurig auf einen erfolgreichen Sprung der Massen und sprachen im Aufruf von 100.000 DemonstrantInnen, waren dann aber von den 20.000 Leuten mehr als beeindruckt, die nach dem Sonntag in den Camps blieben. Beeindruckt waren und sind wir auch davon, dass allein die radikale Linke gut und gerne 15.000 AktivistInnen mobilisieren kann und so viele junge Leute sich mit der globalisierungskritischen Bewegung identifizieren. Mit ihnen Orte der Diskussion und Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zu schaffen, ist die größte politische Herausforderung, die nicht allein der IL, sondern uns allen gestellt ist. Die Produktion des Gemeinsamen, ihre Netzwerke und Kooperationen und ihre Autonomie können nur Bestand haben, wenn sie zugleich die kollektive Autonomie der sozialen Bewegungen und die Intensität der sozialen Kämpfe stärkt.

„63 Prozent der Befragten bezeichnen sich als links, 20 Prozent stufen sich als linksradikal ein“, konstatiert das Zentrum für Kindheits- und Jugendforschung der Universität Bielefeld nach der Befragung von 3.576 DemonstrantInnen unter 25 Jahren während der Aktionstage vor Ort. Überrascht hat die Forscher dabei eine Bereitschaft zu „illegalen Aktionen“, zu denen sie unter anderem „Angriffe auf Firmeneigentum“ rechnen.

„Vorsicht bei der Verwahrung von Erfahrungen“ sagt Me-Ti in Brechts „Großer Methode“ und verweist darauf, dass Erkenntnisse Schneebällen gleichen. Sie können gute Waffen sein, doch kann man sie nicht lange aufbewahren, schon gar nicht in der Tasche. Der Bruch mit den herrschenden Verhältnissen ist ein gesellschaftliches Projekt auf lange Sicht und zugleich ein Projekt des individuell und kollektiv gelebten Augenblicks. Eine radikale Politik kann ihre Erfahrungen nur ausschöpfen, wenn sie die Einforderungen von Alternativen in Kampagnen, Bündnissen und Bewegungen mit ihrer praktischen Vorwegnahme und Erprobung im eigenen Alltag verbindet. In dieser Perspektive sollten radikale Linke bescheiden sein. Wir stehen noch am Anfang und sind doch längst darüber hinaus. Entsprechend offen ist unsere Zukunft. Wir machen weiter.

**Interventionistische Linke, August 2007**

*aus: ak 520, 21.9.2007*

---

# Neue Gemeinplätze (Teil II)

## Globale Soziale Rechte und linke Intervention

53

**Zum Abschluss der Woche von Heiligendamm bilanzierte die Interventionistische Linke: „Bilder sagen mehr als tausend Worte. (...) Das Spektakel der G8 ist geplatzt, ihre Zeit läuft ab, unsere bricht an.“ Es gehört zum linken esprit de sérieux, dass der offenbaren Ironie der IL postwendend mit dem Verweis auf das Elend der Welt und die Schwäche der Guten begegnet wurde. Der folgende Beitrag geht stattdessen der Frage nach: Welche Zeit läuft ab? Welche beginnt? Ernimmt damit die Gedankengänge der G8-Broschüre (Fantômas 11) auf. (1)**

Für die radikale Linke in Deutschland war die Heiligendamm-Mobilisierung trotz des Verlaufs der Samstags-Demonstration ein Erfolg. Punkt. Ein zweiter Erfolg war die nur zwei Wochen später vollzogene Gründung der Partei DIE LINKE – für die, die da mitmischen wollen wie für die, die das nicht tun. Soll vermessen werden, was in globalisierungskritischer Bewegung jetzt auf dem Spiel steht, bleibt zuerst zuerinnern, was von ihr bisher zu sagen war. Dies betrifft ihren programmatischen Einsatz, ihre subjektive Zusammensetzung, ihren strategischen Ansatz und ihren heute erreichten Stand.

### In gebotener Kürze

Den programmatischen Einsatz dieser Bewegungen benennt ihre zentrale Losung: „Eine andere Welt ist möglich!“ Deren Unbestimmtheit reflektiert ihren historischen Ausgangspunkt: den Zusammenbruch nicht nur des real existierenden Sozialismus, sondern der gesamten Linken des 20. Jahrhunderts im Prozess der neoliberal dominierten kapitalistischen Globalisierung. Sie reflektiert zugleich, dass die Bewegungen bisher nur durch ihre Entgegensetzung zum neoliberalen Regime zusammengehalten werden. Darin artikuliert sich zugleich ihre subjektive Zusammensetzung: sind sie bis heute doch nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Allianz aller anti-neoliberalen politischen Akteure. Zu ihr gehören Sozial- und Umweltverbände sowie NGOs, Gewerkschaften und kirchliche Organisationen, die Reste der Friedens- und Umweltbewegungen, AktivistInnen verschiedener Sozialproteste sowie die Reste und die Neuaufbrüche moderater wie radikaler linker Parteien und Organisationen – das Ganze natürlich in kontinental- und länderspezifischer Variation, aber immer irgendwie so. In Lateinamerika beziehen sich auch einzelne Regierungen bzw. Staaten auf die „Bewegung der Bewegungen“, nicht nur, weil sie auf deren Loyalität hoffen, sondern weil auch sie primär durch ihre oppositionelle, eben: anti-neoliberale Rolle im globalen Staatensystem bestimmt werden.

Der subjektiven Zusammensetzung entspricht ihr strategischer Ansatz. Dieser liegt in einer Verpflichtung auf einen grundsätzlichen, weil zugleich strategisch und programmatisch verstandenen Internationalismus und Pluralismus.

Von entscheidender Bedeutung kann sein, dass dieser Pluralismus auf einen neuen Umgang mit der ebenso historischen wie strukturellen Spaltung der Linken in moderate und radikale Strömungen zielt.

Bedeutsam ist das gerade in Hinsicht auf ihren heute erreichten Stand. Dieser wird durch die offenbare Krise des Neoliberalismus bestimmt, die sich nicht mehr nur in der Ideologie, sondern auch auf der Ebene der Realpolitik artikuliert. Um einem Missverständnis vorzubeugen, seien zwei Punkte ausdrücklich festgehalten:

1. Auch wenn die Krise erste realpolitische Effekte zeitigt, bleibt sie eine solche der Hegemonie, d.h. der ideologischen Dimension der Herrschaft.

2. Auch wenn sie zu ihr beigetragen haben, kann die Krise selbst nicht als Folge der Bewegungen gewertet werden. Die Schwäche des Neoliberalismus resultiert vielmehr aus mehreren, internen wie externen Gründen. Zu denen gehört nicht zuletzt der zunehmende Einfluss von Staaten bzw. Regierungen, die wie China oder Russland zwar Teil des kapitalistischen Empire sind, doch an der Bildung der neoliberalen Hegemonie nicht beteiligt waren und deshalb für alternative Regulationsweisen des Kapitalismus offen sind.

### Globale Soziale Rechte

Soll die Krise des Neoliberalismus forciert und die Möglichkeit einer anderen Welt praktisch werden, müssen die Bewegungen diese Welt allerdings dringend näher bestimmen. Sie werden auch dabei auf das Scheitern ausnahmslos aller Versuche einer Überwindung kapitalistischer Gesellschaft zurückverwiesen. Tatsächlich ist mit der Wende von 1989 nicht nur die unmittelbare Bezugnahme auf die Namen Sozialismus und Kommunismus, sondern auch die Bezugnahme auf die in ihnen gedachte Form der Gesellschaftsveränderung unmöglich geworden, nach der es dabei um „Systemalternativen“ zwischen zwei prinzipiell unterschiedlichen „Gesamtgesellschaften“ gehen sollte. Das heißt nicht, dass es künftig nur noch um Veränderungen innerhalb des Kapitalismus gehen dürfe. Doch kann dessen Überwindung nicht mehr als Abfolge verschiedener „Systeme“ gedacht werden, selbst dann nicht, wenn sie durch Übergänge vermittelt würde.

In den Bewegungen selbst wird dieses Problem in den internationalen Diskussionen um „Globale Soziale Rechte“ bearbeitet. Auch wenn es dort im Wortsinn zunächst „nur“ um Rechte von transnationaler Geltung geht – eine Sache, die schon von den Menschenrechten her vertraut und zugleich strittig ist –, schwingt im Ausdruck „global“ doch die weiter reichende Bedeutung mit, nach der im Kampf um solche Rechte genau die andere Welt gemeint wird, um die es den Bewegungen geht. Vor und in Heiligendamm wurde diese Diskussion von einem typisch globalisierungskritischen Bündnis vorangetrieben, zu dem neben attac die

entwicklungspolitischen NGOs medico international und FoodFirst Informations- und AktionsNetzwerk (FIAN), das antirassistische Netzwerk kein mensch ist illegal (kmii), die Grundsatzabteilung der IG Metall sowie zumindest zeitweilig einerseits Greenpeace und andererseits die Euromärsche und schließlich die Interventionistische Linke gehörten; im Rahmen ihrer eigenen Aktivitäten nahm an der Debatte auch die noch als PDS firmierende Linkspartei teil.

Dabei wurde deutlich, dass es einerseits stets um konkret einzufordernde besondere Rechte geht: um das Recht auf eine bedingungslose Grundsicherung (attac) bzw. auf Nahrung (FIAN) und den global gleichen Zugang zu Gesundheit (medico), um im Rahmen transnationaler Konzerne durchzusetzende Rechte von ArbeiterInnen und Angestellten (IGM), um das Recht auf weltweite Freizügigkeit und freie Wahl der Niederlassung (kmii) und schließlich um globale ökologische Gerechtigkeit (Greenpeace). Trotz ihrer zum Teil ja erheblichen Unterschiede stimmten alle Beteiligten darin überein, dass es in den verschiedenen Forderungen nach Globalen Sozialen Rechten nicht nur um im Einzelfall verbrieft und niedergelegte Rechte, sondern auch um die Kämpfe selbst geht – und damit nicht nur um staatlich, d.h. „von oben“ institutionalisierte, sondern auch um „von unten“, d.h. selbsttätig und eigenmächtig in Anspruch genommene Rechte. Dabei wurde deutlich, dass sich die beteiligten Bewegungen und Organisationen dazu auf eine längerfristige politische Zusammenarbeit einlassen und einen gemeinsamen Anspruch auf Gesellschaftsveränderung ausarbeiten müssen. Schließlich war und ist man sich auch darin einig, im europäischen Einigungsprozess die jedenfalls für uns nächste Dimension der Durchsetzung eines solchen Projekts auszumachen und den Kampf um die Konstitution der EU derart als nächsten Ernstfall anzusehen. Das Wort „Konstitution“ im doppelten Sinn verstanden: als formelle Verfassung und als Prozess der Hervorbringung.

### **Auf die Plätze, fertig ...**

Hing der für den bisherigen Zyklus der globalisierungskritischen Bewegungen kennzeichnende Internationalismus und Pluralismus immer auch an der aus dem Zusammenbruch der Realsozialismen resultierenden politischen Schwäche ihrer verschiedenen Akteure, könnte sich dies für einige Beteiligte schon in absehbarer Zeit ändern. Tatsächlich ist nicht mehr auszuschließen, dass es bald auch außerhalb Lateinamerikas anti-neoliberale Regierungen oder aber mindestens anti-neoliberale gesellschaftliche Mehrheiten und damit eine anti-neoliberale Realpolitik geben wird. Dabei wirkt in der Perspektive der dringendsten gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa der ökologischen oder der Herausforderung des im Wortsinn tödlichen Massenelends im Süden ein Problemdruck, der so stark ist, dass er sich seine subjektiven Akteurskonstellationen gleichsam objektiv schaffen wird.

Auf die Probe gestellt werden damit aber gerade der Internationalismus und der Pluralismus der Bewegungen und darin besonders der Zusammenhalt ihrer moderaten und ihrer radikalen Linken. Sofern Realpolitik immer auch staatliche Politik und damit Sache einer (heute stets transnationalen

und nach Lage der Dinge deshalb auch imperialen) Staatlichkeit sein wird, heißt das nämlich gar nichts anderes, als dass ein Teil der anti-neoliberalen Allianz selbst Staat werden wird. Natürlich werden dies die mit den Bewegungen verbundenen Parteien sein, deren gemeinsamer Charakter grob gesprochen darin liegt, in jeweils eigensinniger Variation zugleich „post-sozialdemokratisch“ und „post-kommunistisch“ zu sein. Hält man sich an die prominentesten Beispiele – die brasilianische Partido dos Trabalhadores (PT) und die italienische Partito Rifondazione Comunista (PRC) – besteht dabei zu Optimismus kaum Anlass. Im Gegenteil: macht man sich klar, dass solche Parteien – in Deutschland also DIE LINKE – zunächst nur in Koalition mit weiter rechts stehenden Parteien regieren können, wachsen sich die Bedenken des Unheils fast zu Gewissheiten aus. Dies ändert sich auch dann nicht, wenn die Mehrzahl der NGOs, die größeren Sozial- und Umweltverbände und vermutlich auch die Gewerkschaften offen auf diese Parteien orientieren und dabei auf sie einwirken sollten.

Bleibt also trotz der von Seattle bis Heiligendamm fortlaufend bestätigten Gemeinsamkeit der Bewegungen und ihrer Linken nur das alte Spiel, die letztendliche Spaltung zwischen „Reformisten“ und „Revolutionären“, und das heißt dann die mehr oder minder bereitwillige „Systemintegration“ der realpolitischen Mehrheit und die mehr oder minder freiwillige (Selbst-)Marginalisierung der radikalen Minderheit, bei zunehmender Ent-Politisierung derjenigen, um die es eigentlich geht – der Leute selbst? Bleibt, aus der radikalen Perspektive gesprochen, also wieder nur das Vertrauen auf die spontane und autonome Massenaktion, zeitgemäß in Holloway'schen Phrasen von „Anti-Macht“ verpackt? Oder zielt die den Bewegungen im Grunde heute schon gestellte Probe auf eine politische Erfindung, die nur als gemeinsame gelingen kann, d.h. in fortgesetzter, wenn auch nicht widerspruchsfreier Kollaboration, man kann auch sagen: Komplizenschaft von Moderaten und Radikalen? Eine solche Erfindung bestünde in ihrem Kern in einer Neubestimmung des Unterschieds von moderater und radikaler Linken, der dann nicht mehr im Sieg der einen oder der anderen Seite aufzuheben, sondern absichtlich und von beiden Seiten her auf Dauer zu stellen wäre, um derart zur Sache einer strukturellen und darin bitter ernstesten, wenn auch nur mit Ironie auszutragenden Arbeitsteilung zu werden.

### **... Und los: Phase Zwei der Globalisierungskritik**

Keinesfalls zufällig kommt im Problem einer solchen Erfindung der Partei eine entscheidende Rolle zu. Dies allerdings nur so, dass deren genauer Charakter zureichend erstens nur von allen Beteiligten auszuhandeln wäre und zweitens darin bestünde, dass ihr eben nicht die entscheidende Rolle zufällt. Keinesfalls zufällig lässt sich diese scheinbare Paradoxie (der Partei und damit dem Staat fällt und fällt nicht die entscheidende Rolle zu) wiederum in der Perspektive der Globalen Sozialen Rechte erläutern. Solche Rechte wird es nur dann geben, wenn sie im autonom organisierten Kampf gegen den Staat oder jedenfalls staatsfern erstritten werden. Mehr noch: solche Rechte wird es überhaupt nur geben, wenn die Leute, um die es geht, sich diese Rechte selbst nehmen.

Paradigmatisches Beispiel ist hier die autonom organisierte Migration, sofern es ein Recht auf weltweite Freizügigkeit und freie Wahl der Niederlassung de facto nur insoweit gibt, als die Leute von sich aus längst hier (d.h. überall) sind. Und andererseits: Soll der diesem Recht einbeschriebene Anspruch wirklich auf seinen Punkt kommen, wird es auch ein institutionalisiertes, d.h. ein verbrieftes, niedergelegtes und vom Staat garantiertes Recht werden müssen: weil es nur so wirklich in jedem einzelnen Fall und zugleich immer auch für alle gelten wird.

Wollte man dazu die TeilnehmerInnen der aktuellen Diskussionen um Globale Soziale Rechte befragen, wäre konkret nach ihrem Blick auf die Konstitution des europäischen politischen Raums zu fragen. In der Perspektive der Mehrheit der Beteiligten geht es dabei sicherlich um ein reformistisches Projekt, aus der Perspektive der radikalen Minderheit gesprochen: um den Versuch, in der europäischen Dimension dem transnationalen Kapital den „Klassenkompromiss“ abzurufen, der in nationalstaatlichen Grenzen nicht mehr durchzusetzen ist. Zentraler Akteur in dieser Auseinandersetzung wird eine Allianz der neuen Linksparteien sein, in Koalition mit nach dem Modell der amerikanischen Demokraten „modernisierten“ Sozialdemokratien und ebenfalls bestenfalls sozialliberal ausgerichteten Grünen – etwa so, wie es sich in Italien, aber auch in Deutschland in ersten Ansätzen abzuzeichnen beginnt.

Wäre ein solches Szenario das Ende der globalisierungskritischen Bündnisfreuden? Nicht unbedingt. Eine solche Wendung könnte nämlich dann gelingen, wenn sich moderate wie radikale Linke theoretisch und praktisch darüber verständigten, dass der Partei und mit ihr im Staat immer nur das möglich ist, was autonom organisierte Kämpfe herauszuschlagen vermögen. Ist die Intensität der Kämpfe hoch, geht da einiges, flacht sie ab, geht nur wenig oder gar nichts. Im Kampf um die Konstitution Europas könnte sich das zum Beispiel in der Definition einer dann europäischen Staatsbürgerschaft niederschlagen, in der Frage, wer warum welchen Anspruch auf sie hat und welche Rechte mit ihr verbunden sein werden. (2)

Kann es hier eine Komplizenschaft zwischen der moderaten und der radikalen Linken geben, müsste es nicht eine solche geben, jenseits steriler Denunziationen „reformistischer“ Beschränkung oder „revolutionärer“ Staats- und Realitätsferne? Wie wäre auf beiden Seiten das Vertrauen in die Möglichkeit einer solchen Komplizenschaft zu schaffen? Wie wäre ein solcher Austausch zu organisieren und zu institutionalisieren, in welchen Medien, in welchen Formen? Überhaupt: die Form – um sie kreisen die eigentlich wichtigen Fragen, weniger um die Mäßigung oder das Zulangen in den so genannten „inhaltlichen“ Punkten. Wie also müsste eine zu solcher Komplizenschaft bereite, ansonsten „bloß reformistische“ Partei beschaffen sein, wie ihr Verhältnis zu den Bewegungen und den Kämpfen, und wie umgekehrt deren Verhältnis zur Partei? Wie müsste sich in diesem Verhältnis eine radikale Linke verhalten, die selbst weder Partei noch Bewegung wäre? Das sind die entscheidenden Probleme, und erst in zweiter Linie der Wohl- oder Missklang von Partei- oder gar Koalitionsprogrammen. Schon in der Mobilisierung zu Heiligendamm hat sich gezeigt, dass der „Konsens von Porto Alegre“ zur Trennung von Partei und

Bewegung bzw. Zivilgesellschaft dazu relativiert werden müsste. Man sieht: die Dinge bleiben kompliziert und sind nur mit Ironie auszutragen. Dabei wurde von der in letzter Instanz entscheidenden Sache noch gar nicht gesprochen, von der Anordnung der Produktivkräfte als dem, was aller Politik vorausliegt und deshalb das eigentliche Politikum darstellt.

**Thomas Seibert**

Anmerkungen:

1) Vgl. Thomas Seibert, Neue Gemeinplätze. Bewegung, Organisation und linke Intervention, in: *Fantômas* 11, ders. *Connecting Words and Struggles. Wie und wozu man auf der Straße und im Saal „Bündnispolitik“ betreibt*, in: ak 518, Juni 2007; Gregor Samsa, *Mythos Heiligendamm. Schwärmereien verstellen den Blick auf die Herausforderungen*, in: ak 518, August 2007

2) Aus diesem Grund stimmten prominente Linksradikale wie Toni Negri oder Etienne Balibar für den von den EU-Regierungen ausgehandelten Verfassungsentwurf: Eine Entscheidung, die in ihrer Logik wegweisend bleibt, obwohl sie in der damaligen Situation und den um sie geführten Kämpfen falsch war. Vgl. Etienne Balibar, *Sind wir Bürger Europas?*, Hamburg 2003

*aus: Fantômas Nr. 12, Winter/Frühjahr 08*

# Wie weiter nach G8? Perspektiventage!

Ein Gespräch mit Katja Kipping (LINKE), Christoph Kleine (Avanti) und six hills

56

Vom 17. bis zum 20. Januar finden in Berlin sogenannte Perspektiventage statt. (Weitere Informationen unter: [www.perspektiventage.de](http://www.perspektiventage.de)) Das Treffen soll ein Ort sein, wo die verschiedenen Spektren, die während der Proteste gegen den G8 in Heiligendamm aktiv waren, gemeinsam Bilanz ziehen und Ausblick nehmen können. Wir haben die Perspektiventage zum Anlass genommen, uns genau zu diesen Fragen mit Katja Kipping, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Christoph Kleine von Avanti/Interventionistische Linke (IL) und einer Genossin der Berliner Gruppe six hills zu unterhalten.

**ak:** Was hat sich für Deine Arbeit mit Heiligendamm verändert?

**Katja Kipping:** Die grundsätzlichen Konflikte sind gleich geblieben. Im Bundestag gibt es – auch nach Heiligendamm – keine Mehrheit für eine repressionsfreie Grundsicherung. Und innerhalb meiner eigenen Partei muss ich immer noch für das Grundeinkommen werben. Diese Probleme sind nicht weg. Aber es hat sich einiges weiterentwickelt.

Es ist während der Gipfelproteste gelungen, eine Zusammenarbeit von Partei und Bewegung zu praktizieren – und zwar jenseits von Kolonierungsversuchen durch die Partei und jenseits einer devoten Unsichtbarkeit der Partei. Diese Zusammenarbeit hat sich gerade in kritischen Momenten bewährt. Die Kommunikationsdrähte sind seitdem kürzer, die Zusammenarbeit vertrauensvoller.

Die Erinnerung daran, wie bei den Blockaden das scheinbar Unmögliche möglich wurde, wirkt immer wieder beflügelnd. Zumal die innere Struktur der Blockaden bewiesen hat, dass demokratische Verfahren gerade auch in komplizierten Situationen praktikabel sind. Mich ermuntert dies in meiner politischen Praxis, statt auf autoritäres Ansagerum auf Teamgeist und selbstorganisierte Vielfalt zu setzen. Kurzum: Die Gipfelproteste haben bei mir zu einem großen Vorrat an Zuversicht geführt. Das macht mutiger und radikaler – im besten Sinne des Wortes.

**six hills:** Meine Gruppe hat sich zwei Jahre vor Heiligendamm für die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel gegründet. Einige von uns sind in der antirassistischen Bewegung aktiv. Teile davon haben sich mit dem migrationspolitischen Aktionstag an den G8-Protesten beteiligt. Nach Heiligendamm hat sich mein Fokus verändert. Neben der antirassistischen Politik interessiert es mich jetzt viel stärker, die verschiedenen Bewegungen zusammen zu bringen. Deswegen würde ich es auch begrüßen, wenn es 2008 nicht getrennte Klima- und migrationspolitische Camps gäbe, sondern ein großes – vielleicht parallel zum G8 in Japan.

Die Dynamik und Kraft, die in den Camps und auf den Feldern, bei den Blockaden rund um Heiligendamm entstanden ist, fand ich beeindruckend. Es wäre eine vertane Chance, hier nicht anzuschließen. Aber nicht nur, was das Aktionistische angeht, sondern auch hinsichtlich der inhaltlichen Klammern, wie es z.B. mit den globalen sozialen Rechten

versucht wird. Solche Punkte gilt es, gemeinsam zu finden. Ich hoffe, dass viele die Perspektiventage dafür nutzen werden, denn hier besteht die Möglichkeit, dass noch einmal richtig viele Menschen zusammen kommen, die rund um Heiligendamm aktiv waren.

**Christoph Kleine:** Die zwei Jahre G8-Vorbereitung waren für mich eng mit dem Projekt IL verbunden; dem Versuch, die undogmatische Strömung in der radikalen Linken sichtbar und handlungsfähig zu machen. Konkret in der Anti-G8-Kampagne bedeutete dies, einen bundesweiten Akteur auf Augenhöhe z.B. mit attac oder der Linkspartei zu schaffen. In dem relativen Erfolg dieses Versuchs spiegelt sich die Veränderung meiner politischen Arbeit vor Heiligendamm. Dass bei der Entwicklung einer bundesweiten Struktur Kollektivität und lokale Verankerung nicht verloren gehen, ist dabei große Herausforderung und gleichzeitig eine der Kernaufgaben linksradikaler Organisation.

Von den Erfahrungen in Heiligendamm bleibt die Kreativität und die Entschlossenheit der Blockierenden. Mit diesem „Wissen, dass es geht“ im Rücken werden die Aktionen und Kämpfe der nächsten Jahre anders sein – das ist schon jetzt spürbar.

Auch wenn einige nach „Gewaltfreiheit“ rufen (und damit oft genug nur das staatliche Gewaltmonopol affirmieren), auch wenn andere überall nur Verrat und Distanzierung sehen können und deshalb blind sind für die neue Qualität der Bewegung: Nach Heiligendamm muss die strategische Bündnisorientierung, die die Gipfelproteste 2007 getragen hat, fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Das wird im Erfolgsfall die dauerhafteste Veränderung unserer (und damit meiner) politischen Arbeit sein.

*Außer von der etwas nostalgischen Euphorie blieb nach dem Sommerloch nicht mehr all zu viel von den G8-Protesten übrig, oder? Waren die Proteste doch weniger nachhaltig, als oft behauptet? Wo sollte es strategisch eurer Meinung nach hingehen?*

**six hills:** Ich glaube, ihr seid da etwas vorschnell, es geht ja noch weiter und die Erwartungen sollten auch nicht zu hochgesteckt sein. Auf lokaler Ebene gab es viele überraschende Bündnisse und Plena, die z.T. weiter arbeiten. Drei größere Auswertungs- bzw. Folgeveranstaltungen sind z.B. der „... ums Ganze!“-Kongress im Dezember, die Perspektiventage im Januar und die IL-Konferenz im März/April. Da wird auf ganz unterschiedliche Weise noch mal etwas zusammengefasst und mit verschiedenem Fokus behandelt: die theoretisch-analytische Ebene auf dem „... ums Ganze!“-Kongress, die basisorientierte Bewegungsebene auf den Perspektiventagen und die Organisationsebene auf der IL-Konferenz. Nicht zu vergessen den Jugendumweltkongress „Jukss“ zum Jahreswechsel; hier werden sich viele der jungen Leute von den G8-Blockaden wieder finden.

Um diese Jugendlichen wurde viel Wirbel gemacht. Wo kamen sie her und wie lassen sie sich einbinden? Eine ent-

scheidende Frage ist, ob über diese Folgeveranstaltungen hinaus, Orte geschaffen und genutzt werden, um strategische Bündnisfragen weiter zu behandeln. Wo und wie, ist noch völlig offen. Die BUKO bietet sich hier an, aber auch eine Neubelebung der Sozialforen wäre eine Möglichkeit. Doch ob solche Orte gebraucht und genutzt werden, hängt auch direkt mit der politischen Praxis zusammen und ob hier eine stärkere Bündelung und Bezugnahme gewollt ist. Diese gilt es weiter zu entwickeln.

**Katja Kipping:** Nach den Gipfelprotesten hat sich der Arbeitsschwerpunkt bei vielen erst einmal wieder hin zur eigenen Organisation verlagert. Das ist verständlich. Erstens ist die inhaltliche Arbeit in der eigenen Organisation wegen der Gipfelproteste zu kurz gekommen. Zweitens leben die globalisierungskritischen Proteste ja gerade von ihrer Vielfalt. Dazu gehört eine organisatorische Vielfalt. Drittens hat es einige organisationspolitische Neuerungen gegeben, z.B. die Gründung der LINKEN bzw. bei der IL.

Ich halte nichts vom großen Katzenjammer, dass nach Heiligendamm erst mal kein größeres Bewegungshighlight stattfand. Es liegt im ureigensten Wesen von Protestbewegungen, dass sie zyklisch verlaufen. Nach einem großen Mobilisierungserfolg folgt meist mengenmäßig ein Abflauen. Ich finde ja, die Kunst des nachhaltigen Protestierens beginnt gerade in der Phase des Abklingens. Insofern kann es durchaus Ausdruck der Nachhaltigkeit sein, wenn jetzt innerhalb der einzelnen Organisationen Weiterentwicklungen anstehen. Bleibt zu hoffen, dass das Perspektiventreffen Mitte Januar in Berlin eine zentrale Auswertungsveranstaltung wird, die der Breite des Bündnisses gerecht wird. Dies wäre ein Ort, um die Diskussionen in den einzelnen Spektren wieder zusammenzuführen. Zudem schält sich meiner Meinung nach sehr wohl ein Thema heraus, dass das Potenzial dazu hat, Spektren übergreifend – und zwar von kein Mensch ist illegal über medico und Greenpeace bis hin zur IG Metall – Diskussionen möglich zu machen: Globale Soziale Rechte.

**Christoph Kleine:** Wir sollten aufpassen, die G8-Proteste nicht anhand von Kriterien für gescheitert zu erklären, die so niemand aufgestellt hat.

Erstens halte ich die „nostalgische Euphorie“ für wertvoll und wichtig. Die Aufbewahrung von Erfahrungen in Erzählungen des Sieges und der Begeisterung stiftet Mut, Zuversicht und Ausdauer für kommende Kämpfe. Für mich lag eine ähnlich intensive und motivierende Erfahrung jedenfalls sehr lange zurück.

Zweitens hat Heiligendamm die Neuorientierungs- und Organisationsprozesse in vielen Spektren der Linken befördert. Sicher sagen kann ich das für die Strömung der IL, aber es gilt nach meiner Wahrnehmung auch für viele andere. Hier bereits Ergebnisse sehen zu wollen, wäre verfrüht.

Drittens werden die Erfahrungen, insbesondere die von Block G8, in verschiedenen Kampagnen aufgegriffen und weiter entwickelt: Bei den Blockadeaktionen gegen das faschistische „Fest der Völker“ am 8. September 2007 in Jena ebenso wie bei der Aktion G13 am 6. Oktober für ein neues Ungdomshuset in Kopenhagen. Gemeinsam ist allen diesen Aktionen, dass nach neuen Wegen gesucht wird, Aktionen gleichzeitig offensiv und anschlussfähig zu gestalten.

Und viertens nehme ich trotz aller Tendenzen zur Abgrenzung und Abrechnung, die nach Großkampagnen wohl

unvermeidlich sind, bei ganz vielen Akteuren ein gestiegenes Bewusstsein für die Notwendigkeit einer strategischen Bündnisorientierung wahr. Dazu gehört auch, dass Bündnisse und Kooperation nicht nur aus kurzfristigen, taktischen Erwägungen betrieben werden sollen. Denn keine Strömung wird langfristig eine eigene Stärke aus der Schwächung anderer linker Akteure gewinnen können.

**Das hört sich jetzt alles sehr harmonisch an. Wenn das so ist, Christoph, warum geht Avanti nicht in die LINKE, six hills, warum schließt ihr euch nicht der IL an und warum Katja, bist du immer noch im Bundestag?**

**six hills:** Eine gewisse Harmonie oder Verständigung ist gar nicht verkehrt. In Anbetracht der Schwäche der Linken und radikalen Linken ist sie vielleicht angebracht. Wir haben darüber gesprochen, in die IL zu gehen, uns dann aber dagegen entschieden. Wir wollen unsere Kapazitäten nicht zu sehr mit Organisationsfragen binden, sondern stärker für inhaltliche Kampagnen nutzen wie gegen den 11. Europäischen Polizeikongress. Deswegen finde ich die Frage auch nicht so spannend.

Interessanter ist vielmehr, wie die unterschiedlichen sozialen Kämpfe (u.a. gegen Privatisierung, Arbeitskämpfe, für Rechte, Grundsicherung und Migration) immanent zwischen den verschiedenen Akteuren und themenübergreifend stärker aufeinander bezogen werden können. Die Möglichkeiten verschiedene Kampagnen durch gemeinsames Auftreten, medial durch Großdemonstrationen, -aktionen oder Konferenzen sichtbarer zu machen und trotzdem den unterschiedlichen Akteuren ihren Raum zu lassen, sind denkbar. Es könnte darum gehen, politische Praxis stärker zu verdichten, damit aus ihr eine relevante Kraft erwächst.

**Christoph Kleine:** Nun, die Harmonie überrascht mich nicht, wenn ak drei Aktivisten zum Gespräch bittet, die sowohl in ihren Spektren als auch in der konkreten Zusammenarbeit für genau die strategische Bündnisorientierung eingestanden sind, die ich oben beschrieben habe.

Aber konkret zur Frage: Avanti steht für eine undogmatische, basisdemokratische Organisation mit dem Ziel der revolutionären Überwindung des Kapitalismus und aller anderen Formen von Ungleichheit und Unterdrückung. Daraus resultieren ein anderes Verständnis von gesellschaftlichem Antagonismus und ein ganz anderes Organisationsverständnis als ich dies bei der LINKEN wahrnehme, die in ihren überwiegenden Teilen eine sozialstaatsromantische, etatistische, mitunter auch autoritäre Mitglieder- und Wahlpartei ist. Deshalb ist die Vorstellung, dass Avanti in der LINKEN aufgehen könnte, tatsächlich absurd. Nicht absurd ist aber die Anerkennung dieser Differenzen als produktiver Widersprüche, die strategische Bündnisse erlauben und erfordern. Insofern soll Katja gern im Bundestag bleiben, meine Stimme dafür hat sie. Und six hills bei der IL – ja, warum nicht?

**Katja Kipping:** Ich hatte gerade bei den Gipfelprotesten den Eindruck, dass es auch für Proteste hilfreich sein kann, wenn jemand mit Abgeordnetenausweis dabei ist. Die Überwindung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist – und mit weniger möchte mich nicht zufrieden geben – bedarf nun einmal des Zusammenspiels von außerparla-

mentarischen und parlamentarischen Kämpfen. Um auf ein aktuelles Beispiel Bezug zu nehmen, ich finde der Bundestag braucht eher mehr als weniger Leute, die sich einschalten, wenn junge Erwerbslose in sogenannte Pädacamps gezwungen werden. Bei aller Bescheidenheit, aber ohne mich wäre der Zwang zur Teilnahme an solchen Drillcamps wahrscheinlich nicht eingestellt worden. Und außerdem: Solange

wir dieses Wirtschaftssystem haben, bedeutet Lohnarbeit immer sich auf mentale Prostitution und Entfremdung einzulassen. Wer in jeder Akteurskonstellation gänzlich frei von Entfremdung ist, der werfe den ersten Stein ...

**Interview: is/mb.**

*aus: ak 523, 14.12.2007*

## Papier der Sozial-AG

### 0. Prolog

Dieses Papier dient zunächst der Verständigung der IL darüber, was im Bereich einer IL-Sozial-AG passieren soll. Aus diesem Papier soll ein Einladungspapier zur Arbeitskonferenz (Workshop: IL-Sozial) extrahiert werden.

### 1. Vorneweg

Soziale Kämpfe haben für die radikale Linke eine große Bedeutung: Sei es in ihrer Abwesenheit, die als Beweis für die Ignoranz der Leute herangezogen wird, sei es in ihrer Allgegenwärtigkeit, die die Widerständigkeit der Leute beweist. Unser Ausgangspunkt ist die autonome und bewegungsorientierte Linke. Auf sie ist unsere Vorstellung von radikaler Linker lange Zeit begrenzt gewesen, darüber wollen wir aber hinausgehen.

### 2. Liebe & Projektion

Vor 150 Jahren war es für Linke keine Frage, dass das Feld sozialer Kämpfe, damals noch meist als Klassenkampf bezeichnet, zentral für die eigene Praxis ist. In der Zwischenzeit hat sich vieles verändert, der Kapitalismus, die Linke auch und zu allem Überfluss wurde die Situation keineswegs einfacher.

Die Abkehr von der historischen Linken und ihrer Partei bedeutete auch die Abwendung von Arbeitskämpfen. Hinzu kommt für viele radikale Linke das Wissen über das Versagen im Widerstand gegen den Faschismus und die Verstrickung des Proletariats in den Faschismus.

Ein Grund für die relative Abwesenheit der radikalen Linken in sozialen Auseinandersetzungen ist die negative Überwindung der langen Geschichte der Projektion der revolutionären Hoffnungen auf die Klasse: Galt die Klasse im traditionellen Verständnis der Linken immer als vorbestimmter Totengräber des Kapitalismus, verübelt man ihr heute häufig die Nicht-Erfüllung der historischen Mission und grenzt sich mittels Ideologiekritik identitär von der als reaktionär stigmatisierten Projektionsfläche ab. Es wird andererseits auch der Versuch unternommen, ein neues Klassenverständnis zu entwickeln. An diesem wollen wir anknüpfen und uns neu mit der Frage nach sozialen Kämpfen beschäftigen. Daraus

soll sich eine interventionistische Perspektive entwickeln, die es uns ermöglicht, als bundesweiter Zusammenhang zu intervenieren und aktionsfähig zu werden.

### 3. Neues Interesse

In der radikalen Linken gibt es seit geraumer Zeit wieder ein spürbares Interesse an ArbeiterInnenkämpfen: Aktuelle Streiks werden diskutiert und Publikationen zu sozialen Kämpfen erfahren wieder mehr Aufmerksamkeit. Meist sind es Abwehrkämpfe, seltener Selbstorganisationsprozesse wie bei der Besetzung des Barmer Blocks in Köln.

Die Herangehensweise an die Auseinandersetzungen ergibt sich aus der revolutionären Projektion: Mittels „Kapitalismus abschaffen“-Transparent wird an die Kämpfenden appelliert doch endlich ihre Lage zu erkennen und zu handeln. Jedoch bleibt dies ein frommer Wunsch, solange es nicht gelingt wirkliche Bewegungen anzustoßen, Orte der Kommunikation zu stiften und dann auch ein Teil der Bewegungen zu werden und Kämpfe zu führen. Deutlich wird dies nicht nur bei unseren Blöcken auf gewerkschaftlichen Sozialdemos, sondern auch bei eigentlich guten Kampagnen wie Agenturschluss (siehe Fels-Papier dazu).

Das Nicht-Gelingen sozialer Intervention kann dabei nicht mit allgemein zunehmender Zustimmung zum Bestehenden oder einem prinzipiellen Einverständnis in die eigene Ausbeutung erklärt werden. Vielmehr ist Heute an die Stelle allgemeiner Zustimmung eine allgemeine „Einsicht“ in vermeintliche „Notwendigkeiten“ getreten. Das neoliberale Projekt wird trotz Unzufriedenheit als alternativlos anerkannt.

Zudem greifen oftmals neoliberale Erklärungsmuster der eigenen Situation: Durchgangsstation, die Mär von dem möglichen, baldigen Aufstieg und eigenes Versagen. Diese Erzählung wurde zwar von Zehntausenden auf den Montagsdemos durch die Einforderung des früheren sozialdemokratischen Vollbeschäftigungsversprechens in Frage gestellt, setzte sich letztendlich aber zumindest für den Moment als dominante Erzählung durch. So wichtig der Protest war, so deprimierend ist sein Ausgang für die TeilnehmerInnen. Trotz der großen Mobilisierung wurden die „Reformen“ vollzogen und für die Betroffenen ist dies

nicht nur subjektiv eine Niederlage. In den unterschiedlichen Reaktionen auf die Montagsdemos der Jahre 1989 und 2004 zeigt sich zudem ein wesentlicher Unterschied des Kapitalismus gegenüber dem Staatssozialismus. Proteste sind aushaltbar und lassen sich integrieren – wenn es auch zum Preis der Spaltung der Sozialdemokratie ist.

Dennoch gilt: Staatlich verordnete Verarmung ist das Gegenteil neoliberaler Hoffnungen. Griff der Wohlfahrtsstaat noch ein, um die Risse zu kitten und sozialen Sprengstoff zu vermeiden, nimmt das neoliberale Projekt diese in Kauf und richtet sich als Sicherheitsstaat präventiv gegen etwaige Unzufriedenheit. Hier ergeben sich Risse, die die Möglichkeit linker Intervention schaffen. Das diffuse Unbehagen, so nicht mehr regiert werden zu wollen, kann umgemünzt werden in soziale Bewegungen und die vermeintliche Alternativlosigkeit kann überwunden werden.

#### **4. Die Bedeutung der sozialen Frage – Warum sollte sich die IL damit beschäftigen?**

Die soziale Frage ist ein Thema, von dem (fast) die ganze Gesellschaft betroffen ist. Die neoliberale Umstrukturierung unserer Gesellschaft ist so umfassend, dass der Kampf um das Dasein in alle Lebensbereiche vordringt. Betroffen sind nicht nur Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen. Die Unsicherheit, in Armut abzurutschen, ist für die breite Bevölkerung zur realen Gefahr geworden. So weit, dass in manchen Gesellschaftsteilen der Alltag vom Kampf ums Überleben (wobei „überleben“ hier nicht für das rein physische Leben steht, sondern auch den Verlust der Identität, der häufig als „Statusverlust“ beschrieben wird, meint) bestimmt ist. Die soziale Frage müsste damit ein Thema sein, was verschiedene Kämpfe zusammenführt und große Teile der Gesellschaft mobilisiert.

Vergesellschaftung erfolgt(e) im entwickelten Kapitalismus maßgeblich über die Erwerbsarbeit. Die Stellung eines Individuums im oder zum Arbeitsablauf bestimmt(e) ganz weitgehend auch seine gesellschaftliche Stellung und Möglichkeiten. Diese Stellung ist eine Frage der Klassenzugehörigkeit; ebenso ist sie aber abhängig von Geschlecht und Ethnizität. So ist der prestigeträchtige Teil der Erwerbsarbeit im wesentlichen Männersache. Unbezahlte Hausarbeit mit ihren spezifischen Anforderungen an die Subjekte bleibt aller Modernisierungsrhetorik zum Trotz Frauensache, auch wenn diese Frauen zugleich Lohnarbeiterinnen sind. Sie unterliegen anderen Zwängen und Anforderungen als Männer, ein Umstand, den manche Feministinnen als „doppelte Vergesellschaftung von Frauen“ bezeichnen.

Wenn die radikale Linke sich nicht darauf beschränken will, eigene Überlebensnischen zu verteidigen oder neu zu erobern, dann wird sie das Ganze der Gesellschaftlichkeit in den Blick nehmen müssen. Wie entsteht überhaupt Gesellschaft jenseits der Erwerbsarbeit und der Gruppen- oder Subkulturbildung? Welche Mechanismen sind heute schon dahingehend wirksam? Welche Forderungen außer der nach einem Existenzgeld können den Blick dahin öffnen? Welche in der Arbeitsgesellschaft tendenziell ausgegrenzten gesellschaftlichen Gruppen haben ähnliche Bedürfnisse? Welche Brüche und Widersprüche lassen die bestehenden Vergesellschaftungsdefizite sichtbar werden und verstärken den

Druck in Richtung Alternativen?

Unter dem Begriff der „gesellschaftlichen Teilhabe“ lassen sich die Auswirkungen der Vergesellschaftung über die Erwerbsarbeit auf Felder erweitern, die nicht direkt mit den tatsächlichen Arbeitsorten (der Fabrik) verbunden sind. Die Forderung nach freier Mobilität oder Kommunalisierung der Energieversorgung (und hier sind noch viele weitere Forderungen denkbar) können so mit einer grundsätzlichen Infragestellung der Arbeitsgesellschaft verbunden werden.

#### **5. Warum gelingt die kollektive Solidarisierung (bisher) nicht oder warum kommt es nicht zu revolutionären Veränderungen, wenn doch die soziale Frage alle betrifft?**

So schwer diese Frage in Gänze zu beantworten ist, scheinen einige Veränderungen bedeutend zu sein: Unsere Gesellschaft ist durch eine Individualisierung von Arbeits- und Lebensbeziehungen geprägt, das heißt individuelle lösen kollektive Bewältigungsstrategien ab. Neue Managementstrategien führen zu einer Inkonkurrenzsetzung auf verschiedensten Ebenen. Nicht mehr nur Unternehmen stehen in Konkurrenz, sondern auch ArbeitnehmerInnen, Abteilungen, Arbeitsgruppen etc. untereinander. Das führt in der Konsequenz dazu, dass eine Solidarisierung innerhalb eines Betriebes schwieriger wird. Es entwickeln sich gleichzeitig Lebensentwürfe, in denen Flexibilisierung des Selbst und der Freizeit (ArbeitskraftunternehmerIn) als positiver Bezugspunkt angenommen werden.

Diese Modularisierung führt zu einem (subjektiv) wahrgenommenen Gewinn an Selbstbestimmung, aber auch zu Kompatibilitätsproblemen mit Formen kontinuierlicher Organisation, Beziehungsführung, räumlicher Verweildauer – sprich der eignen Lebens- und Freizeitentwürfen mit denen anderer.

Kollektive Akteure organisieren sich zur Verfolgung ihrer Interessen, um diese öffentlich artikulieren zu können. Die bestehenden Kräfteverhältnisse machen kollektive Gegenwehr sehr viel effektiver als individuelle das sein kann. Individuelle Akteure können nur durch ihre summierten und koordinierten Handlungen Veränderungen und Effekte hervorrufen.

Vereinzelung ist damit ein Hindernis für kollektive Gegenwehr auf Grund mangelnder geteilter (Kommunikations) räume, zum anderen stehen Personen noch nicht mal mehr in realer Konkurrenz zueinander, sondern arbeiten in fraktionierten Sphären.

Eine politische Strategie zu sozialen Kämpfen muss eine Antwort für die Überwindung dieser Phänomene finden.

#### **5.1 Warum entstehen soziale Kämpfe selbst heute noch meist aus dem Arbeitsleben heraus?**

Schon immer war die „Fabrik“ ein wichtiger Ort der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Heute ist unsere Gesellschaft verstärkt durch Individualisierung geprägt. Feste Orte zur Kommunikation über die eigene soziale Verortung wie Stammtische, Vereine und Gruppenaktivitäten sind immer seltener geworden. Die Freizeitgestaltung passt sich der flexibilisierten Arbeitszeit an: Wir

gehen alleine ins Fitnesscenter anstatt in den Sportverein und abends sitzen wir alleine vorm Fernseher. Diese Analyse will nicht den Arbeiterstammtisch oder das Vereinsleben als unser Ziel postulieren, sondern soll aufzeigen, dass es heute schwieriger ist, die Individuen an sozialen Orten tatsächlich „anzutreffen“. Eine eigene Betrachtung verdient in diesem Zusammenhang das Web2.0 mit seinen ausgeprägten Community-Eigenschaften. StudiVZ, Facebook oder MySpace sind die Stammtische von heute. Diese müssen als soziale Orte interventionistischer Politik ernst genommen werden. Als Beispiel kann hier die Gruppe „Studiengebühren Boykottieren (Uni Hamburg)“ im StudiVZ genannt werden. Diese hatte zu Hochzeiten immerhin knapp 4.000 Mitglieder und trug sicher zum relativen Erfolg der Gebührenboykott-Kampagne bei (obwohl das selbst festgesetzte Quorum zwei mal verfehlt wurde, nahmen mit 6.000 bzw. 4.500 sehr viele Studierende am Boykottversuch teil).

Die dargestellte Individualisierung stößt in der Arbeitswelt an ihre Grenzen. Denn ein gemeinsamer Ort und die gleiche Arbeit ist der Bezugsrahmen, der noch immer die Fähigkeit hat, Kollektivität über gemeinsam geteilte Erfahrungen und Alltagsrealität herzustellen. Der kollektive Bezugsrahmen der Arbeit ist ein Ort, an dem kollektive Gegenwehr entstehen kann. Wichtig ist jedoch, dass die soziale Frage trotzdem mehr als nur betriebliche Auseinandersetzung ist. An anderen kollektiven Orten entwickelten sich in den letzten Jahren auch bei Privatisierungen, Hartz IV, Studiengebühren, Prekarisierung etc. Proteste. Über die bereits dargestellte „Teilhabefrage“ lassen sich diese Kämpfe zusammenführen und unter den großen Rahmen der Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse zusammenfassen. Diese Perspektive zu formulieren und in konkreter interventionistischer Politik zu praktizieren, wird eine Aufgabe der IL sein.

## **6. Wer mit wem und wie – Akteure auf dem Feld sozialer Kämpfe**

Im Feld sozialer Kämpfe sind verschiedene Akteure aktiv, die in sich oftmals sehr heterogen sind. Zu aller erst sind natürlich die Gewerkschaften zu nennen, links von und neben den Gewerkschaften gibt es verschiedene Spektren. Die Rede ist von den Sozialhilfeinitiativen und dem linksradikalen Sozialspektrum.

### **6.1 Die Gewerkschaften**

Nach wie vor steht der Mainstream der Gewerkschaften für die sozialpartnerschaftliche Einbindung der ArbeiterInnen und fordert die Einlösung der wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen für den erklärten Verzicht der Klasse auf die Revolution. Jedoch sind hier Aufbruchtendenzen zu bemerken: Teile der DGB-Gewerkschaften haben mit ihrer historischen Unterordnung unter die SPD gebrochen und die Linkspartei erhält aus diesem Spektrum einen enormen Mitgliederzuwachs. Weil der Grund für diese innersozialdemokratische Neuordnung in der Schröderschen Reformpolitik zu suchen ist, begrüßen wir diese, sehen aber darin im europäischen Maßstab betrachtet nur eine nachholende Entwicklung. In fast allen europäischen Ländern gibt es eine Partei links von der Sozialdemokratie und in allen diesen

Ländern gibt es Verknüpfungen und Kooperationen mit den Gewerkschaften.

Enge Beziehungen pflegt dieses Spektrum mit der gewerkschaftlichen Linken, teilweise ist das Spektrum auch deckungsgleich. Erfreulicherweise ist hier neben der Opposition zur SPD-Reformpolitik eine gewisse Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen zu verzeichnen. Der Argumentationsrahmen der Linken im Apparat bleibt aber klassisch keynesianisch auf den Verteilungsspielraum bezogen und orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der ArbeiterInnen, sondern an denen der Volkswirtschaft. Das traditionell kommunistische Milieu ist z.T. nach wie vor im Gewerkschaftsapparat verankert, zeichnet sich aber durch eine hohe Ferne zur radikalen Linken aus und ist im besten Fall für Anti-Nazi-Mobilisierungen ein Bündnispartner.

Die institutionalisierte Gewerkschaftslinken beginnt in diesem Milieu, reicht aber bis zur radikalen Linken (Labournet). Auf Labournet sind beispielsweise die ver.di-Linke oder auch das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di zu finden. Eine Orientierung auf die Entwicklung von betrieblicher Gegenmacht gehört zu den Eckpunkten der gewerkschaftlichen Linken, jedoch folgen sie oftmals der Melodie diverser kommunistischer Gruppierungen und Parteien. Der Gewerkschaft kommt in ihrer Auffassung die Rolle als Gegenmacht im ökonomischen Terrain zu, während die Partei auf der politischen Ebene kämpft und der Gewerkschaft gegenüber eine vorrangige Stellung einnimmt. Die scheinbare Trennung in Modernisierer und Tradionalisten oder progressiver gesprochen in Mainstream und Linke geht aber nur zum Teil auf: Neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit wie Organizing, die bspw. Ausdruck in der Kampagne im Sicherheitsgewerbe finden, werden maßgeblich vom Mainstream unterstützt. Soziale Bewegungen oder „Bewegungsmenschen“ werden hier nicht als organisationspolitische Bedrohung gesehen, sondern als BündnispartnerInnen, von denen zu lernen ist. Allerdings liegt das wohl vornehmlich daran, dass relativ viele Linksradikale mittlerweile Jobs in Gewerkschaften gefunden haben.

Hier besteht zum einen die Gefahr des Vor-den-Karrenspannen-lassens (nur die Form wird übernommen, nicht linke Positionen) und zum anderen versuchen Teile des Gewerkschaftsmainstreams mittels der im Widerspruch zum Organizing stattfindenden Rückbesinnung das als Klimbim empfundene linkspolitische Rüstzeugs abzuschütteln.

### **6.1.2 Zusammenarbeit mit Gewerkschaften**

Es gilt: Zwar sind gewisse Umbrüche/Linksverschiebungen und Personen im DGB-Funktionärsapparat für unsere Bündnispolitik von Bedeutung, aber die soziale Revolution wird mit dem DGB nicht zu machen sein, da er qua Funktion auf die systemimmanente Interessenvertretung der Lohnabhängigen festgelegt ist. Wir setzen den Schwerpunkt eher auf gemeinsame Kämpfe mit der DGB-Basis und einer eigenständigen Organisation von unten.

Allerdings ist es dabei notwendig, Gewerkschaften nicht als monolithischen Block zu sehen, sondern die Konfliktlinien innerhalb wahrzunehmen und diese zu verstärken. Konfliktlinien sind beispielsweise nach wie vor das Verhältnis zur SPD, der Streit zwischen Gestaltung der Reformen und

linker Opposition, die hoffnungsvollen Debatten um social movement unionism und trade union renewal und um die Vertretung von Gruppen jenseits der FacharbeiterInnen. Und schließlich sind gewerkschaftliche Streiks Schulen des Klassenkampfes: Hier wird der Interessensgegensatz erfahrbar, die eigene Ohnmacht überwindbar und die Begrenztheit der aktuellen Gewerkschaftspolitik erfahrbar. Die Gewerkschaften als alleinigen Hemmschuh für revolutionäre Bewegungen anzusehen, greift zu kurz. Der reale Konflikt zwischen der Angst um den eigenen Arbeitsplatz und einer konsequenten Gegenwehr gegen unternehmerische Entscheidungen lässt sich durch moralische Appelle nicht leugnen.

Meistens beschränkt sich die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bisher auf persönliche Kontakte oder auf Teilnahmen an gewerkschaftlichen Großevents mit eigenen Blöcken. Damit dies anders wird, müsste die radikale Linke erstmal auf die Suche nach den betrieblichen Linken gehen. Dass es sie gibt, beweisen viele linke, gewerkschaftskritische Wahllisten bei den Betriebsratswahlen und natürlich auch der Zulauf für die Linkspartei. Allerdings haben wir wenig bis nichts mit den Zusammenhängen, die sich selbst als Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken bezeichnen, zu tun. In ihrem Arbeitsausschuss gibt es zwar auch einige linke Mittelbaufunktionäre, die für eine Ansprache unsererseits offen sein könnten, aber es überwiegen sehr orthodoxe Gruppen aus dem „trotzkistischen“ und ML-Spektrum. Dieser Zusammenhang war in Gründungszeiten einmal sehr viel breiter, zeitweise koordinierten sie auch die Gruppen, die sich nach wie vor um die express-Redaktion sammeln (auch die waren zu Beginn des Beratungstreffens mit dabei) und die Gruppen aus dem Dunstkreis des „Sozialismus“. Auch die sozialpolitisch orientierten Teile von attac haben dort mitgearbeitet.

## 6.2 DIE LINKE

DIE.LINKE war bei Auseinandersetzungen (vor allem im Bereich Hartz IV) häufig vor Ort und konnte konkrete Angebote machen. Sie erfüllt damit den Wunsch nach Repräsentation/Vertretung. In der Entstehung der Linkspartei sieht man, dass in den Köpfen fest hängt, dass wichtige Entscheidungen im Parlament umgesetzt werden und die Linkspartei als Stellvertreter auf politischer Ebene betrachtet wird. Der klassische parlamentarische Weg wird als erfolgsversprechender Wahrgenommen als linksradikale Intervention und vielleicht ist er es bisher auch.

## 6.3 Linksradikale Akteure

Links der Gewerkschaften stehen Sozialhilfeinitiativen und das linksradikale Sozialspektrum. Durch die zunehmende Sozialkontrolle ist die Basis der Sozialhilfeinitiativen gelähmt. Nicht gelähmt, dafür aber abgeschottet wirkt auf uns das linksradikale Sozialspektrum.

Die radikale Linke wird im Bereich der sozialen Kämpfe selten als Akteur wahrgenommen. Das mag zum einen daran liegen, dass konkrete Forderungen (nach Mindestlohn) in der Bevölkerung sehr viel breitere Zustimmung erhalten als die bloße „mittelschichtlerische“ Forderung den Kapitalismus abzuschaffen (denn mit dem Ruf nach Revolution lässt sich leider nur schwer eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse vermitteln). Zum anderen mag es in der grundsätzlichen Akzeptanz parlamentarischer Vertretung liegen, innerhalb derer die radikale Linke nichts anzubieten hat.

Gruppen und Individuen aus dem Aktionsbündnis Sozialproteste stehen in vielem Positionen nahe, wie sie auch in der IL vertreten werden, aber das Bündnis tut sich sehr schwer damit, funktionierende interne Strukturen aufzubauen, so dass eine Kooperation mit ihnen schwierig ist. Nicht nur wegen mangelnder Strukturen machen sie eine recht sprunghafte Politik, auch der „Betroffenheitsansatz“, dem ein größerer Teil von ihnen folgt, führt dazu, dass sie ihre Aktivitäten sehr stark von Wünschbarkeiten und Bedürfnissen her bestimmen und weniger darüber, welche Interventionen denn erfolgsversprechend sind und welche weniger. Das schließt eine Zusammenarbeit (von unserer Seite) nicht aus, verlangt aber sicher manchmal die Bereitschaft, um die genaue Bestimmung dessen, was man tut, ernsthaft zu streiten.

Menschen aus dem Blauen Montag haben das Beratungstreffen, aus dem sich die IL entwickelte, mit initiiert und geprägt. Sie sind uns im Laufe des Prozesses abhanden gekommen, ohne dass es erkennbare politische Gründe dafür gibt. Hier lohnt es sich, nochmals unsererseits initiativ zu werden. Als weitere Akteurinnen sind migrantische (Selbst-)organisationsgruppen wie Mujeres sin fronteras (hh) oder verschiedene Initiativen im Bereich der Gesundheitsversorgung zu nennen.

Als selbständiger Akteur ist die IL bisher nicht auf dem Feld der sozialen Kämpfe aufgetreten, aber Gruppen aus der IL waren natürlich an diversen Aktivitäten beteiligt.

## 6.4 Die IL – Was macht die IL bisher (Sichtbarmachung bereits vorhandener Praxen)

Als selbständiger Akteur ist die IL bisher nicht auf dem Feld der sozialen Kämpfe aufgetreten, aber Gruppen aus der IL waren natürlich an diversen Aktivitäten beteiligt.

## 7. Was tun?

In der Entstehung der Linkspartei sieht man, dass in den Köpfen fest hängt, dass wichtige Entscheidungen im Parlament umgesetzt werden und die Linkspartei als Stellvertreter auf politischer Ebene betrachtet wird. Die radikale Linke sollte aber über den Parlamentarismus hinaus weisen und die konkreten Auseinandersetzungen auf grundsätzliche Fragen zuspitzen. Sie kann dies allerdings nicht durch Abschottung und die Schaffung einer eigenen Szeneöffentlichkeit schaffen, sondern es bedarf hier einer interventionistischen Perspektive.

Die radikale Linke hat die Möglichkeit, durch einen internationalistischen Blickwinkel eine breite Solidarisierung zu erreichen. Dabei können die Akteure ihren Horizont erweitern und die globale oder zumindest bundesweite Dimension ihrer lokalen Auseinandersetzung erkennen. Die radikale Linke kann bestehende Kämpfe zudem konkret durch ihre organisatorischen Fähigkeiten unterstützen bzw. eigene Kämpfe führen.

In Sachen alltäglicher Reproduktion ist die radikale Linke zumindest bestrebt, keine sexistische und rassistische Ar-

beitsteilung zu praktizieren. So gesehen, sind unsere WGs, Wohnprojekte und Kollektive immer noch Räume des Experimentierens mit anderen, besseren und gerechteren Formen von Vergesellschaftung.

### 7.1 Was will die IL?

Die IL sollte Kampagnenpolitik und Alltagsorganisation mit einander verbinden. Das Leitbild muss dabei sein, soziale Kämpfe zu unterstützen und nicht zu vereinnahmen. Also: keine Stellvertreter Politik – wir wollen keine linksradikale Gewerkschaft sein.

Kampagnenpolitik sollte dabei an die eigenen Lebensverhältnisse anknüpfen, um durch die eigene Alltagspraxis in die Kämpfe involviert zu sein. Sie sollte sich jedoch nicht nur auf die eigene Betroffenheit beschränken, sondern vielmehr durch politisch-strategisches Handeln geprägt sein. Wichtig ist vor allem den eigenen Bezugspunkt dabei nicht außer Augen zu lassen.

Praxis der IL muss es sein, Konflikte aufzuspüren, sie sichtbar zu machen, Bedürfnisse zu klären (Dokumenta, Berlinale von FelS) und davon ausgehend Kämpfe zu initiieren und diese dann auch zu führen. Alltagsorganisation kann bspw. heißen Selbstorganisationsprozesse anzustoßen und kollektive Kommunikationsräume zu schaffen. Hier besteht jedoch das Dilemma, dass Angebote wie z.B. Schuldenberatung nicht zum Lückenbüßer für gestrichene staatliche Leistungen werden sollten. Außerdem ist noch offen, wie hilfreiche Alltagsorganisation aussehen kann.

Ziel der IL-Politik ist es zunächst, als Akteurin in sozialen Kämpfen wahrgenommen zu werden und dabei durch ihre Offenheit tatsächlich und nicht nur theoretisch ansprechbar zu sein. Die IL sollte betriebliche Politik als Ort gesellschaftlicher Politik verstehen und dieses Verständnis auch der gesellschaftlichen und der radikalen Linken vermitteln. Dabei sollte sie sich allerdings nicht an der radikalen Linken abarbeiten.

Aufgabe der IL ist es auch, Fragen zu reformulieren und alte Widersprüche, beispielsweise zwischen Reform und Revolution anders denkbar zu machen. Grundlage bildet dabei das Verständnis von gesellschaftlicher Revolution als Prozess, den wir vorantreiben wollen.

Die radikale Linke muss sich auf die Suche nach Kämpfen jenseits der Fabrik machen und an konkreten Handlungsfeldern Möglichkeiten der Intervention ausloten. Die Verstetigung und Professionalisierung der politischen Praxis ist dabei unumgänglich (d.i.s.s.i.d.e.n.t. Fragebögen).

Die IL wird die eigene Praxis reflektieren und in ihrer Bündnispraxis über die radikale Linke hinausgehen, um diese letztendlich zu vergrößern. Wie erfolgreich die IL dabei ist, misst sich daran, wie ernst sie diesen Grundsatz meint und wie sehr Gruppen und Einzelpersonen in der Lage sind, gegebenenfalls ihre eigene Praxis kritisch zu hinterfragen und zu überwinden.

Auf Grund des großen Spektrums sowohl unterschiedlicher Praxen als auch Arbeitsweisen und -schwerpunkte der Gruppen und Einzelpersonen in der IL ist es eine große Herausforderung, eine Kampagne inhaltlich und konzeptionell von Anfang bis Ende gemeinsam zu erarbeiten. Das soll aber nicht heißen, dass wir von einer gemeinsamen Kampagne

abstand nehmen. Eine solche kann vielmehr ein sehr guter Anlass sein, die Arbeit der IL im Prozess zu reflektieren und das Projekt IL voranzubringen. Eine Kampagne welcher Art auch immer sollte dabei nicht „übers Knie gebrochen werden“.

Wichtig ist es zunächst, gemeinsam einen Katalog von Qualitätskriterien zu erarbeiten für die Auswahl und Bearbeitung von Themen und die Bewertung des Erfolges/Ergebnisses. Die Dimension der Möglichkeit anderer Gesellschaftungsformen muss dabei immer Bestandteil der Perspektive und potentieller Teil des Ergebnisses sein.

Dieser Aufgabe wollen wir uns im Rahmen der IL-Arbeitskonferenz im April 2008 widmen.

*Januar 2008*

## 2. Arbeitskonferenz der IL

Marburg, 25.-27. April 2008, Philipps-Universität

63

### Freitag, 25. April

#### Öffentliche Veranstaltung

Linksradikale Organisierung – die internationale Perspektive

Diskussion mit Sandro Mezzadra (Aktivist der italienischen autonomen Bewegung und des antirassistischen Frassanito-Netzwerks), Jannis Albanis (Aktivist des Griechischen Sozialforums und des diktio-Netzwerks für politische und soziale Rechte) und für die IL einer Genossin der ALB.

### Samstag, 26. April

#### Eröffnungsplenum

**10-11 Uhr:** Begrüßung:

Was will die IL mit dieser Arbeitskonferenz?

Was will wer in der IL und mit der IL? Inputs von Avanti, Organisierte Autonomie und Werner Rätz.

**11-11.45 Uhr:** Speeddating-Debatte zur selben Frage.

**11.45-12 Uhr:** Vorstellung der Panel- und AG-Phase

**12-13.30 Uhr:** Pause

#### Panel- und AG-Phase

**13.30-16 Uhr:** Panel- und AG-Phase I

jeweils parallel Diskussion über die Felder interventionistischer Politik Soziale Kämpfe | Krieg und Sicherheit

**16.30-19 Uhr:** Panel- und AG-Phase II

jeweils parallel Diskussion über die Felder interventionistischer Politik Antifa | Globale Soziale Rechte/ Antirassismus | Klima

Der Ablauf der Panel- und AG-Phase erfolgt dreiteilig: Input der vorbereitenden GenossInnen | Diskussion in kleinen AGs von 10-12 TeilnehmerInnen unter der Fragestellung: Wie kann eine interventionistische Politik im jeweiligen Politikfeld aussehen? Welchen Beitrag kann unsere Praxis im jeweiligen Politikfeld für das Projekt einer grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung leisten | Austausch im Plenum.

Auswertung der Diskussionen über Wandzeitungen

**19-20.30 Uhr:** Pause

#### Abendpodium

**20.30-22.30 Uhr:** Talkshow „Je später der Abend, desto radikaler die Gäste?“

Sechs IL-GenossInnen unterschiedlicher Generationen berichten über ihre jeweiligen Organisationserfahrungen und diskutieren, was sie heute in einem neuen Projekt zusammengebracht hat.

### Sonntag, 27. April

#### Plenum

**10-11 Uhr:** Die Organisierung interventionistischer Politik

Wendung der Debatten in der Perspektive: Was können, was sollen wir gemeinsam tun? Und wie, in welchen Strukturen sollen wir es tun?

#### Arbeitsgruppen

**11-12.30:** Fortgesetzte Diskussion in drei parallelen Gruppen zu den Fragen:

What's next? Strategische Bündnisorientierung | Aktionsformen | Organisationsformen.

#### Plenum

**13-15 Uhr:** Abschlussdiskussion

Thesen und Ergebnisse aus den Panels | Diskussion/ Aussprache | konkrete Verabredungen

---

# Anmeldung und Anreise

## 64 **Anmeldung**

Die Teilnahme an der Konferenz verpflichtet zu nichts – außer zur Bereitschaft für offene und solidarische Diskussion. Achtung: Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich – und zwar spätestens bis zum 15. April 2008 an: [konferenz@interventionistische-linke.de](mailto:konferenz@interventionistische-linke.de).

## **Anreise**

**Konferenzort:** Hörsaalgebäude der Philipps-Universität, Biegenstr. 14 (Bus 1/2/5/6/7 bis Stadthalle)

### **Anfahrt mit dem Auto:**

#### **Von Süden (über Gießen) kommend:**

Auf der B3 Ausfahrt Marburg-Mitte (Esso Tankstelle), rechts bis zur Ampel und dort rechts auf die Kurt-Schumacher-Brücke abbiegen, nach ca. 500m Flussüberquerung und danach rechts in den Pilgrimstein abbiegen, die im weiteren Verlauf zur Biegenstraße wird. Nach ca. 300m befindet sich das Hörsaalgebäude auf der linken Seite

#### **Von Norden (über Kassel) kommend:**

Auf der B3 Ausfahrt Bahnhofstraße, an der 1. Ampel rechts in die Bahnhofstraße abbiegen, nach ca. 400m an der T-Kreuzung links in die Elisabethstraße abbiegen, nach ca. 200m links in die Deutschhausstraße abbiegen. Die Deutschhausstraße verläuft nach rechts und wird zur Biegenstraße Nach ca. 800m ist das Hörsaalgebäude in der Biegenstraße auf der rechten Seite zu finden.

### **Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln:**

Vom Hauptbahnhof Bus 1/2/5/6/7 bis Stadthalle (direkt vor das Hörsaalgebäude)



## **Wer ist die Interventionistische Linke?**

Zur Zeit sind dabei: Antifaschistische Linke Berlin, FELS Berlin, Antifaschistische Linke International Göttingen, Organisierte Autonomie Nürnberg, Radikale Linke Nürnberg, Projekt Interventionistische Linke Köln, Redaktion ak – analyse&kritik, Redaktion Fantômas, Kampagne Libertad!, Gruppe dissident Marburg, Avanti – Projekt undogmatische Linke (Norddeutschland), Antifa KOK Düsseldorf, Institut für Theologie und Politik Münster, Rote Aktion Kornstraße Hannover sowie viele GenossInnen, die als Einzelne bei der IL und ansonsten in anderen Zusammenhängen aktiv sind.

[www.interventionistische-linke.de](http://www.interventionistische-linke.de)

